

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Beute öffentliche Sitzung

Nr. 10

Freitag, den 21. März 1947

I. Band

	Seite		Seite
Bemerkung des Präsidenten zu Beschwerden über ungebührliches Verhalten von Ämtern und sonstigen Organen gegenüber Abgeordneten	232	Hagen Lorenz (SPD)	247
Geschäftliches	232	Wilhelm (SPD)	248
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Ausführungsbestimmungen zum Bodenreformgesetz (Beilage 114).		Dr. Lacherbauer (ESU) [zur Geschäftsordnung]	249
Redner:		Dr. Linnert (FDP)	249
Piechl (ESU) [Berichterstatter]	232	Stock (SPD) [zur Geschäftsordnung]	249
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Piechl und Genossen betreffend Regelung des landwirtschaftlichen Grundstücksverkehrs (Beilage 115).		Bekanntgabe einer Schmähschrift an den stellv. Ministerpräsidenten Dr. Hoegner	250
Redner:		Redner:	
Lau (ESU) [Berichterstatter]	233	Stock (SPD)	250
Piechl (ESU)	234	Dr. Franke (SPD)	250
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Freigabe des Flugplatzes Bindlach und des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr für die Ansiedlung von Flüchtlingen (Beilage 116).		Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Kraus, Sauer und Huth betreffend Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Maschinen und Ernteteilen (Beilage 118).	
Redner:		Redner:	
Zeißlein (ESU) [Berichterstatter]	235	Maß (ESU) [Berichterstatter]	251
Herrmann (SPD)	236	Kraus (ESU)	251
Dr. Stang (ESU)	237	Huth (ESU)	252
Kiene (SPD)	239	Mündlicher Bericht des Ausschusses für Entnazifizierungsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten	
Hausleiter (ESU)	240	a) Dr. Linnert und Genossen betreffend Belassung von Lehrkräften und Beamten an der Universität Erlangen	
Präshent (ESU)	241	b) Stock und Genossen betreffend Spruchkammerverfahren gegen entlassene Mitglieder des Lehrkörpers der Universitäten München und Erlangen (Beilage 120).	
Pabstmann (ESU)	241	Redner:	
Gehring (ESU)	241	Scheffbeck (ESU) [Berichterstatter]	253
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Hirschenauer und Genossen betreffend Freigabe von Gerste für Brauzwecke (Beilage 117).		Dr. Kroll (ESU)	253
Redner:		Dr. Linnert (FDP)	254
Scharf (ESU) [Berichterstatter]	241	Dr. Beck (SPD)	258
Dr. Horlacher (ESU)	243	(Die Sitzung wird unterbrochen.)	
Zietzsch (SPD)	244	Staatsminister Dr. Hundhammer	259
Piechl (ESU)	246	Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgabewirtschaftlicher Art zum Antrag der Abgeordneten Schwingenstein und Genossen betreffend Erweiterung der Anzeigenteile der Tageszeitungen (Beilage 105).	
		Redner:	
		Dr. Lehmer (ESU) [Berichterstatter]	263

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zu drei Eingaben betreffend Demontage von Betrieben (Beilage 106).

Der Gegenstand wird von der Tagesordnung abgesetzt 263

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Länderratsfragen und für Fragen bizonaler und mehrzonaler Art zum Entwurf zur Änderung des Statuts für den Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes (Beilage 131).

Redner:

Dr. Horlacher (CSU) [Berichterstatter] . . . 263

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zur Eingabe des Bürgermeisters der Stadt Traunstein um Wiederverleihung der Kreisunmittelbarkeit der Stadt Traunstein (Beilage 119).

Der Gegenstand wird von der Tagesordnung abgesetzt 264

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Eingaben von ehemaligen Offizieren um Weiterzahlung der Ruhegehaltsgebühren an ehemalige bayerische Offiziere und Hinterbliebene (Beilage 126).

Redner:

Dr. Stang (CSU) [Berichterstatter] . . . 264

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Antrag der Abgeordneten Schütte und Genossen betreffend Zweckentfremdung von Betrieben des Hotel- und Gastwirtsgewerbes (Beilage 144).

Redner:

Schütte (SPD) [Berichterstatter] . . . 265
 Bickler (CSU) 266
 Maderer (CSU) 267
 Bezdorf Otto (FDP) 267
 Ziegler (CSU) 268
 Riedmiller (SPD) 269
 Schütte (SPD) 269
 Stock (SPD) [zur Geschäftsordnung] . . . 270
 Noßke (WAB) [zu einer Bemerkung] . . . 271
 Schefbeck (CSU) [zur Geschäftsordnung] . . 271

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Antrag der Abgeordneten Ammann und Genossen betreffend Wohn- und Siedlungsfragen (Beilage 143).

Redner:

Dr. Schögl (CSU) [Berichterstatter] . . . 271
 Hahn Hans (CSU) 272
 Bodesheim (FDP) 273
 Wieglinger (CSU) 274
 Dr. Kroll (CSU) 274

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Antrag der Abgeordneten Dr. Schögl und Genossen betreffend Bekämpfung von Korruption und Schiebertum (Beilage 145).

Redner:

Emmert (CSU) [Berichterstatter] . . . 275
 Staatsminister Dr. Hoegner 276

Persönliche Bemerkungen des Abgeordneten Höllerer (WAB) 276

Persönliche Bemerkungen des Staatsministers Lorig 277

Geschäftliche Behandlung von vorliegenden Anträgen

Redner:

Dr. Stang (CSU) 279

Ermächtigung des Präsidenten zur Festsetzung von Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung 279

Die im Theater am Brunnenhof stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 10 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich habe Veranlassung, zu Beginn der Sitzung auf eine Reihe von Beschwerden über ungebührliches Verhalten von Ämtern und sonstigen Organen gegenüber Abgeordneten zu verweisen, die mir neuerdings zugegangen sind. Ein besonders krasser Fall betrifft das Landesamt für Vermögensverwaltung. Hier mußte der II. Vizepräsident des Landtags sich mit Gewalt den Zutritt zu einem Referenten verschaffen. Ähnliche Klagen kommen über Beamte und Angestellte der Eisenbahn. Ich bitte, mir solche Fälle unverzüglich zu melden. In Zukunft werden wir diese Personen zur Rechenschaft ziehen. Dies ist der einzige Weg, auf dem wir diesen Leuten beibringen können, daß andere Zeiten angebrochen sind und daß es nicht mehr so weiter geht, wie sie sich das vorstellen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt: wegen Erkrankung der Abgeordnete Roith, wegen anderweitiger Inanspruchnahme die Abgeordneten Hofmann, Ortloff und Schwingenstein; beurlaubt wegen Erkrankung der Abgeordnete Hofer.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Ziffer 9a:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu dem Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Ausführungsbestimmungen zum Bodenreformgesetz (Beilage 114).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Piehl; ich erteile ihm das Wort.

Piehl (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Zu behandeln ist der Antrag Stock und Genossen betreffend Ausführungsbestimmungen zum Bodenreformgesetz.

Auf Anregung des Berichterstatters und des Mitberichterstatters berichtete zunächst Regierungsrat Dr. Endres vom Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung über den Wortlaut des Gesetzes und die geplanten Ausführungsbestimmungen. Er wies darauf hin, Bayern sei von der Militärregierung die Verpflichtung auferlegt worden, bis zum 1. März einen Ansiedlungsplan für 1947 und eine Landabgabetafel für das ganze landwirtschaftliche Grundeigentum auszuarbeiten. Bezüglich der Landabgabe sei man mit der

(Pöchl [CSU])

Militärregierung noch zu keiner Einigung gekommen. Der Landbedarf für 1947 könne mit 38.000 Hektar freiwillig angebotenen Grundes ausreichend gedeckt werden. Sehr fraglich aber sei es, ob dieses Land auch wirklich entsprechend bewirtschaftet werden kann, ob hierfür die notwendigen Baumaterialien, Geräte, das Saatgut, die Düngemittel, die Arbeitskleidung usw. vorhanden sind. In dieser Richtung müßten Sonderkontingente zur Verfügung gestellt werden. Auch die Hilfe der Besatzungsmacht sei unbedingt notwendig.

Der Vorsitzende schlug mit Rücksicht darauf, daß das Gesetz bereits beschlossen sei und daran nichts mehr geändert werden könne, vor, den Antrag auf Beilage 40 wie folgt abzuändern:

Die Staatsregierung wird ersucht, beschleunigt die Ausführungsbestimmungen für das Bodenreformgesetz der Volksvertretung zur Stellungnahme vorzulegen.

Die Abgeordneten könnten dann ihre Wünsche dazu äußern, wenn auch nicht anzunehmen sei, daß noch Änderungen erreicht werden können.

Der Regierungsvertreter teilte weiterhin mit, in dem Brief des Generals Clay an General Müller sei ausdrücklich die Zuständigkeit der Militärregierung für den Erlass des Gesetzes und auch der Durchführungsbestimmungen festgelegt. Die Durchführungsbestimmungen würden durch die zuständigen Ressortminister, Justizminister und Landwirtschaftsminister, und durch den Ministerpräsidenten erlassen.

Abgeordneter Pöchl führte aus, daß die Säkularisation in den Jahren 1803 bis 1812 in Bayern eine Hungersnot gezeitigt habe, weil der vorbildlich bewirtschaftete Grund der Klöster und Stiftungen an kleine Fretter verteilt wurde. Das vorliegende Gesetz greife in ähnlicher Form in die gesamte wirtschaftliche und soziale Struktur unseres Volkes ein. Die Volksvertretung müsse daher ernste Beschwerde dagegen erheben, daß ein so tief eingreifendes Gesetz entgegen der Verfassung und ohne ihre Mitwirkung diktatorisch erlassen werden soll. Es müßten wenigstens die Ausführungsbestimmungen so gestaltet werden, daß sie durchführbar sind. Der Redner bat daher, folgendem Antrag zuzustimmen:

Der Bayerische Landtag erhebt ernsthaften Einspruch dagegen, daß ein so wesentliches und in die gesamte wirtschaftliche und soziale Struktur des bayerischen Staates und Volkes tief einschneidendes Gesetz, wie es das Bodenreformgesetz und die Ausführungsbestimmungen darstellen, in Widerspruch zu der garantierten demokratischen Verfassung ohne Mitwirkung oder auch nur Anhörung der Volksvertretung in rein diktatorischer Weise erlassen wurde.

Abgeordneter Zietzsch erklärte sich mit der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Änderung des Antrags seiner Fraktion einverstanden und schlug vor, den Antrag Pöchl aus taktischen Gründen zunächst den Fraktionen zur Stellungnahme zuzuleiten.

Abgeordneter Pöchl meinte, der Landtag müsse trotz gewisser taktischer Erwägungen einmal die nötige Zivilcourage aufbringen, gegen ein solches diktatorisches Vorgehen Stellung zu nehmen. Das sei im Interesse des Aufbaues der Demokratie unbedingt notwendig.

Der Vorsitzende empfahl, den Antrag Pöchl heute nicht zur Abstimmung zu bringen, sondern ihn zunächst den Fraktionen zuzuleiten; denn er gehe über die Kompetenzen des Ausschusses hinaus. Durch die von ihm vorgeschlagene Änderung des Antrags der SPD habe der Landtag die Möglichkeit, auch im Sinne des Antrags Pöchl zu den Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Die Fraktionen müßten eingeschaltet werden, um eine gewisse Klarheit zu schaffen. Es gehe auch nicht an, in jedem Land andere Durchführungsbestimmungen zu schaffen.

Abgeordneter Pöchl bat, seinen Antrag beim Landtagsamt einzureichen, ihn also jetzt nicht zur Abstimmung zu bringen, und ersuchte die Fraktionen, dazu Stellung zu nehmen.

Beschluß des Ausschusses:

Die Staatsregierung wird ersucht, beschleunigt die Ausführungsbestimmungen für das Bodenreformgesetz der Volksvertretung zur Stellungnahme vorzulegen. Der Antrag Pöchl wird dem Landtagsamt zugeleitet.

Präsident: Die Zuleitung eines Antrags an das Landtagsamt ist keine Erledigung. Der Antrag lautet auch folgendermaßen:

Die Staatsregierung wird ersucht, beschleunigt die Ausführungsbestimmungen für das Bodenreformgesetz der Volksvertretung zur Stellungnahme vorzulegen.

Das bedeutet, daß der zuständige Ausschuß sich zur gegebenen Zeit mit den Ausführungsbestimmungen befassen kann.

Das Haus ist damit einverstanden und stimmt dem Antrag in dieser Form zu. — Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Wir kommen zu Ziffer 9b der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu dem Antrag der Abgeordneten Pöchl und Genossen betr. Regelung des landwirtschaftlichen Grundstücksverkehrs (Beilage 115).

Berichterstatte ist der Abgeordnete Lau; er hat das Wort.

Lau (CSU) [Berichterstatte]: Meine Damen und Herren! Der Antrag Pöchl und Genossen, datiert vom 30. Januar 1947 und Ihnen mit der Beilage 32 zugeleitet, bezweckt mit dem Inhalt der Ziffer 1 die Aufhebung des Reichserbhofgesetzes; mit der Ziffer 2 die Neuregelung des Entschuldungsrechts; mit Ziffer 3 die Regelung des staatlichen Genehmigungsverfahrens für den landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr.

Zu Ziffer 1 mußte der Berichterstatter darauf hinweisen, sie sei überholt, und zwar durch das Kontrollratsgesetz Nr. 45 vom 24. Februar 1947. Dieses Kontrollratsgesetz hob das Reichserbhofgesetz mit allen seinen Durchführungsbestimmungen und sonstigen Verordnungen auf. Im weiteren hob es auch die Bekanntmachung über den Grundstücksverkehr auf.

Die Aufhebung des Reichserbhofgesetzes löste innerhalb unserer Bauernschaft eine große Freude aus; denn dieses Gesetz hat innerhalb der Bauernfamilien viel Anlaß zu Streitigkeiten gegeben und überhaupt nicht die Zustimmung und die Freude unserer Bauern gefunden.

Bezüglich der Ziffern 2 und 3 bat der Berichterstatter den Antragsteller um eine entsprechende Begründung. Dem wurde stattgegeben. Dann hat der

(Lau [CSU])

Mitberichterstatter gesprochen und dabei den Wunsch ausgedrückt, es möchten Vorkehrungen getroffen werden, die es der Industrie unmöglich machen, Bauernhöfe an sich zu bringen, und so ihre Vermögen anzulegen; denn die Industrie sei sicher nicht in der Lage, das Land so zu bebauen, wie es im Interesse des Volkes notwendig ist. Er bat auch, der Preistreibeerei auf dem Grundstücksmarkt einen Riegel vorzuschieben; denn wenn die Bauern solche überhöhte Preise bezahlen müßten, könnten sie unmöglich weiter wirtschaften.

Der Antragsteller erinnerte daran, daß die Entschuldungsämter seit Jahr und Tag nicht mehr arbeiten. Zahlreiche Übergabeverträge, die bei den Notariaten liegen, könnten daher nicht vollzogen werden. Er halte es daher für fraglich, ob ein eigenes Entschuldungsamt künftig überhaupt noch notwendig sei, wenn es zu einer Neuordnung des staatlichen Genehmigungswesens für den landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr komme. Den Vorschlag, beim Amtsgericht ein sogenanntes Bauerngericht für diesen Zweck einzufügen, hielt der Redner nicht für zweckmäßig. Zuständig müßte vielmehr der Landrat sein, da der Grundstücksverkehr doch eine Verwaltungsangelegenheit und der Landrat auch mit den örtlichen Verhältnissen am besten vertraut sei. Dem Landrat könne man Sachverständige als Berater begeben. So könnte der Landrat als die einzige zuständige Behörde eingesetzt werden. Es sei überflüssig, eine neue Behörde aufzuziehen.

Der Vertreter der Staatsregierung, Regierungsrat Dr. Endres, teilte mit, daß die Militärregierung in Zusammenhang mit der Aufhebung des Reichserbhofgesetzes auch eine Neuordnung des gesamten bayerischen Grundstücksrechts, des bayerischen Erbrechts angeregt habe. Die Bestimmungen sind im Kontrollratsgesetz Nr. 54 enthalten. Unbedingt notwendig ist eine einheitliche Instanz. Der Schwerpunkt im bayerischen Grundstücksverkehr liege beim Amtsgericht. Deshalb müßten dort die Bauerngerichte geschaffen werden, und zwar nicht nur in der Form der streitigen, sondern auch der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Die Bauerngerichte sollen bestehen aus einem mit den bayerischen Verhältnissen besonders vertrauten Richter und zwei angeseheneren Bauern als Beisitzern.

Brechtel forderte erneut, es solle doch auch in Zukunft der Landrat zuständig sein. Dort könne man die Bauerngerichte ebenso einrichten und die Beisitzer dann aus den Reihen des Kreistags oder des Kreistagsausschusses wählen. Der Landrat habe viel engere Beziehungen zur Bevölkerung als der Richter.

Abgeordneter Zietzsch sah das Entscheidende in der ganzen Angelegenheit darin, daß überhaupt eine Regelung erfolgt; ob dann der Landrat oder ein Bauerngericht zuständig sein soll, brauche man heute nicht zu entscheiden.

Entsprechend dem Vorschlag des Vorsitzenden wurde folgender Antrag beschlossen:

Die Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich eine Neuordnung des staatlichen Genehmigungswesens für den landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr einschließlich des Entschuldungsrechts auf möglichst einheitlicher Grundlage durchzuführen.

Dieser Beschluß des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen liegt Ihnen vor. Als Berichterstatter bitte ich Sie, ihm zuzustimmen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat der Abgeordnete Brechtel.

Brechtel (CSU): Meine Frauen und Herren! Gestatten Sie mir zu diesem vorliegenden Antrag, Beilage 115, einige kurze Ausführungen. Der Antrag besagt vor allem, daß eine Neuordnung auf möglichst einheitlicher Grundlage erfolgen soll.

Der Berichterstatter hat soeben geschildert, wie die heutige Lage im Grundstückswesen, zumal in der Landwirtschaft ist. Es liegen bei jedem Notariat Hunderte von Urkunden, seien es Übergabeurkunden, seien es Urkunden von Tausch-, Kauf- oder auch Arrondierungsverträgen. Sie alle können nicht vollzogen werden, weil das bisherige Genehmigungsverfahren zu einem großen Teil nicht mehr in die Tat umgesetzt werden konnte. Mit der Aufhebung des Reichserbhofgesetzes ist ja schon eine der vielen Genehmigungsstellen verschwunden. Wir haben aber noch die Bestimmungen der Grundstücksverkehrsbekanntmachung, die viele Veränderungen erfahren hat; wir haben die Vorschriften des Wohn- und Siedlungsgesetzes, wir haben das Entschuldungsgesetz, wir haben die Vorschriften über Preisüberwachungen, wir haben dann auch die Vorschrift, daß die Landwirtschaftsstellen bei den Grundstücksverkehrshandlungen mit einzuschalten sind. Das sind eine Menge von Instanzen, die vereinfacht werden können und in Zukunft auch vereinfacht werden müssen.

Man hat im Ausschuß auch über die Frage gesprochen, ob auf Grund des neuen Gesetzes über Bodenreform und Siedlungswesen dem sogenannten Siedlungsamt auch die Grundstücksübertragungen zugewiesen werden sollen, wie das im Gesetz anscheinend vorgesehen ist. Ich würde darin eine neue Instanz sehen, die wirklich nicht notwendig ist. Gerade bei diesen Grundstücksübertragungen, wie sie mit dem ganzen Siedlungswesen und mit der Bodenreform zusammenhängen, wird es eine Unmenge juristischer Fragen geben, für die eben der Notar zuständig ist und nicht andere Stellen. Die Beurkundung jeglichen Grundstücksverkehrs und jeder Grundstücksübertragung sollte bei den Notaren bleiben, und es sollten nicht wieder völlig neue Stellen geschaffen werden. Wenn etwa Schwierigkeiten wegen der Höhe der Notariats-Gebühren entstehen sollten, so glaube ich, die bayerischen Notare werden über diesen Punkt sicher mit sich reden lassen und sich mit den Behörden über eine möglichst geringe Gebühr für diese Grundstücksübertragungen einigen.

Ich sehe eine Schwierigkeit auch darin, daß das Siedlungsamt nicht zugleich auch Beurkundungsbehörde sein kann, weil es ja unter Umständen die Möglichkeit hat, die neue Landvergebung mit geglätteten und — ich könnte beinahe sagen — Gewaltmaßnahmen zu erzwingen. So halte ich es für nicht passend, daß eine Stelle, die Partei ist, zugleich Beurkundungsstelle sein soll.

Etwas anderes möchte ich anregen, und ich wünsche sehr, daß es bei der Neuordnung im Sinn einer möglichst weitgehenden Vereinfachung berücksichtigt wird: daß nämlich beim landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr gewisse Dinge von vornherein von der Genehmigungspflicht ausgenommen sind und einfach mit der Notariatshandlung erledigt werden. Es handelt sich dabei vor allem um Veräußerungen von Grundstücken, die nur eine ganz geringe Fläche darstellen. Man soll beispielsweise ein Grundstück von einem halben Hektar und darunter von der Genehmi-

(Brechtl [CSU])

gungspflicht ausnehmen. Gleiches sollte gelten für Tauschverträge zwischen Landwirten, die einer besseren Bewirtschaftung dienen sollen, weil das im Sinne einer zweckmäßigen Nutzung ist; ferner für die Veräußerung von Grundstücken, die anlässlich von Wasser- und Wegregulierungen, von Neuanlagen von Wegen erfolgen muß, wobei es sich um wirtschaftliche Notwendigkeiten handelt. Dafür braucht eine besondere Genehmigungspflicht nicht festgelegt zu werden. Es handelt sich dann auch ganz besonders um Veräußerungen zwischen Verwandten in gerader Linie, weil in diesem Fall ein Grundstück gar nicht aus dem Besitz der betreffenden Familie oder Verwandtschaft kommt; dann auch um Grundstücksveräußerungen zwischen Ehegatten, soweit geteilte Wirtschaft geführt wird bzw. Gütergemeinschaft nicht vorhanden ist. Das gleiche könnte man von gewissen Belastungen sagen, die eingetragen werden, weil sie von jeher schon vorhanden sind, wie Grunddienstbarkeiten, Vorkaufsrechte und Vormerkungen. Alles das sind Verfügungen, die einer ausdrücklichen Genehmigung nicht bedürfen. Dies würde auch eine Entlastung der Genehmigungsbehörde mit sich bringen.

Ich wäre also der Auffassung, meine sehr verehrten Frauen und Herren, daß in den Ausführungsbestimmungen ganz besonders darauf gesehen werden sollte, eine möglichst einheitliche und vereinfachte Grundlage für das gesamte Genehmigungswesen im landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr zu schaffen. Man soll nicht immer neue Behörden bilden; denn wir haben Behörden genug; sondern es soll ein möglichst vereinfachter Instanzenzug, am besten beim Landrat eingerichtet werden. Wo es nicht unbedingt notwendig ist, soll der Staat nicht eingreifen, zumal auf diesem Gebiet, bei dem es sich vielfach um rein interne und — ich möchte beinahe sagen — intimste Familienangelegenheiten handelt, wie das insbesondere bei den Übergabeverträgen der Fall ist.

(Beifall.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuß beantragt Zustimmung zu dem Antrag in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich eine Neuregelung des staatlichen Genehmigungswesens für den landwirtschaftlichen Grundstücksverkehrs einschließlich des Entschuldungsrechts auf möglichst einheitlicher Grundlage durchzuführen.

Ein Widerspruch aus dem Hause erfolgt nicht; der Antrag ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Ziffer 9c:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährung zu dem Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Freigabe des Flugplatzes Bindlach und des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr für die Ansiedlung von Flüchtlingen (Beilage 116).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Zeißlein; ich erteile ihm das Wort.

Zeißlein (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren, hohes Haus! Am Donnerstag, den 6. März, befaßte sich der Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung mit dem Antrag des Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Freigabe des Flugplatzes Bindlach und des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr für die Ansiedlung von Flüchtlingen, und mit der Eingabe der Bayerischen Bauernsiedlung GmbH., Inspektion Würzburg und Hammelburg, betreffend Ansiedlung auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Neuzendorf bei Wildflecken.

Der Vorsitzende gab hierzu einen Zusatzantrag Sühler und Genossen bekannt, der dem Antrag Stock und Fraktion folgende Fassung geben will:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, mit der Besatzungsbehörde umgehend in Verhandlungen einzutreten, den Flugplatz Bindlach und den Truppenübungsplatz Grafenwöhr, soweit diese Flächen für die landwirtschaftliche Bodenkultur geeignet sind, für die landwirtschaftliche Flüchtlingsiedlung freizugeben.

Der Berichterstatter teilte mit, es sei die Nachricht verbreitet, die Dritte Amerikanische Armee, der die Flugplätze und Truppenübungsplätze unterstehen, werde demobilisiert, wodurch die Flächen frei würden. Es sei zu bedenken, daß der Flugplatz Bindlach besten Weizenboden habe und daher für die Ansiedlung von Flüchtlingsbauern ganz besonders geeignet sei. Für den Truppenübungsplatz Grafenwöhr, der keine besonders günstigen Bodenverhältnisse habe, käme neben der Ansiedlung von Flüchtlingsbauern wohl die Ansiedlung von Industrieflüchtlingen in Frage. Es sollen die beiden Plätze nicht generell für die landwirtschaftliche Besiedlung freigegeben werden, sondern nur der Grund und Boden, der dazu geeignet ist.

Der Abgeordnete Stock wandte sich gegen die Verknüpfung des Antrags bezüglich Bindlach und Grafenwöhr mit dem Antrag bezüglich Neuzendorf bei Wildflecken. Bei dem Antrag über Bindlach und Grafenwöhr handle es sich zu 80 Prozent um landwirtschaftlich genutzte Fläche; dagegen sei in Neuzendorf nur wenig landwirtschaftlich nutzbarer Boden vorhanden, so daß dort an die Errichtung einer Wollspinnerei und einer Tuchfabrik gedacht sei, ein Projekt, dem die Militärregierung von Unterfranken ihre Unterstützung gebe. Der Redner hat das Projekt, das etwa 3 000 Flüchtlingsfamilien mit ungefähr 15 000 Menschen Brot und Unterkunft gebe, an den Ministerpräsidenten herangetragen. Es sei beabsichtigt, den bayerischen Staat mit 51 Prozent, die Privatinitiative mit 49 Prozent zu beteiligen. Man habe auch daran gedacht, den hessischen Staat mit 15 bis 20 Prozent zu beteiligen, da man die Schafwolle von Hessen brauche. Das Projekt koste etwa 20 bis 25 Millionen Mark. Nun würden Experten herangezogen, die das Projekt finanziell und sachlich vorwärtsstreifen. Der Haushaltsausschuß werde sich endgültig damit beschäftigen müssen, wenn es spruchreif geworden ist.

Die Frage der Zuständigkeit dürfte geklärt sein, da die Property Control die Angelegenheit an die Landesvermögensverwaltung übergeben habe und diese schon heute berechtigt sei, über die Plätze zu verfügen.

Abgeordneter Schöpf wollte wissen, wer als Nachfolger angesiedelt werden soll; insbesondere wollte er den Personenkreis festgelegt haben. In erster Linie seien die alten Bauern zu berücksichtigen, der Kreis um

(Zeißlein [CSU])

Eschenbach. Der Redner wollte gerne eine sudetendeutsche Siedlung haben, wandte sich aber gegen eine gemischte Siedlung von Sudetendeutschen und Oberschlesiern.

Staatsrat Dr. Niklas erklärte, man beabsichtige in erster Linie Sudetendeutsche, womöglich in geschlossenen Dorfschaften, anzusiedeln. Wo die Notwendigkeit gegeben ist, wolle man auch unsere Landsleute berücksichtigen.

Abgeordneter Rüssel wollte wissen, was mit den Leuten geschehen soll, die damals ihr Land gegen Entschädigung abgeben mußten, aber beim Nationalsozialismus nicht gerne gesehen waren. Hierauf erwiderte Herr Staatsrat Dr. Niklas, daß die Leute teilweise sehr gut entschädigt worden sind.

Ein Vertreter der Staatsregierung besprach in eingehenden Ausführungen die Frage der Nutzung von Wehrmachtsländereien und erörterte zunächst die Frage der Zuständigkeit der Verwaltung. Im Sommer 1945, also zu einer Zeit, in der die Verhältnisse vollkommen darniederlagen, hat die Oberste Siedlungsbehörde im Landwirtschaftsministerium zusammen mit der Bayerischen Bauernsiedlung bei der Militärregierung versucht, die Verwaltung der Wehrmachtsländereien in die Hand zu bekommen, um sie wieder bebauen zu lassen. Im Oktober 1945 hat die Militärregierung von Bayern dem Ministerium den Auftrag gegeben, die Ländereien in Bewirtschaftung zu nehmen. Das Ministerium hat seinerzeit die Bauernsiedlung mit der Durchführung beauftragt. Dieser Zustand wurde dann durch Gesetz Nr. 54 gesetzlich geregelt. Das Gesetz Nr. 54 übertrug dem Ministerium die Aufgabe der Verwaltung der gesamten Wehrmachtsländereien und der wehrmachtsähnlichen Parzellierungen. Ministerpräsident Dr. Högner hat diese Befugnis dem Landwirtschaftsministerium übertragen, das seinerseits die Bauernsiedlung damit beauftragte. Auch die Wehrmachtsländereien unterstanden selbstverständlich der Property Control. Unterdessen ist nun die Property Control auf das Landesamt übergegangen. Aber an der Zuständigkeit des Gesetzes Nr. 54 bezüglich der Verwaltung der landwirtschaftlich nutzbaren Grundstücke ist eine Änderung nicht eingetreten. Nach wie vor sei das Landwirtschaftsministerium und in der Ausübung die Bayerische Bauernsiedlung zuständig.

Diese Regelung ist also auch mit dem Landesamt getroffen. Wenn man nun das Wort Freigabe gebrauche, so sei dazu grundsätzlich zu bemerken: Diese Freigabe bedeutet keine Eigentumsfreigabe. Grundsätzlich ist von all diesen Flächen noch nicht ein Hektar zu Eigentum freigegeben, sodaß man darüber verfügen könnte. Die Freigabe bedeutet nur, daß wir überhaupt die Möglichkeit haben, diese Flächen in Bewirtschaftung zu nehmen.

Man habe in Bayern 65 000 Hektar Wehrmachtsländereien, darunter vor allem fünf große Truppenübungsplätze: Grafenwöhr mit 23 000, Hohenfels mit rund 10 000, Wildflecken, bayerischer Anteil, mit rund 6 000, Hammelburg mit 4 000 und Lager Lechfeld mit rund 2 000 Hektar. Das sind rund 45 000 Hektar ohne die Flugplätze. Von dieser Gesamtfläche habe man bis jetzt 9 594 Hektar zur Nutzung freibekommen; sie können also kurzfristig gepachtet werden und sind insgesamt in Bewirtschaftung gegeben. Die teilweise oder völlige

Freigabe von weiteren 46 000 Hektar wird noch anzustreben sein. Auch von diesen Flächen, die nicht freigegeben sind, sind bereits 9 000 Hektar in landwirtschaftliche Nutzung gegeben, und 10 000 Hektar werden mit Schafweide bestockt. Rund 4 000 Hektar sind Wehrmachtsländereien, die die Wehrmacht nicht zu Eigentum übernommen, sondern seinerzeit von den Bauern nur gepachtet hatte. Die Eigentümer stehen nach wie vor im Grundbuch. Sobald diese Flächen freigegeben werden, werden sie den Eigentümern wieder übertragen werden. Für eine Freigabe nicht in Betracht kommen rund 9 000 Hektar. Was Bindlach anbelangt, so handelt es sich um einen kleinen Flugplatz; er zählt 178 Hektar. Von diesen sind 20 Hektar nach Gesetz Nr. 54 freigegeben, das heißt sie konnten durch die Bauernsiedlung verpachtet werden. Sie sind an die früheren dortigen Eigentümer vergeben. Eine Fläche von 133 Hektar ist an den Schäfer Mäusgeier von Bayreuth verpachtet. Er hat die Auflage bekommen, vier weitere Schafhalter mit auf diesem Platz treiben zu lassen.

Der Berichterstatter forderte, daß den Flüchtlingen bei der Siedlung selbstverständlich der Vorrang gebühre, und teilte mit, daß Staatskommissar Auerbach die Verabschiedung des Wiedergutmachungsgesetzes mit aller Energie betreibe. Es sei anzunehmen, daß auf Grund dieses Gesetzes verschiedene Bauern die Rückgabe ihres Besitzes fordern werden. Da man wieder in einen Rechtsstaat hineinkommen will, dürfe man diesen ehemaligen Besitzern nicht jede Hoffnung nehmen, jemals wieder eine Existenzgrundlage zu finden.

Ein Mitglied des Ausschusses beantragte die Freigabe des Flugplatzes Michelsdorf, Landkreis Cham, zu Siedlungszwecken.

Zum Schluß einigte sich der Ausschuß auf folgenden Beschluß, den ich als Berichterstatter zur Annahme empfehle:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, mit der Besatzungsbehörde umgehend in Verhandlungen einzutreten, den Flugplatz Bindlach und den Truppenübungsplatz Grafenwöhr alsbald für landwirtschaftliche und industrielle Ansiedlung von Flüchtlingen freizugeben. Sie wird beauftragt, mit der amerikanischen Regierung das Besitzrecht zu klären. Alle sonstigen von der amerikanischen Truppe nicht benötigten Wehrmachtsgrundstücke sind baldmöglichst der Besiedlung und Nutzung zuzuführen.

Die Eingabe der Bayerischen Bauernsiedlung GmbH. betreffend Ansiedlung auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Reußendorf bei Wildflecken wurde der Staatsregierung als Material überwiesen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat der Abgeordnete Herrmann.

Herrmann (SPD): Sehr geehrte Frauen und Herren! Der Zweck des Antrags ist im Ausschuß ziemlich verwischt worden. Die Antragsteller wollten die Staatsregierung ersuchen, mit allem Nachdruck bei der Besatzungsbehörde dahin zu wirken, daß diese Flächen zur Ansiedlung von Flüchtlingen freigegeben werden. Wir dachten hierbei nicht hauptsächlich und ausschließlich an die landwirtschaftliche Ausnutzung, sondern der Hauptzweck des Antrags war eigentlich, den Truppenübungsplatz Grafenwöhr freizubekommen, damit die Zusammenfassung einer bestimmten Industriegruppe in Bayern möglich ist, und

(Herrmann [SPD])

zwar auch durch Zuführung von Splittergruppen, die jetzt außerhalb Bayerns sitzen.

Besonders wir in Oberfranken haben allen Grund, auf bestimmten Gebieten unzufrieden zu sein. So hat man Siedlungsgruppen nach Südbayern gelenkt, die zweifellos nach Oberfranken hätten geleitet werden müssen. Ich will nicht genau bezeichnen, was ich meine; diejenigen, die es angeht, wissen es. Industrien, für die dort unten keinerlei Voraussetzungen gegeben sind, werden nach dem Süden genommen, noch dazu bei unserer schlechten Transportlage; denn wir stehen ja unmittelbar vor einer Transportkrise. Als Folge davon wird natürlich auch noch allerlei anderes dazukommen, was uns später große Schwierigkeiten machen wird.

Was ist eigentlich die Veranlassung dazu? Die Tüchtigkeit und vielleicht ein gewisser Ehrgeiz eines Landrats, den auch ich außerordentlich hoch schätze, außerdem rein kapitalistische Interessen einer bestimmten Gruppe.

(Zuruf: Das ist nicht der Fall!)

Wir wissen, wie sich nach dem bekannten Beschluß des Ministerrats, in dem der Fall besprochen wurde, zwei der maßgebenden Herren hinter dem Rücken eines Dritten die Hand drückten, aus Freude, daß sie soweit sind. Ich darf sagen: Hier haben die Altbayern mit den Preußen gegen die Franken zusammengearbeitet!

(Heiterkeit.)

Hier gehen sie Hand in Hand. Es wird geschoben; da hilft kein Ministerratsbeschluß. Man hat die Fachleute, auf die wir warteten, nicht in die Wiege dieser Industrien, ins Fichtelgebirge gelotst, sondern ins Fichtelgebirge kamen Gurkenbauern.

(Sehr richtig! — Zuruf: Stimmt ganz genau!)

Für die Industrien, die dort im Süden angesiedelt werden sollen, fehlt alles, mit Ausnahme einer besseren Unterbringungsmöglichkeit. Es ist auch sonst manches recht eigentümlich: Von Oberfranken aus wurden bereits seinerzeit dem Ministerpräsidenten Schäffer Vorschläge gemacht. Dieser hat sich für die Vorschläge bedankt; er hat erklärt: Jawohl, das ist richtig! — Ich kam jetzt vor wenigen Wochen zur Obersten Baubehörde und fragte: Wie steht es denn? Warum rührt sich hier nichts? usw. Was sagte man mir darauf? Man hielt mich für einen Vertreter der Gruppe vom Süden und erklärte mir, was hier alles geschaffen worden ist. Also dadurch habe ich von amts wegen Kenntnis erhalten, was an Baumaterial und sonstigen Unterstützungen dieser Gruppe zugewendet worden ist, obwohl der Ministerratsbeschluß die besondere Förderung dieser Gruppe unmöglich machen sollte. Als ich dann sagte: Ja, hier ist der Beauftragte von der anderen Gruppe, um einmal nachzufragen, sagte man mir: Von der Gruppe weiß ich überhaupt nichts. Also ich meine, so kann es nicht bleiben. Wir leben in der schweren Notzeit, und es dreht es sich hier nicht nur um die Flüchtlinge, sondern auch um die eingeseffenen Arbeiter. Die Demokraten können zweifellos einen Teil ihres Wahlerfolgs darauf zurückführen, weil sie sagten: „Schaut, so werden wir Franken von München behandelt“. Wir lassen uns das auf die Dauer nicht gefallen und auch die fränkischen SPD- wie CSU-

Abgeordneten stehen auf dem Standpunkt: wir haben nur den einen Vorzug, daß wir zwar den größten Teil der bayerischen Staatssteuern zahlen dürfen,

(sehr richtig!)

aber in allen anderen Dingen in keiner Weise begünstigt werden. Wir sind der Meinung, daß wir einfach nicht korrekt und billig behandelt werden. Die Minister, das gestehe ich offen zu, waren korrekt und gerecht. Aber unten wird es ganz anders gemacht, das Gegenteil von dem, was der Ministerratsbeschluß wollte. Da wird durch Landesdienststellen, Regierungsämter usw. gefälscht, kurz und gut, vielleicht auch mit Hilfe dieser und jener Abgeordneten verdreht und umgedreht. Das kann nicht so weitergehen. Wir haben Vertrauen zum Herrn Ministerpräsidenten und zum Ministerrat, daß hier nach reiflicher Abschätzung alles Für und Wider die Entscheidung getroffen wird. Ich meine, heute ist es gleich, wo wir eine Industrie ansetzen. Denn alles, was fabriziert wird, wird ja abgenommen, d. h. den Erzeugern aus der Hand gerissen, ohne Rücksicht auf die Preise. Wir werden aber wieder mit Pfennigen rechnen müssen, und dann wäre es einfach unverantwortlich, Kohle, sämtliche Materialien und was drum und dran ist, Hunderte von Kilometern weiter zu transportieren, nur weil bestimmte Herren Gelder im Süden investiert haben. Und die haben nun sogar die Stirn, zu sagen: Dort oben tritt die kapitalistische bzw. die faschistische Gruppe auf, aber bei uns ist soziales Verständnis. Man erklärt jetzt in einer Allgäuer Zeitung in einem Artikel: „Es ist nicht mehr die Frage, wo zusammengeschlossen werden soll, sondern nur noch, wie.“ Man geht taktlos vor und bricht alle Vereinbarungen. Man rechnet mit der Anständigkeit der Oberfranken, die bisher zu allem geschwiegen haben, die auch geschwiegen haben, als der Ministerratsbeschluß gefälscht wurde, und zwar durch Amtsstellen. Wir haben Verständnis gehabt und waren ruhig dazu, aber endlich ist einmal das Faß zum Überlaufen gekommen;

(sehr richtig!)

wir müssen unserem Herzen einmal Luft machen und wollen Gerechtigkeit auch für die nordbayerische Bevölkerung und für unsere Flüchtlinge.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stang.

Dr. Stang (CSU): Meine Damen und Herren! Es entsprach nicht meiner Absicht, in die Debatte über diesen Gegenstand einzugreifen. Aber ich sehe mich doch veranlaßt, zu erklären, daß der Herr Kollege Herrmann, den ich persönlich sehr wertschätze, bei all seinem verehrungswürdigen Alter doch eine sehr jugendliche Leidenschaftlichkeit gegen den Landrat an den Tag gelegt hat, dessen Namen wie dessen Landkreis er in respektvoller Distanz hier nicht genannt hat. Es ist der Landkreis Kaufbeuren, und sein Landrat heißt Dr. Stang. Ich möchte kurz einige Dinge berichtigen, die in temperamentvoller Art vom Herrn Kollegen Herrmann in seine Darstellungen eingeflochten wurden. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß schon als das Flüchtlingsproblem am Horizont auftauchte, im November und Dezember 1945 die Kaufbeurer auf den Plan getreten sind und versucht haben, das in Kaufbeuren zur Verfügung stehende Gelände der DAG, ein Gelände von etwa 7 qkm, für die Ansiedlung von Flüchtlingen nutzbar zu machen, ein Gelände, das auch

(Dr. Stang [CSU])

noch den Vorzug hat, 190 Gebäude zu umschließen, von denen bei der Sprengung 119 gerettet worden sind. Durch Zugreifen der Kaufbeurer und des ganzen Kreises sind auch die Werte, soweit möglich, geborgen worden. Diese werden allerdings dann zum großen Teil auf Reparationskonto gutgeschrieben. Wenn wir also früher auf dem Plan erschienen sind, so sind wir eben früher aufgestanden als die anderen.

(Widerspruch.)

— Wir wollen doch über eine Stunde früheren oder späteren Aufstehens hier nicht miteinander rechten. Tatsächlich sind wir rechtzeitig auf dem Plan gewesen, und ich möchte betonen, daß nicht allein ich es war, sondern auch und in erster Linie der Bürgermeister Dr. Volkhardt von Kaufbeuren. Dazu kommt noch folgendes: Durch Flugblätter sind die Gablonzer auf die Siedlungsmöglichkeiten in Kaufbeuren aufmerksam gemacht worden. Es sind von Regierungsseite, auch von der Regierung in Schwaben, die natürlich als mütterliche Betreuerin des zu ihrem Amtsbereich gehörigen Landkreises Kaufbeuren ein Interesse daran hat, daß Kaufbeuren alle Möglichkeiten ausnützt, Schritte unternommen worden, um die Gablonzer, dieses sehr strebsame Völkchen, auf Kaufbeuren hinzulenken. Es sind also die Leute schon frühzeitig hereingeholt, und im Laufe der Zeit, dem ersten Vierteljahr, sind ungefähr 3000 Menschen in Kaufbeuren schon angesiedelt worden. Wir können im Zeitalter der Demokratie den Gablonzern nicht einfach befehlen: Ihr dürft euch hier nicht ansiedeln, obwohl eine solche Niederlassung ganz euren Wünschen entspräche, sondern ihr müßt in den Siedlungsraum nach Warmensteinach gehen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe selbst hier in München Besprechungen mitgemacht, die mit diesem Problem sich beschäftigten. Da waren die Oberfranken und waren die Kaufbeurer da. Und in diesen Besprechungen ist das Für und Wider betont worden, und es wurde festgelegt, daß die bereits in Kaufbeuren angesiedelten Gablonzer, das waren damals etwa 3000 oder 4000, dort bleiben, aber der weitere Zustrom von Gablonzern in den Siedlungsraum von Oberfranken gelenkt werden soll. Ich erkenne nicht, daß Oberfranken eine Reihe von natürlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung einer Glas-Industrie besitzt; ich muß es aber ganz energisch ablehnen, daß es in Kaufbeuren hauptsächlich privatkapitalistische Motive wären, die den Anlaß dazu gegeben haben sollen, diese Gablonzer dort hereinzunehmen. Denn gerade in Kaufbeuren hat sich diese Gablonzer Industrie, in der Form der Heimindustrie, also in der Form selbständiger, wirtschaftlicher Existenzen entfaltet. Was an zentralen Stellen geschaffen worden ist, ist nichts anderes, als Stellen, die geeignet sind, den Einkauf und den Verkauf bei dieser Industrie zentral zu regeln. Und tatsächlich hat sich die Tätigkeit dieser Gablonzer Industrie bereits so entwickelt, daß sie jetzt einen Monatsumsatz von 1 Million Mark aufweist. Wir haben aber auch alles getan, um diese Ansiedlung dieser Industrie zu ermöglichen. Wir haben in einer Reihe von Maßnahmen dieses Ziel gefördert: Es ist dort eine Allgäuer Schmuck- und Glaswarengenossenschaft, eine Bau- und Siedlungsgesellschaft aufgebaut worden. Wir haben mit der

Befazungsbehörde dauernd darüber verhandelt, daß in dem Kaufbeurer Hartgelände der früheren DUG, einer Metallindustrie, die für Kriegszwecke gearbeitet hat, allein 2000 Menschen angesiedelt werden können, daß im Landkreis Kaufbeuren da und dort Glasdrucköfen aufgemacht werden usw. Wenn der Herr Kollege Herrmann meint, es heiße Transportmittel unnötig verschwenden, wenn man sie einsetze, um die erforderlichen Rohstoffe hereinzubringen, während sie in Oberfranken griffbereit daliegen, so kann ich ihm verraten, daß die Gablonzer selber eine Glashütte aufgemacht haben: in Regen, wo sie das Rundglas herstellen, und daß sie jetzt auch in Kaufbeuren ein Gelände bekommen, um dort eine eigene Glashütte zu errichten und so an Ort und Stelle das Rohglas zu erzeugen, das sonst im Bayerischen Wald produziert wird. Es ist auch nicht so, daß die Kohle gar so weite Anmarschstraßen gehen müßte. Benzberg und Peißenberg liegen nicht weit von Kaufbeuren. Dabei haben wir ja selbst eine freilich minderwertige Kohle, im Kohlenbergwerk Irsee, dessen Aufbarmachung ich als Landrat vor allem betreibe, um wenigstens an derselben Stelle wie die Industrie Kohle zu haben für den Betrieb der Ziegeleien, für die Beheizung der Glasdrucköfen usw. Es ist richtig, daß uns im Ministerrat damals eine Fessel angelegt worden ist, von der auch Kollege Herrmann gesprochen hat: daß nämlich der kommende Zustrom von Gablonzern nach Bayreuth gelenkt werden solle. Wie kann man aber von Privatkapitalismus reden, der für die Ansiedlung in Kaufbeuren maßgebend gewesen sein soll? Da möchte ich den Herrn Kollegen Herrmann bitten, einmal nachzusehen, wie es mit den Fabrikherren bei der Gablonzer Siedlung in Oberfranken bestellt ist. Da oben sind, wie mir gesagt worden ist — ich will keinem Menschen Unrecht tun — Leute als Unternehmer tätig, die sich von privatkapitalistischen Motiven leiten lassen, und gar manche Leute, die dort angesiedelt werden, würden es jedenfalls begrüßen, wenn sie die Möglichkeit hätten, aus den privatkapitalistischen Fängen herauszukommen und in das schönere und glücklichere Kaufbeuren überzusiedeln. Diejenigen, die in Kaufbeuren angesiedelt worden sind, haben jedenfalls keine Lust, sich wieder aussiedeln zu lassen. Ich bin dem Herrn Innenminister dankbar dafür, daß er einer von mir an ihn herangetragenen Anregung entsprechend schon vor einem halben Jahr die Zusage gegeben hat, sich dafür einzusetzen, daß wir noch ein paar hundert Fachkräfte über die jetzt Tätigen hinaus nach Kaufbeuren hereinbekommen.

Denn ohne diese Fachkräfte ist es nicht möglich, diese Industrie so zu fördern, wie es notwendig wäre. Sie, meine Damen und Herren, können es dem Landrat und dem Landkreis nicht verdenken, daß er die Möglichkeit dort schaffen konnte, daß 6 bis 7000 Menschen aus den Reihen der Flüchtlinge eine Erwerbstätigkeit bekommen haben. Ich bin der Überzeugung, daß Gablonz in Kaufbeuren nicht infolge der Mächenschaften von Privatkapitalisten, von Landräten und ähnlichen gefährlichen Subjekten sich hochentwickeln wird, sondern daß das die Tüchtigkeit der Gablonzer bewirkt, die sich in Kaufbeuren wohlfühlen, sich mit der Bevölkerung verschmelzen und dort auch eine landschaftliche und kulturelle Umgebung vorfinden, die der ihrer Heimat am meisten entspricht.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Herrmann hat das Wort.

Herrmann (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe schon erklärt: ich kenne Herrn Dr. Stang so lange, ich schätze ihn wirklich, und es ist nicht irgendein Hieb gegen ihn. Aber Herr Dr. Stang kann mir keine Unrichtigkeit nachweisen. Was ich sagte, ist richtig. Wir sind auch nicht zu spät aufgestanden, sondern ich habe schon erwähnt, daß selbst Herr Schäffer als erster Ministerpräsident an uns schrieb. Er wußte darum. Ich weise darauf hin, daß von August 1945 an von uns ununterbrochen gehohrt wurde, über den Landrat und die Regierung in Ansbach. Ich nehme nicht an, daß die Sache in Ansbach liegen geblieben ist; denn sonst müßten wir den Ansbachern auch aufs Dach rücken, wenn sie sich der Interessen ihres Gebietes nicht entsprechend angenommen hätten.

Aber was ich feststellen konnte, war folgendes: In den Landesdienststellen war ein ungeheurer Widerstand zu überwinden, bevor sie sich überhaupt nur mit der Sache Oberfrankens befaßten. So lag das, obwohl von uns alle Unterlagen beigebracht wurden. Das Fichtelgebirge liegt eben weit hinten in der „Türkei“; da kommt man ja nur unter Beschwerden hinauf. Nach Kaufbeuren wurde man natürlich mit dem Auto bequem heruntergeholt. Ich kenne die Geschichte, wenn man abgeholt wird usw. . . Also kurz und gut, das ist menschlich. Maßgebende Herren konnten nie zu uns hinaufkommen, auch heute nicht; das ist ganz natürlich. Wir legen uns ins Zeug, daß auch diese Notstandsgebiete der nördlichen Oberpfalz, des nördlichen Oberfranken, neben der Sorge um unsere Flüchtlinge eine Verdienstmöglichkeit für die eingeseffene Bevölkerung bekommen. Und wenn hier vom verehrten Herrn Kollegen Dr. Stang selbst erklärt wird, bei seiner Gruppe sei bereits 1 Million Umsatz zu verzeichnen, so sage ich: Hier unten sind 7000 Menschen, bei uns sind es nur 1200 oder 1500; der Umsatz bei der oberfränkischen Gruppe allein liegt über einer Million, also erreichen die 1500 bei uns soviel Umsatz wie die 7000 unten. Dies nach Angaben in der Zeitung, die von Herrn H., gez. Stefan, inspiriert sind. Ich weiß, wer der Informator ist. 54 Prozent der Löhne gehen bei uns an einheimische Arbeiter. Zum Teil sind sie als Hilfsarbeiter beschäftigt, zum anderen Teil als Heimarbeiter, und es wird immer besser werden. Die einheimischen Arbeiter werden angelernt, und die eigentlichen Facharbeiter kommen an die Arbeit heran, wo ihre Fähigkeiten und ihre besonderen Kenntnisse wirklich zur Auswirkung kommen können. Auf der anderen Seite, wo Milch und Butter ist, gibt es keine geschickten Heimarbeiter.

(Zuruf: Warum nicht?)

— Das ist ganz klar: weil die es nicht brauchen. Aber droben im Fichtelgebirge, in der armen Gegend, da ist diese Heimarbeit seit Jahrhunderten heimisch. Unsere Landsleute eignen sich; als Beweis darf ich nur an das Stangenglas denken. Im Norden Bayerns sind die Rohstoffe und Behelfsindustrien. Nach dem Süden müssen Kohlen heruntertransportiert werden. Die bayerische Pechkohle ist zu schwefelhaltig, sie kann für Gasgeneratoren nicht verwendet werden. Dann gibt es keinen Quarzsand; der muß auch von oben heruntergeschafft werden.

Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, ich will nur sagen: Wir haben Vertrauen zur Regierung, und wir wollen die andere Gruppe nicht angreifen, und haben es bisher unterlassen. Aber drunten sind die Menschen, die ständig in der Presse — zum Teil stellen sie sich hin, als ob sie amtliche Kreise wären —, durch Flugblätterpropaganda usw. arbeiten. Wir haben bisher geschwiegen; es geht nicht mehr, wir müssen einmal sagen, wie die Situation wirklich liegt.

(Dr. Stang: Tauschen Sie Ihre Gurkenbauern dort anderswo aus und siedeln Sie!)

— Ja, das wollen wir, uns aber hat man bewußt an allen Ecken und Enden gehindert. Ihnen hat der Herr Minister aber 450 Sonderfachleute zugeschleift, entgegen dem Ministerratsbeschuß, an dem er selbst mitgewirkt hat.

(Heiterkeit.)

Warum soll nicht auch der Minister eine bessere Einsicht kriegen? Er war auch einmal in Neu-Sablonz, und ich weiß nicht, ob nicht eine besondere Verbundenheit mit dem Landrat besteht.

(Zuruf: Nein!)

Das wissen wir alles. Im Ernst: Wir fordern nichts als Gerechtigkeit auch für uns. Wie ich schon sagte: Mit dem Steuerzahlen allein sind wir nicht zufrieden, wir verlangen Gleichberechtigung. Und dann werden wir uns mit dem Herrn Kollegen Dr. Stang einmal persönlich auseinandersetzen. Wir werden uns nachher wieder gut vertragen; denn ich mache ihm keinen persönlichen Vorwurf. Ich wollte, er wäre bei uns oben gewesen mit seinem politischen Einfluß, dann wären wir Franken etwas anders behandelt worden.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Riene.

Riene (SPD): Ich möchte mich nicht in den Streit der alten Parlamentarier untereinander einmischen, ich möchte auch nicht Öl ins Feuer gießen; aber ich möchte den Vorsitzenden, den Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährungsfragen und seinen Vorsitzenden gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, man habe den Antrag Stock und Genossen verwässert. Im Gegenteil, man hat den Antrag erweitert, nämlich auf alle Flugplätze und Ländereien, die einstmals im Besitz des Heeres waren. Warum Grafenwöhr noch nicht besiedelt werden kann, scheint mir daran zu liegen, daß der Truppenübungsplatz Grafenwöhr von den Amerikanern bis jetzt noch nicht freigegeben worden ist. Wenigstens war nach einer Mitteilung des Regierungsvertreters im Ausschuß von den 23 000 Hektar des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr noch nichts freizubekommen gewesen. Aber wenn ich mich recht erinnere, ist auch gesagt worden, daß selbst das Gelände der Dynamit AG. in Kaufbeuren noch nicht freigegeben worden ist. Also sitzen selbst die einstweilen in der Nähe von Kaufbeuren untergebrachten Heimindustrie gewissermaßen nur auf Pacht auf ihrem Gelände und noch nicht endgültig. Zum zweiten glaube ich, daß die besseren industriellen Voraussetzungen von Grafenwöhr schließlich und endlich doch dazu führen werden, industrielle Betriebe dort anzusetzen. Worüber schließlich Aufklärung fehlt, ist folgende Frage: Grafenwöhr ist als landwirtschaftliches Gelände wenig geeignet. Es ist für industrielle Besiedelung freigegeben worden. Wer hat sich um diese Freigabe zu bemühen? Das Landwirtschaftsministerium oder das Wirtschafts-

(Kiene [SPD])

ministerium? Oder ist das vielleicht auch ein Kapitel, das zu den Sünden des vergangenen Wirtschaftsministers gehört? Ich möchte darum bitten, daß das hier ohne Kompetenztreitigkeiten geklärt wird. Es ist unter anderem bestimmt auch so, daß auf dem Riesengelände von Grafenwöhr auch landwirtschaftliche Betriebe untergebracht werden können; denn einstmals waren dort 55 Ortschaften, die ausgesiedelt worden sind. Infolgedessen ist der Antrag des Ausschusses durchaus richtig, daß die Staatsregierung alles tun soll, um alle Truppenübungsplätze, nicht nur Grafenwöhr, freizubekommen. Zu entscheiden wäre natürlich, wer damit beauftragt werden soll, damit man sich auch an jemand halten kann, nicht nur die Regierung im allgemeinen, sondern jemand, an den man sich auch wenden kann. Aus dem Flugplatz Bindlach ist eine Sache gemacht worden, die den Ausschuß und den Landtag beschäftigt hat. Das erschien mir gar nicht nötig. Ich weiß z. B. vom Exerzierplatz Rammer, daß er durch die Bauernsiedlung vergeben worden ist und nicht erst lange den Landtag belastet hat. Denn was eine Stelle tun kann, das soll sie tun, und es brauchen nicht 180 Vertreter hier zusammenzukommen und darüber Worte zu verlieren. Deshalb wäre es richtig, diese Bestrebungen zusammenzufassen und mit dem Ausschußantrag zu fordern, daß alles geschieht, um diese Grundstücke, die ehemals im Heeresbesitz waren, für die Ansiedlung sowohl in landwirtschaftlicher als auch in industrieller Hinsicht freizubekommen. Und im übrigen haben wir gesehen, was Initiative in einem Landkreis alles zu leisten vermag. Wir können uns nur gratulieren, wenn wir uns nicht nur auf die Regierung verlassen, sondern auch im Landkreis fest arbeiten.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Hausleiter.

Hausleiter (CSU): Meine Damen und Herren! Ich habe manchmal den Eindruck, daß es verschiedene Koalitionen in diesem Hause gibt. Ich spreche jetzt für die Koalition der Nordbayern und darf da folgendes sagen: Die Ausführungen des Herrn Kollegen Herrmann sind ein Ausschnitt aus den Sorgen, die uns bewegen. Ich kann noch einiges hinzufügen. Vor vier Monaten erhielt die Stadt Bayreuth, deren Abgeordneter ich bin, keine Kohlezuteilung. Ich habe mich darauf bei den zuständigen Stellen erkundigt, wo mir gesagt wurde, Bayreuth sei auf der Liste vergessen worden. Eine vergessene Stadt, meine Damen und Herren, und manchmal auch ein vergessener Bezirk! Ich glaube daher, es war sehr gut, daß wir auf Grund dieser Siedlungsprojekte ein wenig an uns erinnert haben.

Ich habe mich z. B. in der letzten Zeit auch interessiert für die Kohlenfrage. Da hat uns die Landesstelle Kohle einen sehr interessanten Bericht übersandt, in dem ausgeführt wurde, Nordbayern sei ganz ausgezeichnet versorgt. Ich habe diesen Bericht ein wenig nachgerechnet. Er enthielt verhältnismäßig harmlose Zahlen. Es stand darin, daß München allerdings eine Sonderzuweisung von 6000 Tonnen Kohlen bekomme, und zwar auf Grund der zahlreichen Krankenhäuser und der besonderen Notlage Münchens. Mir ist da eingefallen, daß wir uns in Nürnberg und Fürth ja doch auch in einer recht bedenklichen Lage befinden, und so habe ich gedacht, entsprechend der Größe könnte eine Sonderzuweisung von etwa 4000 Tonnen für Nürn-

berg durchaus am Platze sein. Ich habe dann auch die tatsächlichen Lieferzahlen verglichen und dann wieder an die Landesstelle Kohle geschrieben. Die Antwort, die ich bekam, habe ich leider nicht bei mir; ich kann aber aus der Erinnerung einiges mitteilen. Es hieß da, die Zahlen der Landesstelle Kohle betrafen nur die Zuteilungen. Inwieweit die Lieferungen tatsächlich erfolgen konnten, sei eine andere Frage. Dabei handelte es sich um die letzten zwei Monate, die Wintermonate Januar und Februar, wo Nordbayern sich in einer sehr schweren Lage befand, weil insbesondere die Lieferungen aus Mitteldeutschland ausgeblieben sind, was man auch zugegeben hat. Die Zuteilungszahlen, die Sollzahlen interessieren uns sehr wenig; uns interessiert, was geschieht, wenn in Nordbayern plötzlich die Kohlen ausbleiben, während Südbayern seine Kohlen hat. Wir haben mit großer Anteilnahme die Leistungen der Arbeiter in den südbayerischen Bergwerken vernommen. Dort sind 111 Prozent dessen gefördert worden, was veranschlagt war. Bei uns in Nordbayern sind 14 Prozent dessen geliefert worden, was wir aus dem mitteldeutschen Bereich hätten bekommen sollen. Da war dann natürlich keine Kohle mehr da für die Bäckereien, und auch die Briquets sind ausgeblieben.

(Wimmer: Wieviele Krankenhäuser sind bei Ihnen ohne Kohle gewesen?)

Nun möchte ich zu dem eigentlichen Ausgangspunkt zurückkehren: zur Siedlungsfrage. Und da ist eines klar: Es ist nicht planmäßig gearbeitet worden. Die Siedlung der Gablonzer im Fichtelgebirge war das erste Projekt; aber die Bemühungen trafen immer wieder auf einen geheimnisvollen Widerstand. Es ging einfach nicht vom Fleck. Heute haben wir nun zwei Projekte, und da müssen wir uns doch eines sagen: Wir dürfen uns auf diesem Gebiete nicht verzetteln, dürfen die Energien nicht in der Weise verbrauchen, wie das hier geschieht.

Ich habe dazu noch ein anderes Beispiel. Es wird in unserem ärmsten Gebiet, im Kronacher Bereich, eine Klöppelindustrie in Heimarbeit aufgezo-gen. Auch dort gibt es schon wieder Komplikationen. Wenn uns aus diesem Anlaß etwas klar wird, dann folgendes: Wir müssen das Flüchtlingsproblem grundsätzlich anfassen und im Aufbau von Flüchtlingsindustrien auf lange Sicht zusammenfassen, was zusammenzufassen ist. Ich weiß nicht, ob sich nicht der Streit zwischen Fichtelgebirge und Kaufbeuren schließlich zum Schaden der Gablonzer auswirken wird. Wir müssen meines Erachtens bei der Heimindustrie, die wir schaffen wollen, auf lange Sicht planen und dafür sorgen, daß ein geschlossenes Gebiet entsteht, wo die für den Export wichtigen Kräfte, wie das auch bei der Klöppelspizenproduktion der Fall ist, organisatorisch zusammengefaßt werden. Es kann hier nur durch einen großzügigen Plan für unsere Flüchtlinge die Hilfe geschaffen werden, die sie brauchen, um eine Exportindustrie aufzubauen und so leben und existieren zu können.

Präsident: Meine verehrten Damen und Herren! Der edle Wettstreit der Abgeordneten um die Heimatinteressen ist notwendig, und ich möchte da nicht eingreifen. Es ist notwendig, daß die unterschiedlichen Auffassungen zum Ausdruck kommen, die die einzelnen Abgeordneten bewegen. Ich möchte aber doch bitten, sich etwas mehr an das Thema zu halten und

(Präsident)

nicht so weit abzuschweifen. Ich bin bis jetzt sehr großzügig verfahren. Wir sind eigentlich bei den Siedlungsfragen und Truppenübungsplätzen und nicht bei der allgemeinen Versorgung Nordbayerns bzw. Südbayerns.

Das Wort hat nun der Abgeordnete Prüsschenk.

Prüsschenk (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als der zuständige Landrat des Landkreises Eschenbach, in dem das Hauptgebiet des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr liegt, möchte ich eine sachliche Richtigtstellung treffen. Man hat im Laufe der Diskussion behauptet, der Truppenübungsplatz Grafenwöhr sei für landwirtschaftliche Besiedlung nicht geeignet. Das ist nur zum Teil richtig. Der Truppenübungsplatz Grafenwöhr zerfällt in zwei Teile, und zwar in den sogenannten alten Teil, der sich für eine landwirtschaftliche Nutzung nicht eignet, der eine Sandwüste darstellt, und in den sogenannten neuen Teil, der in den Jahren 1935/37 erweitert wurde durch die Ablösung einer Reihe von Ortschaften und Gemeinden. Dieser neue Teil ist für eine landwirtschaftliche Nutzung ganz ausgezeichnet geeignet; er stellt einen guten Mittelsboden dar mit sehr guten Mittelernten.

Dann noch eine andere Frage: Es könnte der Eindruck entstehen, als wäre wegen der Freigabe des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr bis heute noch nichts unternommen worden. Seit einem Jahr kämpfe ich als zuständiger Landrat um die Freigabe dieses Platzes. Dieser Platz wird aber von den amerikanischen Besatzungstruppen für Übungszwecke verwendet, und das ist der entscheidende Punkt in der ganzen Angelegenheit. Der Truppenübungsplatz Grafenwöhr ist wohl der größte in Bayern und ausgezeichnet geeignet für Artillerieübungen, wofür er auch laufend von den amerikanischen Besatzungstruppen beansprucht wird. Die Randgebiete außerhalb der Schußlinie sind landwirtschaftlich voll genutzt und auch bewohnt. Auch die inneren Teile des Platzes werden, soweit das möglich ist, für die landwirtschaftliche Nutzung herangezogen. Die innersten Teile — der Kern — werden verwendet als Schafweiden, und die Mittelgebiete für Grasnutzung. Der Platz wird also auch jetzt schon in jeder Hinsicht landwirtschaftlich ausgenutzt.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Pabstmann.

Pabstmann (CSU): Gestatten Sie, daß ich auf etwas aufmerksam mache. Ich komme wohl aus dem ärmsten Landkreis Bayerns. Der Frankenwald war schon immer Notstandsgebiet. Wenn wir nun darangegangen sind, dort eine Heimindustrie aufzubauen, dann finden wir es höchst bedauerlich, daß uns da Hindernisse in den Weg gelegt werden, die uns tatsächlich zu denken geben. Wir haben im Landkreis Kronach eine Heimindustrie für die Herstellung von Klöppelspitzen und Strickwaren aufgebaut, und nun geht man daran, diese Heimarbeiterinnen zum Teil in andere Landkreise abzuführen, und zwar unter Einschaltung der Arbeitsämter, was uns sehr bedrückt. Auf der anderen Seite haben wir in den letzten Tagen von der Landesstelle Textilien die Nachricht bekommen, daß es nicht wünschenswert sei, in diesem Heimarbeiterbetrieb — es ist eine Firma, die das macht — mehr als 2000 Heimarbeiterinnen zu beschäftigen. Wir fragen uns: Warum soll dieser Betrieb nicht mehr als 2000 Heimarbeiterinnen beschäftigen dürfen, nachdem

doch der Frankenwald tatsächlich auf diese Heimarbeit angewiesen ist, um den Leuten zusätzliche Einnahmen zu sichern? Ich möchte bitten, daß hier die Rivalität der Landkreise doch ausgeschaltet oder zum mindesten gemäßigt wird, damit nicht Konsequenzen entstehen, die wir hinterher bedauern müßten.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Gehring.

Gehring (CSU): Ich will die Debatte über diesen Punkt nicht unnötig verlängern. Der Herr Berichtserstatter hat in seinem Bericht über die Ausschußverhandlungen auch mitgeteilt, daß Tausende von Hektar Gelände von der Wehrmacht gepachtet waren und daß die ganze Nutzung bzw. Bewirtschaftung dieses Geländes der Landesbesiedlung überlassen war. Ich habe nun aus den Reihen der Kleinbauern und Bauern Beschwerden erhalten, daß das ihnen seinerzeit von der Wehrmacht abgenommene Gelände nicht wieder ihnen zur Pacht überlassen wird. Ich begreife das; denn es wird wohl so sein, daß man die Bewirtschaftung dieses Geländes möglichst rasch in die Wege leiten wollte, und so hat man es eben an irgendwelche Pächter abgegeben. Die ehemaligen Besitzer aber, denen dieses Gelände seinerzeit zwangsweise abgenommen wurde, brauchen es dringend für ihren eigenen Betrieb und trachten daher, es wieder zu bekommen. Es ist doch ihr Eigentum und wenn es, ohne sie zu befragen, an andere Kreise weiterverpachtet wird, so muß ihnen das als Verletzung des Eigentumsbegriffs erscheinen. Ich bitte daher die Staatsregierung dringend, dafür zu sorgen, daß hier Abhilfe geschaffen wird. Ich bitte, die Verträge zu überprüfen, ob es nicht möglich ist, bis zum nächsten Wirtschaftsjahr — in diesem wird eine Änderung nicht mehr möglich sein — den Wünschen der Eigentümer Rechnung zu tragen.

I. Vizepräsident: Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses: Zustimmung zu dem Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich darf die Zustimmung des Hauses annehmen.

Zugleich haben wir abzustimmen über den Antrag des Ausschusses auf Hinfüßergabe der einschlägigen Eingabe der Bayerischen Bauernsiedlung GmbH. als Material an die Staatsregierung. — Auch hier erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Ziffer 9d:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu dem Antrag der Abgeordneten Hirschenauer und Genossen betreffend Freigabe von Gerste für Brauzwecke (Beilage 117).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Scharf; ich erteile ihm das Wort.

Scharf (CSU): Meine Damen und Herren! Der Antrag der Abgeordneten Hirschenauer und Genossen und die Eingabe des Bayerischen Brauerbundes, Sitz München, fordern die Zuweisung größerer Mengen an Gerste für Brauzwecke.

Der Berichterstatter teilte im Ausschuß mit, daß das bayerische Brauereigewerbe seit Oktober 1946 ohne jede Zuweisung von Gerste für Brauzwecke sei. Die vom Länderrat vorgesehene Menge von 46 000

(Scharf [CSU])

Tonnen, wovon 20 000 Tonnen auf Bayern und der Rest auf die übrigen Länder der Besatzungszone treffen sollten, wurde von OMGUS in Berlin nicht genehmigt. Die steuerpolitischen, sozialen und auch die rein psychologischen Folgen dieser Maßnahme sind ja hinreichend bekannt. Neue Momente haben sich ergeben einmal durch die Verschärfung der Ernährungskrise, die nicht gebannt werden kann, indem man die hier geforderten 20 000 Tonnen Gerste vor-enthält, sondern im Gegenteil verschärft wird durch den zwangsläufig eintretenden Mehrverbrauch an Milch in den landwirtschaftlichen Betrieben. Ein weiterer neuer Gesichtspunkt ist aber auch der, daß durch den zwangsläufig vermehrten Genuß von rohem Trinkwasser die Seuchengefahr vergrößert wird. Wir haben in Bayern keine Möglichkeit, uns wie in anderen Ländern Deutschlands Ersatzgetränke zu verschaffen, weil uns Saccharin, Zucker und die sonstigen Rohstoffe fehlen, die für die Herstellung von Ersatzgetränken benötigt werden.

Die Bierfrage steht nun erneut auf der Tagesordnung der nächsten Länderratsitzung, und die Aussichten sind diesmal nicht ungünstig. Eine Demonstration des Landtags zur Stärkung des Gewichts des Ministers wäre erforderlich. Da aber der Landtag vor der nächsten Länderratsitzung nicht mehr zusammentritt, schlug der Berichterstatter vor, dem Minister eine Entschließung des Landtagsausschusses mit auf den Weg zu geben. Der Mitberichterstatter unterstrich, daß der Ausfall an Steuern aus dem Bierverbrauch mindestens ein Fünftel des Staatshaushalts ausmacht.

Der Vertreter des Ministeriums, Staatsrat Dr. Niklas teilte im Auftrag des Ministers Dr. Baumgartner mit: Am vergangenen Samstag war die Besprechung mit Colonel Hester, dem obersten Chef der Organisation für Ernährungs- und Landwirtschaftsfragen im OMGUS. Colonel Hester hat erklärt, er persönlich sei nicht dagegen, erachte es aber für notwendig, daß die bayerische Regierung bzw. der Ernährungs- und Landwirtschaftsrat für die US- und britische Zone noch einmal an die Besatzungsmacht herantreten. Colonel Hester hat mit Minister Dr. Baumgartner vereinbart, daß die bayerische Regierung am kommenden Dienstag bei der Sitzung des Ausschusses des deutschen Ernährungs- und Landwirtschaftsrats in Stuttgart neuerlich auf diese Angelegenheit zurückkomme. Der Minister würde es begrüßen, wenn er in seiner Stellungnahme durch eine Entschließung des Ausschusses eine entsprechende Unterstützung fände.

Der Abgeordnete Hirschenauer machte darauf aufmerksam, daß die Brauereien 30 000 Leute beschäftigen, die bei der Einstellung der Biererzeugung arbeitslos würden. Das Bier war in Bayern schon früher ein Nahrungsmittel und sei es auch heute noch. Der Abgeordnete Schmidt Gottlieb wollte lieber auf das Bier verzichten, wenn durch die Biererzeugung die Brotversorgung der Bevölkerung gefährdet werde. Der Mitberichterstatter erwiderte darauf, daß die Brotration dadurch nur um 6,5 Gramm täglich erhöht werden könnte. Der Abgeordnete Fischer meinte, daß dieses Thema schon oft vom Standpunkt des Bierverbrauchers aus behandelt worden sei. Das von den Brauereien zur Verfügung gestellte Material weise derart

viele wirtschaftliche Gesichtspunkte auf, daß sie kaum entkräftet werden könnten. Die Anregungen und Bestrebungen des Brauereiverbandes müßten Unterstützung finden.

Der Berichterstatter stellte hierauf volle Übereinstimmung in dieser Frage fest und wünschte, daß dies auch in allen anderen Fragen künftig der Fall sein möge. Die Folgen einer Einstellung der Biererzeugung seien nur zu bekannt. Als neue Gesichtspunkte hätten sich die Gefahr einer Seuchenverbreitung und die Ernährungskrise gezeigt. Der Berichterstatter forderte sodann Zustimmung zu folgender Entschließung:

Die Bayerische Staatsregierung wird ersucht, bei den zuständigen Stellen neuerliche Schritte um eine beschleunigte Zuweisung von 20 000 Tonnen Gerste für Brauzwecke zu unternehmen. Der Landtag ist der einmütigen Auffassung, daß die völlige Einstellung des Bierbrauens mangels anderer Ersatzgetränke zwangsläufig zu einem erhöhten Eigenverbrauch von Milch führen muß, wobei unter gleichzeitigem Wegfall wertvoller Abfallprodukte in Form eiweißhaltiger Kraftfuttermittel wie Malzkeime, Hefe und Futtergerste mit einem Rückgang von rund 3 Millionen Hektoliter Milch zu rechnen ist. Dies würde eine weitere empfindliche Verschärfung der bestehenden Ernährungskrise bedeuten. Auch die Gefahr der Verbreitung von ansteckenden Krankheiten, wie sie durch Genuß von rohem Trinkwasser unter den heutigen Verhältnissen besteht, sollte nicht übersehen werden. Während in Bayern noch 1938/39 eine Gerstenmenge von rund 300 000 Tonnen für die Herstellung von 15 Millionen Hektoliter Vollbier mit einem Stammwürzegehalt von 13 Prozent verarbeitet wurde, reichen die geforderten 20 000 Tonnen Gerste nur für die Herstellung von 6 Millionen Hektoliter Ersatzbier mit 0,4 Prozent Alkoholgehalt aus. Dieses Getränk läßt nicht einmal einen Vergleich mit dem während der Prohibition in Amerika zugelassenen Near-Bier zu, welches bei einer Stammwürze von 5 bis 7 Prozent einen Alkoholgehalt von 0,9 Prozent hatte. Die für die Herstellung des bayerischen Ersatzbieres erforderliche Gerstenmenge macht etwa ein Prozent der Brotgetreideernte aus. Ihre Zuführung zur Brotversorgung würde — eine Nahrungsmittelbevölkerung von rund 9 Millionen zugrundegelegt — etwa 5 Gramm Brot je Kopf und Tag bedeuten. Erfahrungsgemäß ist jedoch die kalorienmäßige Ausnützung der Gerste bei der Verwertung zur Brotversorgung wesentlich ungünstiger als bei brauereitechnischer Verwertung. Auf die nachteiligen sozial-, finanzpolitischen sowie psychologischen Auswirkungen einer eventuellen Stilllegung der Biererzeugung in Bayern sei ebenfalls verwiesen.

Die Frage der Bierversorgung in Bayern nimmt entsprechend den natürlichen Lebensbedingungen der Bevölkerung und der historischen Entwicklung seiner Brauindustrie eine besondere Stellung unter den Ländern des Kontinents, ja man darf sagen, der ganzen Welt ein. Auf diese Gegebenheiten wäre Rücksicht zu nehmen, wenn eine gerechte Regelung gefunden werden soll. Der Landtag vertraut deshalb der staatsmännischen Einsicht aller beteiligten Stellen, daß dem vorliegenden Antrag stattgegeben wird.

(Scharf [CSU])

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die außergewöhnliche wirtschaftliche, soziale und steuerpolitische Bedeutung der ganzen Angelegenheit darf wohl erwartet werden, daß das Plenum die Entschließung des Ausschusses nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern ihr durch eine rege Aussprache das Gewicht verleiht, das ihr zukommt.

I. Vizepräsident: Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Horlacher.

Dr. Horlacher (CSU): Meine verehrten Damen und Herren! Wenn ich das Wort zu der hier vorliegenden Frage ergreife, so geschieht dies aus Gründen, die für uns von ganz erheblicher, ja ausschlaggebender Bedeutung sind. Blättert man die Geschichte Bayerns und seines Parlaments durch, so findet man, daß die Frage der Biererzeugung und des Bierverbrauchs immer eine große und entscheidende Rolle gespielt und viele Debatten ausgelöst hat. Stets ist diese Frage — und man übertreibt nicht, wenn man dies behauptet — eine Lebensfrage unseres bayerischen Volkes gewesen. Es hat sich dabei nicht allein um die Biererzeugung gehandelt, sondern um die Bedeutung, die die Brauindustrie, als ganzes gesehen, für die bayerische Wirtschaft hat. Sie war immer eine der Schlüsselindustrien, um die sich manches herumgruppiert. Insbesondere hat sich das landwirtschaftliche Leben um sie herum aufgebaut; ich erinnere nur an die Qualitätsprodukte, die wir hier in Bayern hergestellt haben und herstellen und die einen Weltruf genießen, nämlich Braugerste und Hopfen. Mit diesen Produkten haben wir auch Anschluß an den Weltmarkt gefunden. Hinzu kommt weiter, daß die Güte des bayerischen Biers weltbekannt gewesen ist. Auf dieser Güte des bayerischen Biers beruht es aber auch, daß im Gegensatz zu anderen Auffassungen das Bier in Bayern zu den Nahrungsmitteln der bayerischen Bevölkerung gehört hat. Es ließe sich z. B. in Bayern kein Holzarbeiter oder Maurer ohne eine Maß Bier denken. So etwas hat es bei uns in Bayern einfach nicht gegeben.

Diesen Verhältnissen muß Rechnung getragen werden. Ein großer Unterschied zwischen dem Süden und dem Norden besteht auch darin, daß in Bayern der Bierverbrauch der Bevölkerung pro Kopf das Zweieinhalbfache gegenüber dem Durchschnitt des übrigen Reichs betrug. Die Brauindustrie war in Bayern auf gesunder Grundlage aufgebaut. Es gab eine Unzahl kleinere und mittlere Betriebe, die sich auf das ganze Land ausdehnten und die notwendigen Verbindungen mit der Landwirtschaft aufrecht erhielten. Ich erinnere nur daran, daß die Brauindustrie auch eine Hauptgrundlage für unsere Futterwirtschaft gewesen ist und wesentlich zur Intensivierung der Vieh- und Milchwirtschaft beigetragen hat. Ich brauche im einzelnen nur an die Nebenprodukte, Treber und Malzkeim, zu erinnern. Wir verstehen dann manches, warum die Milchleistung in Bayern so zurückgegangen ist. Uns fehlen die Kraftfuttermittel, wie sie früher aus unserer Brauindustrie gekommen sind.

Es kommt noch hinzu, daß das bayerische Bier — seien wir ehrlich! — der Hauptanziehungspunkt für den Fremdenverkehr in Bayern gewesen ist. Es sind manche zu uns heruntergekommen, einmal wegen der Schönheit unseres Landes, dann aber auch wegen der

Güte unseres Biers, und dieses hat auch zur Versöhnung zwischen Nord und Süd beigetragen.

(Heiterkeit.)

Die Liebe zu Bayern ist umso mehr gestiegen, je mehr der Bierkonsum der Norddeutschen bei uns gestiegen ist.

(Heiterkeit.)

Diese völkerverbindende Kraft des Biers bei uns in Deutschland wollen wir nicht missen.

(Große Heiterkeit und Beifall.)

Wir in Bayern haben eine gemäßigtere Ausdrucksweise. Wir sind nicht so überheblich, und daß wir nicht so militaristisch gesinnt waren als anderswo, haben wir gleichfalls der milden Wirkung zu verdanken, die aus unserem Bier geflossen ist.

(Erneute Heiterkeit und Zustimmung.)

Das Bier hat — und dies hat seine Bestätigung durch die Betrachtungsweise des Auslandes gegenüber Bayern gefunden — wesentlich zur demokratischen Gestaltung unseres Volkes beigetragen.

(Sehr richtig!)

Bei uns hat es keinen Rassen- und Klassengeist gegeben. Der ist bei uns im Hofbräuhaus im Nichts aufgegangen. Diese Zustände müssen wieder kommen. Deshalb dürfen wir aber die Grundlagen dessen nicht verlieren, was früher gewesen ist. Die Kriegswirtschaft hat uns schwere Einschränkungen gebracht. Wir erkennen an — und es wäre verkehrt von uns, das nicht anerkennen zu wollen —, daß die Brotversorgung selbstverständlich sichergestellt sein muß. Wenn wir diesen Grundsatz vernachlässigen und bei unserer Betrachtung zurückstellen wollten, würden wir den Gegebenheiten nicht Rechnung tragen. Wir müssen ihnen aber Rechnung tragen, weil zu einem großen Teil die Befehlsmacht für die Sicherstellung der Brotversorgung sorgt.

Andererseits darf der Zusammenhang, der zwischen Biererzeugung und Brotversorgung besteht, nicht aus den Augen verloren werden. Auf diesen Zusammenhang kommt es aber an, und hier gibt es gewisse Grenzen, die man nicht überschreiten soll. Werden nämlich diese Grenzen überschritten, so wird mehr Schaden als Nutzen gestiftet. Glauben Sie mir, ich wundere mich oft über die Gutmütigkeit unseres bayerischen Volkes. Wir haben viel zu ertragen gelernt. Heute sind wir im Ertragen so weit, daß wir auch noch um unser Dünnbier kämpfen müssen. So weit haben wir es gebracht! Wir haben früher immer die Leute sagen hören: an diesem Bier, an diesem Geßüß liegt uns nichts mehr. In Wirklichkeit ist es aber doch nicht so. In Wirklichkeit ist es unbedingt notwendig, daß das, was wir jetzt noch besitzen und was uns die Brotversorgung übrig gelassen hat, unter allen Umständen aufrecht erhalten wird, damit wir auf dieser Grundlage später wieder weiterbauen und der bayerischen Bierproduktion wieder die Bedeutung verschaffen können, die sie ehemals besessen hat.

Ich kann das eine rundweg aussprechen: Eine Trockenlegung Bayerns wäre in seiner Geschichte eine einmalige Angelegenheit und würde in unserem Volke eine psychologische Stimmung erzeugen, die für uns absolut nicht mehr zu ertragen wäre.

(Starker Beifall.)

Es muß sogar ausgesprochen werden, daß dies geradezu hart und grausam wirken würde. Lassen Sie einmal die Sommermonate herankommen! Wenn hier

(Dr. Horlacher [CSU])

zu der geringen Kalorienzahl, die wir haben, noch hinzukommt, daß man nicht nur nicht genügend zu essen hat, sondern auch noch seinen Durst nicht löschen kann, dann gibt es in Bayern keinen Ernährungsminister mehr, der die Verhältnisse einigermaßen in Ordnung halten kann.

Es ist wirklich eine sehr ernste Frage, die auch Rückwirkungen auf die Arbeitslust der Menschen äußert. Ja, sie steht auch in engem Zusammenhang mit der Landwirtschaft. Mit allem Nachdruck muß darauf hingewiesen werden, daß die Frage der Bierproduktion nicht für sich allein betrachtet werden kann. Wenn der Bauer, der in den heißen Sommermonaten draußen mit seinen Angehörigen und Leuten die Arbeit verrichten muß, seinen Durst nicht mehr mit Bier löschen kann, wird er eben zu dem greifen, was ihm zur Verfügung steht. Diesen Zusammenhang mit der Milchfrage dürfen wir nicht übersehen. Sie wissen, wie wir uns alle ernstlich bemühen und auch vor unsere Bauern hintreten, damit die Fettversorgung gebessert wird. Unsere ganze Arbeit würde aber zerschlagen, wenn man unserer bayerischen Bevölkerung und dem bayerischen Bauern auch noch dieses Dünnbier nehmen würde.

Es kommt noch hinzu: Die Verhältnisse sind schon dadurch besonders erschwert, daß dieses Dünnbier wesentlich teurer ist, als das gute Normalbier war und daß seit jeher ein gewisser Zusammenhang zwischen Bierpreis und Milchpreis bestand. Ich darf nur darauf verweisen, daß sich früher um diese Frage eine wesentliche Diskussion abgespielt hat.

In den traurigen Zeiten, in denen wir leben, darf man einem Volke, das früher seine bestimmten Lebensgewohnheiten hatte, nicht auch jede Grundlage des Humors und jede Aussicht, wieder etwas besseres erreichen zu können, nehmen. Dies wäre ein schwerer psychologischer Fehler.

(Beifall.)

Wir haben die Bitte, daß auch die Besatzungsmächte diese psychologischen Gesichtspunkte entsprechend würdigen möchten; denn die Gründe, die wir hier ins Feld führen, sind gute Gründe. Es ist daher dringend erforderlich, daß die Frage der Aufrechterhaltung dieser 20 000 Tonnen so rasch als möglich einer Erledigung entgegengeführt wird. Mit dem ehemaligen Reichsminister Schlange-Schöningen, dem Verantwortlichen für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone, habe ich über diese Frage eine eingehende Aussprache gehabt. Er hat eingesehen, daß diese Frage für Bayern wesentlich ist, und hat mir zugesagt, daß er sich bei den zuständigen Organen für den bayerischen Standpunkt einsetzen wird.

Es geht mir aber nicht nur darum, daß man mit aller Tatkraft für die Erhaltung dieser 20 000 Tonnen im Interesse des bayerischen Volkes eintritt, sondern noch einen Schritt weitergeht. Wir möchten die Besatzungsmacht davon überzeugen, daß wir von dieser Dünnbiergrundlage ausgehend zu einer Verbesserung unserer Bierlage in Bayern wieder kommen sollten.

(Beifall.)

Dazu kommt, daß wir die Grundlage hierfür haben. Eine Grundlage für die entsprechende Rohstofffinanzierung dieser steigenden Bierproduktion bietet nämlich unser Export an Hopfen. Wenn wir den Bierexport wieder in unbeschränktem Maße fordern möch-

ten, so können wir dies damit rechtfertigen, daß, was wir an Löhnen usw. im Fertigprodukt hinausbringen, an Devisen wieder zurückfließt. Mit diesen Devisen können wir aber, was wir an Gerste zusätzlich verwenden haben, durch Weizen vom Weltmarkt her ohne weiteres ersetzen. Es wäre dringend erforderlich, daß hier ein Plan entwickelt wird, damit wir auch in einem der wichtigsten Produktionszweige der bayerischen Wirtschaft einmal zu einem organischen, wenn auch langsamen Aufbau kommen. Das ist eine Frage, die uns sehr bewegt.

Etwas anderes kommt noch hinzu: Der frühere gute Ruf Bayerns beruhte in erster Linie darauf, daß es durch sein ausgezeichnetes Bier bekannt war. Dieser gute Ruf soll wieder hergestellt werden. Die Güte unseres bayerischen Biers hat auch die versöhnende Kraft, nicht nur die politischen Gegensätze bei uns selbst auszugleichen. Wir haben oft miteinander gekochten und gestritten, aber bei einer guten Maß Bier ist dieser Streit in gemüthlicher Weise ausgefochten worden. So ist es auch im Leben der Völker. Bayern hat seinen friedlichen Ruf bei den anderen Völkern in den früheren Zeiten sich deswegen erobert, weil man die Lebensgewohnheiten des bayerischen Volkes und seine wirkliche Gesinnung kannte. Was Bayern der Welt zu bieten hatte: sein ausgezeichnetes Bier, das niemand nachmachen konnte, hat zur Völkerverständigung und Völkerverständigung beigetragen. Diese Grundlage müssen wir wieder haben und auf dieser Grundlage müssen wir wieder aufbauen. Wenn wir dem bayerischen Volke wieder einmal besseres Bier geben können, dann schaut der bayerische Arbeiter und Bauer die Welt wieder ganz anders an. Dann haben wir schon die erste Stufe zum Wiederaufbau in Bayern beschritten, dann geht es vorwärts.

(Sehr gut!)

Wenn wir dem Arbeiter, dem Handwerker und Bauern wieder eine geschmeckte Maß Bier geben können, dann freuen sie sich wieder an ihrer Arbeit, und der erste Schritt ist getan, um die Verhältnisse zum Besseren zu wenden.

Aus diesen Gründen bitten wir die Besatzungsmächte, daß uns diese Seele, ohne die wir nicht leben können, wieder eingehaucht wird; denn wir brauchen sie nicht nur für uns, sondern auch für die übrige Welt. Mit dem Wiederaufbau unserer bayerischen Biererzeugung können wir unsere Dienste erweisen und gleichzeitig die Verbindungen mit der Welt wieder anknüpfen, die verloren gegangen sind. Von diesen Gesichtspunkten aus möchte ich mich allen Ernstes und mit aller Tatkraft dafür einsetzen, daß die Dünnbiererzeugung mit dem Gerstenkontingent von 20 000 Tonnen bestehen bleibt und so sich dann allmählich eine Besserung der Verhältnisse auf diesem Gebiete aufbaut.

(Lebhafter Beifall, insbesondere bei der CSU.)

I. Vizepräsident: In der Reihenfolge der Redner folgt der Abgeordnete Zietsch.

Zietsch (SPD): Meine Damen und Herren! Rollege Dr. Horlacher sagte in seinen Ausführungen, eine Trockenlegung Bayerns wäre einmalig. Dazu möchte ich sagen: Die derzeitigen Verhältnisse sind gleichfalls einmalig. In diesem Sinne bitte ich meine folgenden Ausführungen zu verstehen. Ich wende mich nicht grundsätzlich gegen den Antrag, sondern nur gegen einige Behauptungen zu diesem Antrag. Es ist z. B. davon die Rede, daß Ersatzgetränke fehlen und

(Zietsch [SPD])

deshalb die Biererzeugung aufrechterhalten bleiben müsse. Den Referenten ist auch erklärt worden, weshalb diese Ersatzgetränke fehlen. Es scheint mir die gegebene Begründung nicht ausreichend zu sein; denn wo Ersatzgetränke fehlen, wird man Wege beschreiten müssen, um sie zu beschaffen. Es wird ferner behauptet, das Fehlen dieser Ersatzgetränke müsse zwangsläufig zu einem erhöhten Eigenverbrauch an Milch führen. Wir haben schon im vergangenen Jahr, als infolge der Steuererhöhung der Bierpreis erhöht werden mußte, da und dort die merkwürdigsten Zungenschläge gehört. Es wurde gesagt, daß wegen des gewaltigen Unterschiedes zwischen Milchpreis und Bierpreis die Bauern dazu übergehen würden, nun ihre Milch selbst zu trinken. Es ist erstaunlich, daß man auch aus beamtetem Munde derartige Äußerungen vernommen hat. Nach meiner Auffassung ist dies noch kein Grund gewesen, deshalb den Eigenverbrauch an Milch zu steigern.

(Zuruf: Das ist eine Tatsache!)

— Es ist eine Tatsache, ich weiß es. Dann sind aber die Notwendigkeiten, unter denen wir leben, an den verschiedensten Orten nicht ganz erkannt worden. Denn die Normalverbraucher in den Städten müssen nun einmal von den 200 Gramm Butter leben, die man ihnen gibt. Diese schreien eben jetzt über die Verhältnisse und über die Not, an denen sie auch keine Schuld tragen; denn Hunger tut weh. Deshalb scheint mir hier eine ganz andere Art der Begründung am Platz zu sein. Man muß an das Gewissen des Einzelnen appellieren und sagen: Damit die Kinder in der Stadt nicht verhungern und umkommen, mußt Du trotzdem Deine Milch abliefern. Wir werden dann eben Wasser trinken. Ich versichere Ihnen, ich habe selbst einige Jahre in der Landwirtschaft gearbeitet,

(Zuruf: Das sieht aber nicht so aus.)

und ich weiß, was Durst im Sommer ist. Wir haben zu dieser Zeit kein Bier, sondern nur Ersatzgetränke bekommen. Bei uns war dies wenigstens so.

Wenn man hier behauptet hat, durch das Trinken von rohem Trinkwasser werde die Seuchengefahr erhöht, so dürfte diese Begründung nicht standhalten. So weit sind wir in Bayern noch nicht, daß, wie in Rußland, im Sommer das Trinken von Wasser verboten werden müßte.

(Zuruf: O ja!)

— Was sollen denn die Kinder trinken? Wir werden doch nicht wünschen, daß sie auch noch Bier trinken sollen, damit sie nicht krank werden?

Weiter wird behauptet, daß infolge des hohen Bierpreises die Milchablieferung zurückgegangen sei. Was sollen die Leute machen, die kein Geld haben, um sich Bier zu kaufen? Was sollen die Flüchtlinge draußen auf dem Lande machen, die von der Fürsorgeunterstützung leben? Womit sollen sie das teure Bier bezahlen? Sie werden Wasser trinken müssen; es wird ihnen nichts anderes übrig bleiben.

Es ist dann gesagt worden — dies mag ja stimmen —, daß die 20 000 Tonnen Gerste, die dafür zur Verfügung stehen müssen, nur 1 Prozent der Brotgetreideernte ausmachen. Aber wenn man dies multipliziert, so ist es die Brotversorgung für 9 Millionen Menschen für die Dauer einer Woche. In diesem Zusammenhang muß doch wohl berücksichtigt werden, daß

wir zur Zeit in unserer Brotversorgung von dem Wohlwollen der Besatzungsmächte abhängig und deshalb aus taktischen Gründen gehalten sind — daher auch meine Ausführungen —, eine Argumentierung zu finden, die auf die Erwägungen der Besatzungsmächte die entsprechende Rücksicht nimmt. Die Amerikaner haben in dieser Hinsicht eine andere Auffassung, als sie hier mit großem Geschick und unter dem Beifall des Hauses von unserem Präsidenten Dr. Horlacher vorgetragen worden ist. Ich glaube, wenn es darum geht, daß die Brotversorgung von 9 Millionen Menschen für eine Woche auf dem Spiele steht, muß eine andere Argumentation gefunden werden.

Ein weiteres Argument muß ich hier mit aller Entschiedenheit ablehnen, weil es in keiner Weise bewiesen ist. Es wird behauptet, daß die kalorienmäßige Ausnützung dieser Menge Gerste in Form von Bier eine größere und bessere sei als in Form von Brot. Ich muß die Behauptung, daß das Bier flüssiges Brot ist, zurückweisen, weil mir der Begriff Brot ein heiliger Begriff ist. Wenn es heißt, daß erfahrungsgemäß die kalorienmäßige Ausnützung der Gerste bei Verwertung zur Brotversorgung wesentlich ungünstiger ist als bei brauereitechnischer Verwertung, so muß ich dies entschieden zurückweisen. Ich möchte sagen: Die Begründung für einen derartigen Antrag, gegen den ich mich grundsätzlich gar nicht wende, könnte nur kurz so lauten: Wenns eben Bier gibt, dann steigert sich die Milchablieferung gegenüber dem bisherigen Zustand. Man soll also Positives erwähnen und auf den Anreiz des Bieres für eine bessere Milchablieferung verweisen.

Und nun komme ich zurück auf die taktischen Gründe, die mich zu diesen Ausführungen veranlaßt haben. Aus dem Verantwortungsbewußtsein, das Sie mit Recht gezeigt haben, aber auch infolge einer Auffassung von meiner Seite aus, die wohl von Tausenden und Abertausenden von Menschen verstanden wird, erscheint es mir notwendig, dem Antrag eine Erweiterung folgenden Inhalts zu geben:

Die Staatsregierung wird gleichfalls ersucht, im Zusammenhang mit diesem Antrag bei den zuständigen Stellen Schritte zu unternehmen, daß die Herstellung von Ersatzgetränken durch Bereitstellung von Zucker und Süßstoff und unter Umständen von Kaffee-Ersatzmitteln gesteigert wird.

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Woher denn nehmen?)

— Auf diese Frage antworte ich mit der gleichen: Woher die Gerste nehmen für das Bier? Wir müssen versuchen, sie freizubekommen. Genau so ist die Frage, woher Zucker und Süßstoff nehmen, zu beantworten. Auch hier werden wir uns wahrscheinlich an die Besatzungsmächte wenden müssen.

(Dr. Ehard: Das ist doch viel schwieriger!)

— Darauf kommt es nicht an, ob es schwieriger ist, sondern es wird verlangt, daß man sagt, es sind die beiden Dinge notwendig, damit wir eine Steigerung der Fettversorgung erreichen können.

(Dr. Ehard: Dann brauchen Sie noch die Einrichtungen.) Die Brauereien sind in der Lage, Ersatzgetränke herzustellen. Das wissen wir ja, da die Brauereien sofort mit der Limonadeherstellung begonnen haben.

Das sind meine Ausführungen. Ich gebe sie zu erwägen.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Piechl.

Blechl (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle fest, daß der bayerische Arbeiter von jeher einer der besten Bierkonsumenten gewesen ist.

(Sehr richtig!)

Bei uns in Bayern ist das Bier kein Genuß-, sondern ein Nahrungsmittel; es ist sozusagen das flüssige Brot. (Wimmer: Gewesen.)

— Herr Kollege Wimmer, Sie wissen, welche Verwirrung durch dieses Dünnbier angerichtet worden ist. Zu mir ist ein Bauer gekommen und hat diese Verwirrung in poetische Form gekleidet. Er hat gesagt: Ich bin ein armer Mann, ich bin ein geschlagener Mann; ich kenne Bier und Wasser nicht mehr auseinander. (Heiterkeit.)

Da sehen Sie, welche Verwirrung dieses Dünnbier bereits angerichtet hat.

Es steht einwandfrei fest, daß die kalorienmäßige Ausnützung der Gerste bei der Bierherstellung günstiger ist als bei der Herstellung von Brot. Ich habe bereits ausgeführt, daß das Bier bei uns in Bayern die festen Nahrungsmittel zum Teil ersetzt. Das mag vielleicht in Norddeutschland, wo der Schnaps bevorzugt ist, anders sein; aber bei uns in Bayern ist es einmal so. Wenn dann geglaubt wird, daß das Fehlen des Biers keinen Einfluß auf die Milchablieferung hätte, dann muß ich sagen: Die schwere Arbeit des Bauern verlangt, daß er für das Bier, und wenn es noch so dünn ist, irgend ein flüssiges Ersatzmittel hat. Da würde dann in erster Linie zu der Milch gegriffen werden.

Ich glaube, gerade wir, die wir uns als Vertreter des Bauernstandes bekennen, haben in den letzten Wochen und Monaten bewiesen, daß es uns mit der Versorgung der Städte mit Lebensmitteln ernst ist. Es gibt keinen Stand in Bayern, der so mit Zwangsmaßnahmen bedacht ist, wie gerade der Bauernstand. (Sehr richtig!)

Nachdem man aber zur Herstellung von Bier außer Gerste Hopfen braucht, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Hopfenbau schon deswegen, weil er mit der Bierherstellung zusammenhängt, besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Die Hopfenanbaufläche ist ganz gewaltig zurückgegangen. Wir haben im Vorjahr gefordert, daß die Hopfenanbaufläche vergrößert werden solle; auch von Seiten des Ministeriums ist eine derartige Anregung an uns ergangen. Wir wollten die Hopfenanbaufläche auf 7 000 Hektar steigern. Ich möchte bemerken, daß das sehr schwer ist. Und in meinen weiteren Ausführungen werde ich auch beweisen, daß es zur Zeit fast gar nicht möglich ist und daß wir die Unterstützung des hohen Hauses nötig haben, wenn wir die Materialien bekommen sollen, die wir zum Hopfenbau unbedingt brauchen. Wenn es uns nicht gelingt, die Hopfenanbaufläche horizontal zu vergrößern, so müssen wir darauf hinarbeiten, daß der Hopfenanbau vertikal vermehrt werden kann. Wir müssen durch Düngemittel den Ertrag des einzelnen Hopfenstocks steigern. Wir in der Holledau — die Holledau ist das größte Hopfenbaugebiet Deutschlands — treiben Qualitätshopfenbau. Ich möchte von dieser Stelle aus sagen, daß uns das bayerische Landwirtschaftsministerium bisher in diesem Bestreben außerordentlich unterstützt hat; denn der Hopfen dient nicht bloß zur Bierherstellung.

(Zuruf von der SPD: Auch für Arzneimittel!)

— Sowohl, er wird auch als Arzneimittel verwandt, von den pharmazeutischen Instituten. Hopfen wird exportiert. Ich kann versichern, 27,5 Prozent des gesamten Exports im letzten Jahr war Hopfen. Wir hatten eine Einnahme von mehr als 5 Millionen Dollar. Um diese 5 Millionen Dollar könnten wir uns 3 000 Waggon Getreide à 300 Zentner leisten. Ich glaube, diese Tatsache allein wird jeden Abgeordneten zu der Ansicht bringen, daß der Hopfenbau unterstützt werden muß. Auch im Jahr 1946/47 haben wir mit dem Ausland große Abschlüsse getätigt. Wenn einmal die volkpsychologischen Hemmungen draußen verschwunden oder mindestens abgeflaut sind, dann werden wir darangehen, nicht bloß Hopfen, sondern auch wieder Bier zu exportieren. Es wäre für uns besser, wenn wir Bier anstatt Hopfen exportieren könnten.

(Sehr richtig!)

Wenn dann von gewissen Kreisen gesagt wird, durch die hohe Ausfuhr wird die inländische Brauindustrie geschädigt, so möchte ich darauf antworten: Sowohl, das sei zugegeben; aber es ist notwendig, daß wir die Verbindung mit der Welt wieder finden. Ich kann mich ganz gut daran erinnern, daß wir nach dem Kriege 1914/18 beim Export von Hopfen solche Schwierigkeiten hatten, daß wir den Hopfen oft als tschechoslowakischen Hopfen deklarieren mußten, um überhaupt auf dem ausländischen Markt erscheinen zu können.

Noch zu etwas anderem glaube ich die Unterstützung des Hauses besonders erbitten zu müssen: das ist die Beschaffung von Hopfensäulen, Hopfendraht und Eisen. Ich glaube, daß ich nicht umsonst an die Vertreter des Landwirtschaftsministeriums appelliere, wenn ich das Ministerium um besondere Unterstützung in dieser Frage bitte. Wir brauchen noch mindestens 10 000 cbm Hopfensäulen; wir brauchen 8000 Tonnen Draht; wir brauchen sozusagen 100 Tonnen Nägel; wir brauchen für unsere Tausende von Hopfendarren sozusagen 100 Tonnen Blech. Es sind das alles Materialien, deren Beschaffung sich unbedingt bezahlt macht. Sie haben gehört, in welcher Höhe wir durch die Hopfenausfuhr profitiert haben. Sie haben auch daraus entnehmen können, daß nicht bloß die Holledauer Hopfenbauern, sondern das ganze bayerische Volk durch die Hopfenausfuhr profitiert hat.

Wir brauchen ferner, um das nicht zu vergessen, Quecksilbersublimat für die Hopfensäulen; denn wir müssen cyanisierte Hopfensäulen haben, weil sonst diese Säulen schon in vier oder fünf Jahren ersetzt werden müssen. Ihr wißt, welcher ungeheurer Raubbau am bayerischen Wald getrieben wird, daß die Reserven von Generationen aufgearbeitet werden. Aus diesem Grunde suchen wir mit dem Material, das wir erhalten, vorsichtig umzugehen, und müssen durch die Cyanisierung dafür sorgen, daß die Säulen nicht fünf, sondern 20 bis 30 Jahre halten, wie das früher der Fall gewesen ist. Ich bitte auch hier das Ministerium um Unterstützung. Die Herren Abgeordneten des hohen Hauses aber bitte ich, uns in der Weise zu unterstützen, daß sie den Antrag, der zur Debatte steht, annehmen.

Zum Schluß möchte ich noch bitten, daß die Besteuerung der Hopfenbauwirtschaft einer Revision unterzogen wird. Die Situation bei uns ist heute so, daß bei der Einkommensteuer 36 Prozent der Roh-einnahmen als reines Einkommen steuerlich gewertet

(Biechl [CSU])

werden. Die Einheitswerte sind im Jahre 1943 deswegen hinaufgesetzt worden, weil auch in der Tschechoslowakei in Dauba und Auscha die Einheitswerte hinaufgesetzt wurden. Da ist es bei uns vorgekommen, daß Bauern, die einen Einheitswert von 40 bis 50 000 Mark hatten, auf 90 bis 100 000 Mark hinaufgesetzt wurden. Sie wissen, welche Auswirkungen eine derartige Erhöhung des Einheitswerts auf die allgemeine Besteuerung hat, auf die Vermögenssteuer, die Grundsteuer und wie diese Steuern alle heißen. Um den Hopfenbauern das Fortkommen zu erleichtern, ist es daher notwendig, daß hier eine Revision eintritt. Wir haben Hopfenbauern nicht bloß in der Holledau; wir haben auch Tausende von Hopfenbauern in Spalt und Hersbruck. Auch diese Leute wehren sich ihrer Haut. Denn es ist nicht so, daß der Hopfen etwa wie das Getreide geerntet wird. Der Hopfen beansprucht eine intensive Kultur. Es sind 9 000 Mark notwendig, um überhaupt eine Hopfenanlage von einem Hektar aufstellen zu können. Mit dem Hopfenbau ist ein ungeheures Risiko verbunden. Sie haben vielleicht gehört, daß im letzten Jahr im Monat Juli innerhalb von fünf Minuten 5 bis 10 000 Zentner Hopfen durch Hagelschlag vernichtet worden sind. Dasselbe gilt auch von den Sturmschäden und von den tierischen Schädlingen. Denken wir an die Peronospora, eine furchterliche Hopfenkrankheit. Zur Bekämpfung der tierischen Schädlinge brauchen wir Kupfer. Dieses Kupfer ist vorhanden. Es ist bloß notwendig, daß die maßgebenden Stellen unsere Bestrebungen, Kupfer zu bekommen, auch auf das Nachdrücklichste unterstützen.

Der Hopfenbauer ist bereit, den Kampf mit den Elementen und den Schwierigkeiten wieder aufzunehmen, wie er das bisher getan hat. Gerade der bayerische Hopfenbauer ist bekannt als der fleißigste der Welt, der die Hopfenschädlinge bekämpft hat wie kein anderer.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hagen Lorenz.

Hagen Lorenz (SPD): Meine Damen und Herren! Ich darf eingangs meiner Ausführungen darauf hinweisen, daß die Ausführungen meines Parteifreundes Bietzsch nur seine persönliche Meinung waren.

(Heiterkeit.)

Ich möchte zum besseren Verständnis für Sie sagen: Bietzsch ist Abstinenzler.

(Heiterkeit bei der CSU.)

Daraus resultiert vielleicht seine Auffassung zu den hier in Frage kommenden Problemen.

(Lorig: Die Koalition ist nicht gefährdet!)

Seine Begründungen und Einsprüche kann ich nicht ganz gelten lassen. Wenn er sagt, es müssen Ersatzgetränke beschafft werden: Gut, wir wollen auch den Abstinenzlern das Recht zuerkennen, daß sie das zu trinken bekommen, was ihnen genehm ist. Aber er hat dabei nicht angeführt, daß Malzkaffee oder, wie wir ihn sonst in spöttischer Form nennen, Spitzbohnenkaffee miteinbezogen wird; dazu ist auch Gerste notwendig.

(Sehr richtig!)

Wenn er weiter sagt, daß man eben wieder zum Wassertrinken zurückkehren müßte, so möchte ich doch sagen: die Gefahr, die aus dem Wassertrinken gerade in den heißen Sommermonaten entsteht, ist denn doch

zu groß, als daß wir das mit in Kauf nehmen und sagen, an Stelle des bayerischen Bieres wollen wir Wasser trinken. (Sehr gut!)

Gerade wir als Gewerkschaftler legen besonderes Gewicht darauf, daß uns das Bier selbst in seiner jetzigen Zusammensetzung erhalten bleibt. Wir stehen absolut nicht auf dem Standpunkt, daß es nur Genußmittel ist, sondern daß es auch einen gewissen Nährwert hat, wenn es dem Forstarbeiter, dem Landarbeiter oder dem Bauarbeiter, die unter der Hitze der Sommermonate ganz besonders zu leiden haben, möglich ist, zu ihrem Stück trockenen Brotes noch ein Glas Bier zu trinken, weil dadurch, unserer Meinung nach wenigstens, ein gewisses, wenn auch etwas vorgetäushtes Füllegefühl im Magen entsteht. Die Arbeitsfreudigkeit wird nicht so absinken, wie wenn er nur leeres schales Wasser trinken kann.

Wir haben nun gerade heute vor acht Tagen als bayerische Gewerkschaftler mit General Clay, dem neuen Befehlshaber der US-Zone, eine Aussprache über verschiedene Dinge gehabt. Dabei haben wir auch die Frage des Brauverbots angeschnitten. Wir haben dort verlangt, daß Bayern wenigstens die 20 000 Tonnen, die ihm bisher gegeben worden sind, weiter gegeben werden. Wir haben es nicht verlangt, um vielleicht nur die Interessen der Brauherren zu vertreten, sondern aus den von mir schon genannten Gründen der Notwendigkeit der Biererzeugung und weil wir wissen, daß innerhalb der Brauindustrie und aller verwandten Nebenberufe ca. 180 000 Menschen beschäftigt sind, für die die Gefahr der Arbeits- und Brotlosigkeit entstände, wenn die Gersteteilung ganz eingestellt würde.

(Sehr richtig!)

Dagegen haben wir uns gewendet. Wir haben General Clay gegenüber weiter darauf hingewiesen, daß, wenn das Bierbrauerverbot aufrecht erhalten wird, die große Gefahr besteht, daß die Milchablieferung der Bauern noch weiter zurückgeht, weil man dem Bauern während der heißen Jahreszeit nicht zumuten kann, nur Wasser zu trinken. (Sehr richtig!)

Wenn aber durch die Aufrechterhaltung des Brauverbots die Milchablieferung weiter zurückgeht, dann müßten wir verlangen, daß die alliierten Besatzungsmächte sich dazu bekennen, daß in einem weit größeren Maß als bisher Fett vom Ausland für die Ernährung der Bevölkerung eingeführt wird. Denn durch den Rückgang der Milchablieferung wird ja zu gleicher Zeit ein Rückgang der Fetterzeugung hervorgerufen. General Clay hat uns allerdings geantwortet: Meine Herren, ich verstehe das, daß Sie für die Aufrechterhaltung des Braukontingents kämpfen; aber bedenken Sie eines: Wir sind mit England verbündet. England, das ja auch ein hiertrinkendes Land ist, hat seine Brauereien vollständig stillgelegt, weil auch dort die Gerste für Ernährungszwecke mitverwendet werden muß.

(Hört!)

Wir haben das bezweifelt.

(Zuruf: Die haben ja Tee!)

— Vielleicht auch das. Wir haben auch bezweifelt, daß das der alleinige Grund sein kann. Denn wenn wir auch zugeben müssen, daß die Ernährungslage in England nicht besonders gut ist, so schlimm, wie sie bei uns in Deutschland ist, dürfte sie auf keinen Fall sein.

(Sehr richtig!)

(Hagen Lorenz [SPD])

Das steht zweifellos fest. Nun hat uns General Clay zugesagt, er werde sich dafür einsetzen, daß das Brauverbot nicht in seinem ganzen Umfang aufrecht erhalten wird. Er sagte uns allerdings bei der Gelegenheit, er müsse dann schon Wert darauf legen, daß auch das Bier markenmäßig bewirtschaftet wird. Ob das möglich ist, möchte ich von dieser Stelle aus nicht untersuchen.

(Zuruf von der SPD: Dann kann der Normalverbraucher keines trinken!)

Denn eine gleichmäßige, markenmäßige Zuteilung würde gerade meinen Parteifreund Zietsch in die unangenehme Lage versetzen, seine Marken wo anders hin abgeben zu müssen. (Heiterkeit.)

Ich glaube, wenn ein Antrag eine Berechtigung hat, dann der Antrag Hirschenauer und Genossen auf Aufrechterhaltung des bisherigen Braukontingents. Wir, meine Parteifreunde und ich, treten selbstverständlich aus den von mir angeführten Gründen resillos für diesen Antrag ein. Wenn wir auch sonst den Partikularismus auf der ganzen Linie ablehnen, so müssen wir doch sagen: Eine Eigenart haben wir Bayern, und das ist nun einmal, wie auch bereits der Herr Kollege Dr. Horlacher angeführt hat, unser Biertrinken; an dieser Eigenart wollen wir festhalten und deshalb bitten wir Sie, dem vorliegenden Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wilhelm.

Wilhelm (SPD): Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Dr. Horlacher hat bereits auf die volks- und völkerverbindende Eigenschaft des Biers hingewiesen. Wir erkennen das auch an, und ich möchte Ihnen, im Gegensatz zu meinem Kollegen Zietsch, die Notwendigkeit des Bierbrauens durch sechs Gründe, die zweifellos sehr beachtenswerter Natur sind, des näheren erläutern.

In erster Linie: Was wird denn eingespart, wenn das Bierbrauen eingestellt und die dazu benötigte Gerste zum Brotbacken verwendet wird? Nur 1,9 Prozent der bayerischen Brotgetreideernte

(Wimmer: 1,4 Prozent!)

und 1,1 Prozent der bayerischen Getreideernte! Aus dieser Ersparnis könnte man rund 20 160 Tonnen Brot herstellen. Das wären umgerechnet, wie das ein Redner in diesem Hause bereits erwähnte, 6,3 Gramm pro Tag mehr. Diese geringe Menge allein rechtfertigt doch in keiner Weise den Entzug eines Lebensmittels, wie es bei uns das Bier darstellt.

Außerdem kommt dazu: Wenn die Bierherstellung eingeschränkt wird, so wird — man mag das bestreiten oder nicht — zweifellos Milch in bedeutend größerer Menge verbraucht werden, weil ich als praktischer Mann dem Bauern nicht zumute, daß er nun Wasser trinkt oder sich andere Ersatzgetränke herstellt, wozu er aber vielfach die nötige Zeit gar nicht aufbringt. Angenommen, es würden dadurch 3 Millionen Hektoliter Milch mehr verbraucht, so könnten daraus 30 Millionen Pfund Butter, das heißt je Versorgungsperiode 125 Gramm oder pro Tag 4,2 Gramm Butter hergestellt werden.

Ich will hier gar nicht von dem Wegfall der besonders wichtigen Milchfuttermittel in Gestalt der

Brauereiabfälle wie z. B. Treber, Malzkeim usw. reden.

Was also auf der einen Seite an Brot gewonnen würde, würde bei der Einstellung des Bierbrauens, schon rein mengenmäßig gesehen, die bereits äußerst schwierige Fettversorgung, unter der wir heute zu leiden haben, noch bedeutend verschärfen.

Der zweite Grund betrifft die Finanzpolitik. Man darf nicht übersehen, daß 6 Millionen Hektoliter Bier, zu einem Steuersatz von 35 Mark je Hektoliter gerechnet, 210 Millionen Reichsmark ergeben, das ist ein Fünftel der gesamten ordentlichen Einnahmen der Abteilung B, Zölle und Verbrauchssteuern,

(Dr. Hundhammer: Abgesehen von der Umsatzsteuer!)

— ich komme noch darauf zu sprechen —, die mit 1000 Millionen veranschlagt sind, oder ein Siebentel von 1400 Millionen Mark, nämlich der gesamten ordentlichen Einnahmen des bayerischen Staates überhaupt. Dazu kommen die außergewöhnlichen Ausfälle, die dadurch entstehen, daß z. B. die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Umsatzsteuer, die Gewerbesteuer in ihrem Ertrag ganz wesentlich sich senken müßte, was sich fühlbar zum Schaden des bayerischen Staates auswirken würde. Zieht man weiter noch in Betracht, daß insbesondere das Schankwirtschaftsgewerbe und die von der Brauwirtschaft unbedingt abhängigen Wirtschaftszweige auch noch einen wesentlichen Steuerbetrag erbringen, so müßte man schon aus finanzpolitischen Gründen ganz besonders dafür eintreten, daß der heutige Antrag angenommen wird.

Als Gewerkschaftler liegen mir aber vor allem die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt am Herzen. Ich glaube, der Herr Kollege Zietsch hat nicht beachtet, welche Auswirkungen die Aufhebung allein auf dem Arbeitsmarkt hervorrufen würde.

(Zietsch: Doch, doch!)

Wir haben rund 1200 Brauereien und Mälzereien und 250 Bierverlagerungsbetriebe in Bayern. In diesen Betrieben sind rund 30 000 Menschen beschäftigt. Dazu kommt noch die große Anzahl der Angestellten in den rund 38 000 bayerischen Gasthöfen und Schankwirtschaften. Ferner kommen hinzu die vom Braugewerbe abhängigen Betriebe, und zwar Handwerks- und Industriebetriebe, in denen wohl wieder, ohne zu übertreiben, 130 000 bis 150 000 Menschen tätig sind. Ich glaube, wenn das ganze Braugewerbe wieder richtig arbeitet, wird diese Zahl kaum übertrieben sein. Für den aus dem Brauverbot entstehenden Entzug von Arbeitsmöglichkeiten stünden gegenwärtig keine Ersatz- und keine anderen Verdienstmöglichkeiten zur Verfügung, ganz abgesehen von den Folgen für die allgemeine Getränkeversorgung. Ich bin nicht in der glücklichen Lage, Abstinenzler zu sein,

(Heiterkeit.)

sondern ich habe die Eigenschaft eines Bajumwaren, der das Bier auch als flüssige Nahrung konsumiert.

(Wimmer: Das trinken ja andere auch, und zwar in viel größeren Mengen, wenn sie es haben können!)

— Ganz richtig, Herr Kollege! Ich möchte aber hier ganz besonders darauf verweisen: Was würden heute unsere Landbevölkerung, unsere Forstarbeiter, unsere Arbeiter auf den Baustellen sagen, wenn man ihnen irgendein anderes Getränk oder gar Wasser vorsetzen würde? Ganz abgesehen von den Folgen, die sich

(Wilhelm [SPD])

daraus in gesundheitlicher Beziehung ergeben. Es ist zweifellos nur Bosheit, wenn behauptet wird, es würde auch mit Ersatzgetränken dasselbe erreicht werden wie durch das Produkt unserer alteingeführten Brauindustrie, die nun einmal die gesamte Arbeiterschaft, das gesamte arbeitende Volk mit dem Getränk versorgt, das wir zur Fortführung unserer Wirtschaft benötigen.

Die ländliche Bevölkerung würde aber nicht von einem erhöhten Genuß an Milch abgehalten werden können und es würde damit ein Ausfall für die Fettversorgung in Bayern eintreten.

Weiter ergäben sich auch psychologische Wirkungen. Für einen Kenner der bayerischen Verhältnisse unterliegt es keinem Zweifel, daß bei Wegfall des Biers sowohl die Arbeitsleistung als auch die Arbeitsfreudigkeit ganz wesentlich herabsinken müßten. Das wäre bei den Wiederaufbaumaßnahmen, die jetzt unter den schwierigsten Umständen einzuleiten sind, sowohl beim Baugewerbe wie bei den Bergarbeitern und auch in der Landwirtschaft ohne Zweifel von den verheerendsten Folgen. Wenn auch der Wert des Biers auf der jetzigen Grundlage am besten so gekennzeichnet wird, wie es der Herr Kollege vorhin getan hat, indem er erklärte, ein Bauer habe gesagt, er könne Wasser vom Bier nicht mehr unterscheiden, so bildet die Aufrechterhaltung dieses Biers doch die Grundlage, auf der im Laufe der Zeit aufgebaut werden kann.

Im Gegensatz zu meinem Kollegen Zietsch bin ich schon der Auffassung, daß auch wir für den vom Ausschuß vorgelegten Antrag eintreten werden und damit auch einer unserer wichtigsten Industrien wieder den nötigen Auftrieb verschaffen.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Linnert. Dann ist noch als Rednerin vorge-

merkt —

(Dr. Lacherbauer: Zur Geschäftsordnung!)

Herr Dr. Lacherbauer zur Geschäftsordnung!

Dr. Lacherbauer (CSU): Meine Damen und Herren! Ich glaube den Ausführungen der Debatteredner entnehmen zu können, daß der Antrag nicht in irgendeiner Gefahr schwebt. Könnte nicht die Debatte dadurch abgeklärt werden, daß die übrigen Redner, die nur für den Antrag sprechen, auf ihre Ausführungen verzichten?

I. Vizepräsident: Ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt?

(Dr. Lacherbauer: Jawohl!)

Dr. Linnert (FDP): Ich halte es nicht für sehr loyal, wenn von einer Fraktion fünf Herren sprechen und dann, wenn von einer anderen Fraktion sich einer meldet —

(Stock: Zur Geschäftsordnung!)

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Stock zur Geschäftsordnung!

Stock (SPD): Meine Damen und Herren! Das Wort war erteilt. Mithin muß der Kollege Dr. Linnert auch sprechen können. Dann, wenn der Kollege Dr. Linnert gesprochen hat, muß über den Antrag auf Schluß der Debatte abgestimmt werden.

(Dr. Lacherbauer: Selbstverständlich!)

I. Vizepräsident: Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Linnert.

Dr. Linnert (FDP): Ich werde es sehr kurz machen. An und für sich stimme ich den Worten des Kollegen Dr. Lacherbauer vollkommen zu. Es ist wahrhaftig genug über diese Frage gesprochen worden. Darüber kann ja in diesem Hause kein Zweifel sein, daß eine überwältigende Mehrheit für diesen Antrag eintreten wird.

Wenn ich mich trotzdem zum Wort gemeldet habe, so vor allem, weil ich es vermeiden möchte, daß nun wieder in der norddeutschen Presse über unseren Landtag einige Glossen erscheinen, die von keiner Sachkenntnis getrübt sind. Es dreht sich hier nicht nur, wie ich einmal sagen will, um eine Frage des Genusses. Dabei will ich die psychologische Frage, ob man denn nicht auch Genußmittel im Leben braucht, gar nicht ansprechen. Wir können ja letzten Endes, wenn wir schon einmal auf den Kalorienzwinkel eingehen wollen, unsere Kalorien auch mit lauter Kartoffeln machen, dann haben wir Kartoffelbäuche und gehen daran zugrunde.

(Sehr richtig! — Heiterkeit.)

Es dreht sich also nicht nur um die Frage des Genusses, sondern schon auch noch um einige andere Dinge. Ich spreche deshalb, weil ich in Nürnberg gewählt worden bin, in einer Stadt, die nach München die größten Brauereien Bayerns hat, und weil ich daher weiß, daß diese Frage auch eine eminent wirtschaftliche Frage ist.

Hauptsächlich habe ich mich zum Wort gemeldet, weil ich die Begründung zu dem Antrag äußerst ungünstlich finde. Wenn man diese Begründung einem objektiv denkenden Menschen vorlegt — es ist vorhin schon von England gesprochen worden, das auch trockengelegt worden ist, das allerdings andere Genußmittel hat, die wir nicht haben —, so muß ich schon sagen, daß es lächerlich wirkt, wenn hier z. B. vom Wassertrinken und von der Gefahr des Wassertrinkens gesprochen wird. Es ist in unserer Stadt keine Gefahr des Wassertrinkens und auf dem Lande ist sie nicht groß, und wenn sie groß ist, ist sie trotz oder ohne Bier vorhanden. Dann muß sie eben beseitigt werden. Aber das ist keine Begründung für diesen Antrag.

Ich hätte es auch sehr begrüßt, und ich glaube uns darin mit unserem Präsidenten Dr. Horlacher sehr einig zu finden, wenn man nicht nur dieses Quantum Dünnbier beantragt, sondern sich etwas mehr für dickeres Bier eingesetzt hätte, damit der Ausdruck „flüssiges Brot“, den ich an sich nicht gerne höre, etwas mehr Berechtigung hätte.

Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß für uns eine erhebliche wirtschaftliche Frage dadurch entsteht, daß Zehntausende von Menschen arbeitslos würden. Der Herr Abgeordnete Piechl hat darauf hingewiesen, welche Bedeutung der Hopfenbau hat. Einstmals war Nürnberg das Weltzentrum für den Hopfenhandel. Auch das hat nach Nürnberg viel Geld gebracht und vielen Menschen Arbeit verschafft. Wenn Nürnberg heute nicht mehr Weltzentrum ist, ist das nicht nur die Schuld des verlorenen Krieges, sondern liegt an der Dummheit der Nazis, die seinerzeit die Firmen, die meist in jüdischen Händen waren, beseitigt und damit einen großen Devisenimport ver-
schert haben.

Ich möchte auch noch darauf aufmerksam machen, daß ich es für falsch halte, immer von dem Milchgenuß

(Dr. Linnert [SPD])

zu sprechen, der eintreten wird, wenn kein Bier vorhanden ist. Die Städter können ja auch keine Milch trinken, wenn sie kein Bier haben. Ich glaube, es heißt unsere Bauern doch etwas am falschen Ende anpacken, wenn man ihnen sagt: Setzt kauft die Milch, weil Ihr kein Bier mehr bekommt. Diese Verantwortungslosigkeit trifft vielleicht auf einzelne zu, aber nicht auf die Masse. Auch diese Begründung möchte ich also für meinen Teil ablehnen.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß durch die Einstellung des Bierbrauens und, wie mir von Sachverständigen selbst gesagt wurde, auch dann, wenn nur Dünnbier hergestellt wird, die Fortzüchtung von Hefestämmen allmählich eingestellt werden muß. Die Hefeproduktion gerät also in Gefahr. Die Hefe ist ja nicht bloß für das Bierbrauen da, sie ist auch sonst sehr wichtig. Wir wissen, daß wir aus der Hefe Eiweiß gewinnen können. Wohl weiß ich, daß man Hefe auch aus anderen Grundlagen gewinnen kann, immerhin müssen diese Fragen doch ernstlich erwogen und berücksichtigt werden.

Nicht zuletzt möchte ich auch auf die großen steuerlichen Einnahmen hinweisen, die der bayerische Staat aus der Brauindustrie gewinnt.

Wir wollen es doch nicht so machen, wie es etwa in der russischen Zone ist, wo man Kartoffeln zu Schnaps brennt, weil man dort eben auch das Bedürfnis hat, etwas anderes als Wasser zu trinken. Deswegen sollte man meines Erachtens dem Antrag eine ganz anders aufgebaute Begründung geben, eine Begründung, die vor allem auch den Momenten Rechnung trägt, die bei den Amerikanern und bei den Engländern wirken.

(Sehr richtig!)

Die Begründung, daß der Wirtschaft Devisen zugebracht werden, scheint mir viel notwendiger zu sein als die Begründung mit Milch- oder Wassertrinken.

I. Vizepräsident: Meine Damen und Herren! Es erübrigt sich, über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen zu lassen, da die folgenden Redner auf das Wort verzichtet haben. Wir sind damit am Schluß dieser Aussprache angelangt. Ich stelle nun den Antrag des Ausschusses zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß das Haus den Antrag einstimmig angenommen hat.

Meine Herren! Bevor wir in der Tagesordnung weiterfahren, möchte ich noch eine Zuschrift bekanntgeben, die der Herr stellvertretende Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner dem Präsidium zugestellt hat und die zeigt, welche Moral manche Menschen heute besitzen:

Mitteldeutsche Verschrottungs A.G. Nürnberg,
Hauptstelle Stinkhausen
Größtes Unternehmen am Plage.

Den 15. 3. 47

Herrn stellv. Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Hoegner
Betrifft: Kadaververbrennung.

Im Auftrage der Mitteldeutschen Menschenverschrottungs A.G. haben wir Ihnen mitzuteilen: Laut § 175, 218 sind wir verpflichtet, Ihr jämmerliches Gestell zu beseitigen. Sie haben zu diesem Zweck am Sonntag, den 30. 3. 47 um 13 Uhr mit

Leichenhemd, Pappfarg, Proviant und Mundharmonika sowie Gesangbuch auf dem Südfriedhof vor dem Verbrennungssofen Nr. 7 zu erscheinen usw.

(Entrüstete Zurufe.)

— Wünschen Sie, daß ich noch weiter verlese, Herr Dr. Hoegner?

(Dr. Hoegner: Nein, es genügt!)

Meine Damen und Herren, es ist tief bedauerlich, daß es Menschen von solcher Denkungsart überhaupt in unserem Vaterlande gibt.

(Allgemeine Zustimmung.)

Was aber ganz besonders zu bedauern ist, das ist, daß sich überhaupt ein Verlag findet, der etwas Derartiges druckt. Es steht darauf „Druck und Verlag Andreas Beer, Nürnberg, Leopoldstraße 8.“

(Dr. Linnert: Den gibt es ja gar nicht in Nürnberg! —

Dr. Hoegner: Das ist natürlich fingiert! — Weitere Zurufe.)

Unterschrift: P. Clemens.

(Lebhafte Zurufe.)

— Herr Abgeordneter Stock!

Stock (SPD): Meine Damen und Herren! Ich habe das auch gelesen. Nach meinem Dafürhalten wäre es verkehrt, darüber zu lachen. Denn so hat es auch im Jahre 1919/20 in Bayern angefangen.

(Sehr richtig!)

Wir wollen uns daran erinnern.

Ich stelle deshalb den Antrag, daß dieses Pamphlet dem Staatsminister des Innern gegeben wird, der seinen besten Kriminalbeamten zu beauftragen hat, diese Lumpen ausfindig zu machen, die das haben drucken lassen; der ferner den Drucker ausfindig zu machen hat, der das gedruckt hat.

Ich bin der Meinung, daß dieser Drucker von der Berufsorganisation ausgeschlossen und daß ihm die Lizenz für seine Druckerei genommen werden muß. Denn so geht es nicht, daß wir uns so etwas gefallen lassen müssen. Ich bitte deshalb das hohe Haus, so zu beschließen.

(Dr. Linnert: Es gibt in Nürnberg weder die Leopoldstraße noch diese Druckerei! — Dr. Hoegner: Das ist fingiert, das ist doch klar!)

I. Vizepräsident: Das wird sich ja dann feststellen lassen, Herr Kollege Dr. Linnert. Wenn wir dem Antrag des Kollegen Stock zustimmen, wird sich wahrscheinlich die Kriminalpolizei eingehend damit beschäftigen und feststellen, was daran ist. Auf jeden Fall ist es unerhört, daß etwas Derartiges in der heutigen Zeit geschieht.

— Herr Abgeordneter Dr. Franke!

Dr. Franke (SPD): Ich darf dazu folgendes sagen: Vor ungefähr einer Woche, als ich hierher fuhr, saß ich zusammen mit Reisenden in der Bahn. Da wurde mir ein Briefkuvert gezeigt. In diesem Briefkuvert befand sich nicht nur diese Drucksache, sondern auch eine komplette Anzeige eines Kinostückes eines Kinos in Nürnberg. Dieses Kuvert wurde für 30 M in der Baracke in der Nähe des Nürnberger Bahnhofs verkauft, in der es zu essen gibt. So wurde mir erzählt. Die Leute kauften massenhaft, um in den Besitz der Kuverts zu kommen, nicht des Inhalts des Pamphlets. Einer der Mitreisenden sagte zu dem Verkäufer: Wie kommen Sie dazu, das zu verkaufen?

(Dr. Franke [SPD])

worauf dieser entgegnete: Man hat versucht, mir das zu verbieten; ich habe aber nachweisen können, daß das Papier längst in meinem Besitz war. Dagegen kann man nichts machen.

Ich bin dann mit den Papieren hierher gefahren und habe sie an den Kultusminister geschickt bzw. schicken lassen.

(Dr. Hundhammer: Ich habe sie noch nicht bekommen!)

— Wenn sie nicht da sind, muß ich nachprüfen, warum sie nicht angekommen sind. Ich habe dazu geschrieben, daß ich es schon, rein inhaltlich, unerhört finde und daß von der Seite sofort etwas geschehen müsse. Sicher ist soviel, daß allein durch die Kinoreklame, die ja beige-packt war, festgestellt werden kann, wo diese ganze Schweinerei, wie ich es nennen möchte, ihren Ursprung hat.

(Sehr richtig!)

I. Vizepräsident: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag des Herrn Abgeordneten Stock gehört. Ist jemand dagegen? — Dann stelle ich die einstimmige Annahme des Antrags fest.

Ich bitte die Staatsregierung, alles anzuwenden, um diese Menschen niederster Sorte festzustellen und der entsprechenden Strafe zuzuführen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort:

Ziffer 9e:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten Kraus, Sauer, Huth betreffend Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Maschinen und Ersatzteilen (Beilage 118).

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Mack das Wort.

Mack (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Durch den Antrag (Beilage 21), der die Bereitstellung von landwirtschaftlichen Maschinen, insbesondere Ersatzteilen, sowie Sensen, Hufnägeln, Pflugscharen und Kleingeräten im Auge hat, wird der Landtag ersucht, Wege zu ebnen, die diese Bereitstellung möglich machen. Aber die Notwendigkeit dieses Antrags dürfte in diesem hohen Hause niemand im Zweifel sein, da allen Herren Abgeordneten die Mangelage zur Genüge bekannt ist. Auch ist die Zeit schon sehr weit vorgeschritten, um hier noch weitere Begründungen zu geben. Der Hufnagel ist ja in der Zwischenzeit in der Landwirtschaft mehr als zur Genüge in Erwägung gezogen worden. Der Hufnagel ist schuld an vielen Dingen, die heute von der Landwirtschaft verlangt, aber nicht in die Tat umgesetzt werden können. Auch die Beschaffung von eisernen Radreifen ist eine zwingende Notwendigkeit geworden. Die neuesten Unterlagen des deutschen landwirtschaftlichen Informationsdienstes führen den Rückgang eines Teils der Ernährung auf die Mangelage an notwendigen Maschinen und Geräten zurück. Auch in den Lebensmittel verarbeitenden Betrieben macht sich das Fehlen der Ersatzteile sehr nachteilig bemerkbar. Dieser Umstand ist auch an der Tatsache schuld, daß immer wieder auf den Tauschhandel zurückgegriffen wird, wodurch die Lebensmittel der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen werden und verloren gehen. Die Landwirtschaft ist der Meinung, daß für die Lebensmittel, die überzonal abgegeben werden, im

gleichen Maße Maschinen und Bedarfsgegenstände aus den abnehmenden Industriegebieten beschafft werden müßten. Es wäre die vordringlichste Aufgabe der Staatsregierung, dieser Notlage durch entsprechende Verhandlungen entgegenzutreten. So war der Gedankengang der Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährungsfragen hat sich einstimmig für die Annahme dieses Antrags ausgesprochen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat der Abgeordnete Kraus.

Kraus (CSU): Abgeordnete! Hohes Haus! Im Aufbau der Demokratie sind wir meiner Auffassung nach in eine Phase eingetreten, bei der ich glaube, daß die Behandlung der Berufsschichten verschiedenartig vor sich geht. Die Landwirtschaft z. B., die heute die wichtige Aufgabe hat, das Volk zu ernähren, wird mit Kontrollen belegt wie keine andere Berufsschicht im ganzen Lande. Man darf sagen, sie wird kontrolliert von der Wiege d. h. vom Saatkorn bis zum Laib Brot. Man schreibt der Landwirtschaft schon vor, wieviel Hektar mit dieser oder jener Sorte bebaut werden müssen. Ich sehe die Sache so, daß man die Landwirtschaft gewissermaßen als Melkkuh betrachtet. Man zieht die Landwirtschaft aus wie eine Abmelkkuh und vergißt, der Landwirtschaft die primitivsten Sachen zur Erhaltung des Hofes und Betriebs zu geben. Ich denke nur an die gestrige Landtagsitzung, in der man davon sprach, daß in ganz Bayern eine so große Schuhnot herrsche. Ja, in der Landwirtschaft herrscht nicht nur die Schuhnot, sondern auch die Zugtiere haben praktisch keine Schuhe mehr, da ihnen der Hufbeschlag fehlt. Deshalb sind so viele Holzfuhrwerksbesitzer an mich herangetreten, die behaupteten, sie könnten einfach kein Holz mehr fahren, da die Hufeisen und zuletzt die Nägel dazu fehlen. Wie sieht es da aus? Welche Wege muß die Landwirtschaft gehen, um diese Artikel zu bekommen? Denn sie sind wirklich vorhanden. Es sind Glühbirnen vorhanden, Nägel, Wagenreifen und sogar Maschinen; das kann ich Ihnen sagen. Ich bin in einer Genossenschaft tätig, der man die Pflugscharen wagnungsweise anbietet. Aber auf dem normalen Weg bekommt man sonst eigentlich keine. Hier, glaube ich, muß die Staatsregierung dafür zu sorgen, daß die Ware auf dem normalen Weg verteilt wird, auch wenn sie nur im geringen Ausmaß vorhanden sein sollte.

Als ich unlängst zur Landtagsitzung nach München gefahren bin, konnte ich in Würzburg wegen Überfüllung der Abteile keinen Platz mehr bekommen und wurde in das Dienstabteil verwiesen. Wer fuhr nun da, oder besser gesagt: wer fährt heute im Dienstabteil? Die Eisenbahner von Norddeutschland und von der westlichen Zone. Sie fahren mit Koffern und Kisten im Dienstabteil, weil das Dienstabteil abgeschlossen wird und sie da nicht kontrolliert werden können. Wenn sie aussteigen, dann tragen sie wie die Schleppesel. Was bringen sie von der englischen Zone mit? Alles, was man hier nicht bekommen kann. Ein kleines Beispiel ist mir in meinem eigenen Häuschen passiert, als ein Mann aus dieser Zone kam und mir Glühbirnen anbot. Glühbirnen kann man auf dem normalen Wege nicht bekommen. Diese Glühbirnen wurden nun zu dem normalen Preis berechnet, aber nicht in Geld. Er verlangte ein halbes Pfund Butter — das kostet nach

(Kraus [CSU])

der gewöhnlichen Marktlage eine Mark — und fünf Eier. Er rechnete folgendermaßen: Das halbe Pfund Butter eine Mark; fünf Eier mal 8 $\mathcal{M}$, sind 40 $\mathcal{M}$, macht zusammen 1.40 Mark. Das ist der normale Preis für eine Glühbirne. Für Geld kann man sie aber nicht bekommen.

(Zuruf: Umgekehrt aber auch nicht!)

Die wirkliche Sachlage ist die: Wenn schon die Ware knapp ist, und darüber gibt es keinen Zweifel, und wenn von der westlichen Zone die Angebote da sind, dann muß doch von Seiten der Staatsregierung — nachdem von Bayern aus alle möglichen Tonnen an Nahrungsmitteln hinübergeliefert werden — dafür gesorgt werden, daß auf dem Rückweg die Artikel, die wir so dringend notwendig für die Landwirtschaft brauchen, auch auf normalem Wege hereinkommen und verteilt werden. Ich darf hier einen Fall anführen, daß ein Bauer in einem Betrieb bis zu 70 Tagwerk einen einzigen Eimer hat. In diesen Eimer wird nun gemolken — er wird also für die Milch, ein menschliches Genußmittel, benutzt —, es werden die Schweine damit gefüttert und dann wird noch etwas ganz anderes damit gemacht — das möchte ich aber hier gar nicht sagen. Ich könnte Ihnen noch Dutzende von solch krassen Fällen aufzählen; doch ich will mich hier nicht weiter darüber verbreiten.

Ich ersuche die Staatsregierung dringend, dafür zu sorgen, daß doch wenigstens die allernotwendigsten Ersatzteile und Artikel für die Landwirtschaft besorgt werden, damit dadurch die Volksernährung aufrecht erhalten werden kann. Bekanntlich kann man keine Demokratie aufbauen, wenn nicht die Ernährung sichergestellt ist. Letztlich bedeutet ein voller Magen auch eine gesunde Demokratie.

(Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Huth.

Huth (CSU): Meine Damen und Herren! Mein Vorredner, Kollege Kraus, hat im wesentlichen die Gründe, die diesem Antrag als Grundlage dienen, dargelegt. Lassen Sie mich doch noch einige Gedanken hierzu zum Ausdruck bringen. Wenn ich diesen Antrag mitunterzeichnet habe, so habe ich mich hierbei nicht allein von der Erwägung leiten lassen, daß für die Landwirtschaft gesorgt werden muß, vielmehr lag der Gedanke zugrunde, die Ernährungslage unserer Bevölkerung überhaupt zu sichern. Es ist ja Tatsache, daß ein großer Teil unserer Landwirte jetzt bei aufgehendem Wetter nicht die erforderlichen Geräte hat, um den Betrieb überhaupt in Gang zu bringen. Es sind weder Pflüge, noch Sensen, noch sonstige Kleingeräte vorhanden, während — wie bereits Kollege Kraus gesagt hat — auf dem sogenannten Schwarzem Markt alles zu haben ist, was man überhaupt braucht. Wir im westlichen Unterfranken, an der hessischen Grenze, können täglich erleben, daß alle Geräte und Ersatzteile ohne Ausnahme angeboten werden, und zwar so viel, wie man nur haben will. Leider liegen die Dinge nun so, daß von den Ernährungsämtern A, insbesondere in Gebieten, in denen wir die kleinen Landwirtschaften haben, unseren bäuerlichen Kreisen bis ins letzte hinein jedes Pfund Getreide, jedes Pfund Kartoffel nachgerechnet werden kann. Sie werden zur Ablieferung gezwungen, und nun sagen sie: Für das Abholen seid ihr da, nicht aber

für den Bedarf; wir sind nicht in der Lage, den Betrieb weiterzuführen. — So ist die Stimmung in der Landwirtschaft.

Nun kommt dazu noch die sogen. 25 Prozent-Klausel der hessischen Wirtschaft, die wesentlich zum Schiebertum beiträgt. Es mag ohne Zweifel begrüßt werden, daß die hessische Wirtschaft, insbesondere die Bauwirtschaft, ihren Arbeitern 10 Prozent der Produktion zur Beschaffung von Nahrungsmitteln frei zur Verfügung stellt. Es ist anzuerkennen, daß sich die Betriebe für ihre Arbeiter einsetzen, in die Ernährungsgebiete hineingehen und versuchen, in diese ausgepörrten Kleinbetriebe hineinzukommen, um Nahrungsgüter für die Arbeiter herauszuholen. Sie bieten Ziegel, Sensen und alles mögliche an, was unsere Landwirtschaft überhaupt braucht. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind nun leider gezwungen, aus der Not heraus da und dort doch ein Geschäft zu machen. Ja, ich möchte sagen, sie sind so weit, daß sie den Kindern das Brot absparen, um den Betrieb überhaupt aufrecht erhalten zu können. Dazu kommt noch eine Reihe von anonymen Anzeigen. Ich kann als Landrat ein Lied davon singen, welche Menge von anonymen Anzeigen bei der Gendarmerie und bei den Landratsämtern einläuft. Ich habe selbst eine Reihe solcher Fälle nachgeprüft, weil ich wußte, daß auf der anderen Seite schon nach acht Tagen irgendwo ein Zettel erscheint, der Landrat habe über die Schiebereien Bescheid geküßt, warum habe er nicht für Abhilfe Sorge getragen? Aus dieser Situation heraus ist unsere Landwirtschaft in einer solchen Notlage, daß eine verzweifelte Stimmung herrscht.

Sie ist absolut nicht mehr damit einverstanden, daß von den 480 000 Tonnen Zwangsumlage an Kartoffeln, die Bayern auferlegt worden ist, 75 Prozent an außerbayerische Gebiete gehen, also rund 360 000 Tonnen, ohne jede Kompensation. Jeder Bauer weiß, was los war. Sie ist auch absolut nicht damit einverstanden, daß rund 10 000 Tonnen Brotgetreide an einem Tag, zum größten Teil aus Unterfranken, abdisponiert worden sind, wieder überwiegend ohne jede Kompensation. Ja, meine Damen und Herren, das sind Dinge, auf die wir das Landwirtschaftsministerium und das Wirtschaftsministerium aufmerksam machen möchten. Unsere Bauern sind auch damit nicht mehr einverstanden, daß monatlich 35 000 Stück Vieh ohne Kompensation geliefert werden sollen.

Meine Damen und Herren! Ich begrüße es gewiß, daß das Wirtschaftsministerium seinerseits das Eisen im Großhandel etwas bevorratet. Nun liegen da und dort die Reifen für unsere Landwirtschaft. Auf der anderen Seite wird von den Städten — davon kann ich ein Lied singen — die Auflage gemacht, es müßten innerhalb von 14 Tagen so und so viel tausend Festmeter Holz an die Straße geführt werden. Niemand ist in der Lage, einzuspannen, weil keine Reifen da sind. Die Lager sind voll, und es ist keine Organisation da, an die man sich wenden könnte. Wendet man sich an die Innung, so heißt es, sie habe mit diesen Dingen nichts zu tun. Da brauchen sich das Ernährungsministerium und auch das Wirtschaftsministerium nicht zu wundern, wenn die Landräte, was wir durchaus nicht wünschen, allmählich dazu übergehen, über das Reichsleistungsgesetz der Notlage der Landwirtschaft Rechnung zu tragen.

(Sehr richtig!)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beilage 118, die den Antrag „Kraus und Genossen“ (Beilage 21) betrifft. Der Antrag des Ausschusses lautet: Zustimmung zu diesem Antrag. Es erhebt sich kein Widerspruch; ich stelle die einstimmige Annahme durch das Haus fest.

Nun kann ich dem Haus die erfreuliche Mitteilung machen, daß wir morgen keine Vollsitzung mehr benötigen, wohl aber heute Nachmittag. Ich schlage vor, daß wir Ziffer 10 der Tagesordnung noch erledigen und dann in die Mittagspause eintreten. Wir werden um 1/23 Uhr die Vollsitzung wieder fortsetzen. — Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist.

Wir kommen zu Ziffer 10 der Tagesordnung: **Mündlicher Bericht des Ausschusses für Entnazifizierungsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten**

- a) **Dr. Linnert und Genossen betreffend Belassung von Lehrkräften und Beamten an der Universität Erlangen,**
- b) **Stock und Genossen betreffend Spruchkammerverfahren gegen entlassene Mitglieder des Lehrkörpers der Universitäten München und Erlangen (Beilage 120).**

Ich erteile dem Berichterstatter, Abgeordneten **Schefbeck**, das Wort.

Schefbeck (CSU) [Berichterstatter]: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Dem Entnazifizierungsausschuß lagen in seiner ersten Sitzung am 5. März 1947 unter anderem folgende zwei Anträge zur Beratung und Beschlußfassung vor:

1. Ein Antrag Dr. Linnert und Genossen betreffend Belassung von Lehrkräften und Beamten an der Universität Erlangen (Beilage 74). Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, an die Militärregierung für Bayern heranzutreten mit der Bitte, diejenigen Kräfte des Lehrkörpers und der Verwaltung der Universität Erlangen, die seither das Vertrauen der Militärregierung besessen haben, ohne es durch Fragebogenfälschung oder Verschweigen von Tatsachen erreicht zu haben, im Dienst zu belassen, bis ihr Spruchkammerentscheid vorliegt und die Entlassung solcher Kräfte, die bereits durch die Spruchkammer entlastet wurden, rückgängig zu machen.

2. Der Antrag Stock und Genossen betreffend Spruchkammerverfahren gegen entlassene Mitglieder des Lehrkörpers der Universitäten München und Erlangen (Beilage 88). Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen,

1. die Behandlung vor der Spruchkammer der von der Militärregierung entlassenen Mitglieder des Lehrkörpers der Universitäten München und Erlangen als vordringlich anzusehen;
2. an die Militärregierung für Bayern mit der Bitte heranzutreten, die von der Spruchkammer entlasteten oder als Mitläufer erklärten Lehrkräfte einer individuellen Prüfung auf

ihre Eignung zur Wiedereinsetzung mit gleicher Vordringlichkeit vorzunehmen.

Verschiedene Mitglieder des Ausschusses betonten eingangs die Dringlichkeit dieser Anträge, da die Kliniken an der Universität Erlangen ohne ärztliche Versorgung seien. Der Berichterstatter hielt eine Zusammenfassung der beiden Anträge Dr. Linnert und Stock in eine einheitliche Formulierung für erforderlich, da es sich um die gleiche Materie handle. Der Mitberichterstatter Dr. Hille schloß sich dieser Ausführung an, glaubte aber, daß der Antrag Stock allein genüge, da er die beiden Universitäten Erlangen und München einschließe. Abgeordneter Haußleiter stellte den Antrag, dem Antrag Stock folgende Ziffer 3 anzufügen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, die Militärregierung zu bitten, denjenigen Professoren die Möglichkeit zur Rechtfertigung zu geben, die entlassen wurden, ohne daß sie unter das Gesetz fallen.

Sonderstaatsminister Lortz bezeichnete Ziffer 1 des Antrages Stock als gegenstandslos, da er bereits vor einiger Zeit die Weisung an die Spruchkammern gegeben habe, alle Fälle von Universitätsprofessoren bevorzugt zu behandeln.

Der Ausschuß beschloß schließlich einstimmig, folgenden Antrag dem hohen Hause zur Beschlußfassung vorzulegen und zur Annahme zu empfehlen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen,

1. an die Militärregierung für Bayern heranzutreten mit der Bitte, diejenigen Kräfte des Lehrkörpers und der Verwaltung der Universitäten Erlangen und München, die seither das Vertrauen der Militärregierung besessen haben, ohne es durch Fragebogenfälschung oder Verschweigen von Tatsachen erreicht zu haben, im Dienste zu belassen, bis ihr Spruchkammerentscheid vorliegt und die Entlassung solcher Kräfte, die bereits durch die Spruchkammer entlastet wurden, rückgängig zu machen;
2. die Militärregierung zu bitten, denjenigen Professoren sobald als möglich die Möglichkeit zur Rechtfertigung zu geben, die entlassen wurden, ohne daß sie unter das Gesetz fallen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat Abgeordneter Dr. Kroll.

Dr. Kroll (CSU): Hohes Haus! Die Tatsache, daß praktisch alle Parteien den Wunsch einer Revision der Zustände an den Universitäten Erlangen und München äußern, wie sie aus der Amtsenthebung des Lehrkörpers oder eines Teils davon hervorgegangen sind, beweist, daß hier ein Anliegen vorgetragen wird, dem eine sehr allgemeine Bedeutung zukommt. Es ist Tatsache, daß die Professoren in Erlangen ihre Entlassung seinerzeit erst durch die Presse erfahren haben und praktisch erst dann davon etwas wußten, als ihnen Bekannte eine Zeitungsnotiz zeigten. Ich selbst war zufällig an diesem Tage in Erlangen und erfuhr zu meinem Erstaunen, daß weder der Dekan der philosophischen Fakultät, noch der Dekan der juristischen Fakultät rechtzeitig informiert waren. Von den übrigen will ich gar nicht sprechen. Ich glaube sagen zu können, daß dieses Verfahren in einem demokratischen Staat eine gewisse Fragwürdigkeit hat. Es geht hier, von mir aus gesehen, besonders um den Zusatzantrag Haußleiter, man möge denjenigen Professoren, die nicht

(Dr. Kroll [CSU])

unter das Gesetz fallen, sich also gar nicht mehr rehabilitieren können, weil praktisch für sie keine Spruchkammer zuständig ist, Gelegenheit geben, sich zu rechtfertigen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Universitäten während der Zeit des Nationalsozialismus unter ganz besonderen Bedingungen arbeiten mußten. Es handelt sich wirklich nicht darum, jene echten Mitläufer im Geiste, die sich willig als Werkzeug der Propaganda hergaben, und die größte Schäden an der Jugend angerichtet haben, hier zu rechtfertigen; aber es handelt sich darum, ein Gefühl für die außerordentlichen Schwierigkeiten zu bekommen, unter denen man im Raume des geistigen Daseins im Dritten Reich auch als Universitätslehrer existieren mußte, um zu verstehen, daß diese oder jene Wendung eine Tarnung war und noch keine Gesinnung bedeutete, wenn sie in dieser oder jener Schrift eines Professors vorkam. Es geht darum, die Schafe von den Böcken zu scheiden. Es ist erforderlich, daß man wirklich auf zwei Seiten hinhört. Audiatur et altera pars: Es ist notwendig, auch den Angeklagten zu Wort kommen zu lassen! Was wir bisher wissen, ist die Tatsache, daß die genannten Professoren noch keine Gelegenheit hatten, sich vor irgendeinem Gremium persönlich zu rechtfertigen. Darüber hinaus ist es selbstverständlich, daß man bei den Kliniken und bei der Fortführung der Arbeit im Raume der medizinischen Wissenschaft einen anderen Maßstab anlegen muß als im Raume der Geisteswissenschaft, wo eine Unterbrechung im Augenblick nicht diese Lebensgefahr für das Bestehen der Universität mit sich bringt.

Es wird also ersucht, hier wirklich die Subtilität zu zeigen, die erforderlich ist, um dieser außerordentlich schwierigen Frage Gerechtigkeit werden zu lassen und insbesondere all denjenigen, die heute als Angeklagte dastehen und für die nicht nur die Existenz vernichtet ist, sondern deren geistige Tradition nunmehr zusammenbrechen muß, wenn sie sich nicht rechtfertigen können, Gelegenheit zu geben, sich zu verteidigen und sie anzuhören. Darum ersucht dieser Antrag.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Linnert.

Dr. Linnert (FDP): Meine Damen und Herren! Wenn ich die jetzige Zusammensetzung des Hauses ansehe, so könnte ich den Eindruck gewinnen, daß die Frage, die mit unserem und mit dem Antrag des Kollegen Stock verbunden ist, eine nicht sehr große Bedeutung hat. Wenn man aber bedenkt, wie seinerzeit die ersten Vorstöße erfolgt sind und die Presse einschließlich der „Neuen Zeitung“ in riesigen Überschriften zu den Vorgängen an den Universitäten Stellung nahm, dann müßte man eigentlich meinen, daß sich sowohl das hohe Haus wie auch die Öffentlichkeit etwas mehr dafür interessieren würde.

Es handelt sich doch letzten Endes nicht darum, ob der oder jener Professor oder der oder jener Assistent mehr oder minder belastet ist, sondern es handelt sich — und das ist für mich das Grundproblem — darum, was denn aus unserer akademischen Jugend werden soll. Wenn eine Universität wie Erlangen heute 5000 Studierende zählt, während sie in ihrer größten Blütezeit knapp 1200 Studierende aufwies, so ist allein schon dieses Zahlenproblem kaum zu lösen; denn jeder von Ihnen — Sie waren doch alle

auf der Schule; ob sie nun höherer oder niederer Art war, ist ganz gleichgültig — wird doch wissen, daß, wenn an unseren Universitäten heute in Auditorien mit 700 Zuhörern sogenannte Kollegs gelesen werden, das unmöglich noch mit dem Begriff Unterricht gedeckt werden kann. Das ist im besten Fall ein Vorlesen, das man nach meiner Überzeugung durch den Rundfunk oder mit Schallplatten auch durchführen könnte.

(Sehr richtig!)

Was hier fehlt, ist die lebendige Verbindung der Lehrkraft mit dem Studierenden, die einstmals in alten Universitätszeiten in Deutschland ja so innig war, daß der Studierende in der Wohnung des Dozenten unterrichtet wurde. Damals wurde wirklich eine lebendige Grundlage geschaffen, so daß das Wissen, das der junge Mensch in Rede und Gegenrede, im Colloquium oder — wie man sich heute als Ersatz dafür auszudrücken pflegt — im Seminar sich erworben hat, auch wirklich in ihm festhaftet. Was wir heute an unseren Universitäten erleben, ist ein gewisses Einpauken theoretischer Kenntnisse, das gerade noch ausreicht, um ein Examen zu bestehen.

(Sehr richtig!)

Damit könnte man natürlich die Grundfrage ansprechen, ob denn unsere Universitäten die Bezeichnung Universitas litterarum überhaupt noch mit Recht für sich in Anspruch nehmen können. Aber dieses Problem haben wir in Verbindung mit dieser Frage nicht zu lösen, sondern es dreht sich darum, einem Notzustand abzuweichen, der so groß geworden ist, daß wir in Bezug auf unseren Nachwuchs Befürchtungen hegen müssen. Gerade wenn die Militärregierung aller Zonen größten Wert darauf legt, daß unser akademischer Nachwuchs als der spätere Führer des deutschen Volkes — denn das ist er ja letzten Endes — von nazistischen und militaristischen Einflüssen frei wird, müßte man doch wenigstens dafür Sorge tragen, daß ihm das notwendige berufliche Wissen in weitestem und intensivstem Maße zuteil wird. Mein Vorredner hat schon gesagt, daß man vielleicht einen Unterschied machen müsse zwischen den mehr theoretischen Verhältnissen auf philologischem und juristischem Gebiet und der medizinischen Fakultät, wo es ja nicht bloß auf das Anhören und das theoretische Wissen aus Vorträgen, Kollegs und Lehrbüchern ankommt, sondern auf die Einführung in die Materie am Menschen selber. Das leidet ja heute schon ungeheuerlich. Der Unterricht, der auf diesem Gebiet heute erteilt wird, ist ein äußerst kümmerlicher Ersatz für das, was wir eigentlich als Ausbildung für diejenigen Menschen erwarten müßten, die später einmal dazu berufen sind, der heute mehr denn je bedrohten Gesundheit unseres Volkes zu helfen.

Wenn nun an und für sich schon eine so große Gefährdung des Wissens und Könnens unserer akademischen Jugend vorliegt, dann müßte doch eigentlich alles vermieden werden, um diese noch zu verschärfen. Es wird keinem von uns einfallen, irgendeinen Aktivisten nazi bloß deswegen, weil er vielleicht auf seinem Gebiet eine überragende Stellung einnimmt, freizusprechen. Im Gegenteil! Wenn er diese überragende Stellung hat oder hatte, dann müßte er eigentlich doppelt scharf angefaßt werden, weil es eine Tatsache ist, daß der nazistische Einfluß durch die Haltung einer solchen Persönlichkeit noch gestärkt worden ist. Aber darum dreht es sich ja hier gar nicht — es

(Dr. Linnert [FDP])

sind gar keine so riesigen Aktivisten, die hier in Frage kommen —, sondern es dreht sich im schlimmsten Fall um sogenannte Mitläufer. Diejenigen unter den Dozenten, die wirklich Aktivisten waren, sind ja längst entfernt. Auch dabei könnte man noch manche Frage aufwerfen, wie dies von meinem Voredner ja geschehen ist: daß nämlich jemand doch nicht ohne Richterspruch und ohne sich verteidigen zu können, fast ohne Begründung, einfach entfernt wird.

(Stock: Das geschieht aber!)

Ich denke an Professor Kräuter in Nürnberg. Meine Herren, er war SS-Standartenführer, jawohl. Aber es wird Ihnen jeder, der jemals mit ihm als Direktor des großen Nürnberger Krankenhauses zu tun hatte, und Hunderte, wenn nicht Tausende seiner Patienten bestätigen, daß er nicht der Nazi war, der seinem äußerlichen Ehrenrang entsprochen hätte. Hier müßte doch einmal menschlich nachgeprüft und nach menschlichem Maßstab gemessen werden; denn es dreht sich, wie ich schon sagte, doch letzten Endes um die Gesundheit unserer Mitmenschen.

Nun haben ja, meine Damen und Herren, zu diesen Fragen alle möglichen Stellen schon Äußerungen kundgetan; es haben sich die Studenten gerührt, sowohl politische als auch die allgemeinen Studentenvereinigungen. Und, meine Herren, Student ist ja heute nicht mehr gleich Student von früher, gleich unserinem, der mit 18 oder wie mancher andere mit 17 oder 19 Jahren auf die Universität gekommen ist. Hier handelt es sich ja sogar in der überwältigenden Mehrzahl um Menschen in etwas vorgerückterem Lebensalter. Ein großer Prozentsatz dieser Studierenden ist verheiratet, ist sogar Familienvater. Sie haben das größte Interesse daran, nun endlich wieder Boden unter den Füßen zu finden; und wir haben das größte Interesse daran, ihnen diesen Boden zu schaffen. Denken Sie doch, meine verehrten Anwesenden, an die Zeit nach 1918/19 zurück! Woher kamen denn diese Leute in den Freikorps, in den Bünden usw.? Es waren alles solche wurzellos gewordenen, bereits älteren Menschen, die keinen Boden mehr unter den Füßen fanden, die damals noch von der Inflation betroffen waren. Wenn sie nicht die Tatkraft aufbrachten, als Werkstudenten zu arbeiten, dann hatten sie keine Möglichkeit mehr, zu existieren, als in diesen unterirdischen Höhlen, in denen sie sich mit ihren Gesinnungsgenossen trafen. Das wollen wir doch nicht wieder haben; wir wollen dafür Sorge tragen, daß diese Menschen einem nützlichen Beruf zugeführt werden.

Ich hatte ursprünglich vor, Ihnen die verschiedenen Entschließungen der Studentenschaft und der einzelnen Studentenverbände vorzulesen, weil man hier sieht, wie vernünftig diese Jugend denkt; es ist ja keine so junge Generation mehr! Daraus wird man dann auch ersehen, daß die vielen Angriffe, die man gegen die junge Akademikerschaft geführt hat, gar nicht berechtigt sind. Meine verehrten Anwesenden, Sie wissen es ja: Man hat wegen einem bißchen Radau — unter Tausenden von Studenten haben einige einmal etwas Radau gemacht — beinahe die ganze Weltpresse in Bewegung gesetzt.

(Sehr richtig!)

Gehen Sie doch hin nach Erlangen und fragen Sie die Leute, die es wissen; sehen Sie sich einmal an, um was es sich gedreht hat: Es waren ein paar Wirr-

köpfe. Ja, meine verehrten Anwesenden, warum soll es denn unter Tausenden von Studierenden, ob das nun in Erlangen oder in Göttingen ist, nicht ein paar solche Wirrköpfe geben? Es kommt ja sogar in unserem Landtag vor, daß manchmal etwas merkwürdige Reden gehalten werden. (Heiterkeit.)

Warum soll das also nicht bei zwanzigjährigen Menschen vorkommen! Ich glaube, wenn wir alle an unsere eigene Brust klopfen, dann werden wir vielleicht auch mal Äußerungen finden, die wir heute nicht mehr wahrhaben wollen und die wir sehr bedauern. Man müßte doch von psychologischen und von pädagogischen Gesichtspunkten aus diese Jugend betrachten, diese Jugend, die wirklich um alles gekommen ist. Ich meine das nicht so, wie manche Jungen, wenn sie jetzt sagen: Wir haben nichts vom Leben, weil sie nicht tanzen, weil sie nicht rauchen oder sonst etwas machen können. Nein, diese Jugend ist hineingetrieben worden in das fürchterlichste Erleben, das überhaupt ein Mensch durchmachen kann: Sie ist mit 15, 16, 17 Jahren in den Krieg hineingetrieben worden und befand sich fünf, sechs und sieben Jahre lang in Uniform, unter Befehl — und unter was für einem Befehl! Man braucht sich doch nicht zu wundern, wenn aus so einprägsamen Gemütern heraus dann einmal Explosionen erfolgen, die nicht so gemeint sind, wie sie der Öffentlichkeit gegenüber aussehen.

Ich möchte dringend bitten und bitte vor allen Dingen die Pressevertreter: Sehen Sie sich doch die Dinge einmal an, wie sie in Wirklichkeit sind, und machen Sie nicht Schlagzeilen aus Angelegenheiten, die gar keine Schlagzeilen verdienen! Denken Sie bloß daran, mit welchen Überschriften oft solche Dinge vorgebracht worden sind! Ich erinnere — das steht hier zwar außer Zusammenhang — an die Geschichte mit den elf Entlassungen im Wirtschaftsministerium. Was waren das für Schlagzeilen! Und heute sind von den elf Leuten neun freigesprochen! Wo sind jetzt die Schlagzeilen? Sehen Sie sich die „Süddeutsche Zeitung“ an: Im Kleindruck erscheint so ein Abschnitt! Und sehen Sie sich an, wie sie es vorher gebracht hat! Meine Herren, das ist keine Überparteilichkeit und vor allem keine Unparteilichkeit! Man muß verlangen, daß dem Beschuldigten, wenn er freigesprochen ist, dasselbe Recht gewährt wird wie vorher, wo man ihn beschuldigt hat, ohne ihn anzuhören.

(Sehr richtig!)

Das gilt noch für viele andere Dinge. Das gilt auch in Bezug darauf, daß man es sich heute so arg leicht macht, z. B. die Ärzteschaft zu beschimpfen: Zu 98 Prozent sei sie naziverseucht! Ich habe schon einmal an dieser Stelle gesagt: Sehen Sie sich doch einmal an, wer das ist! Es sind erstens keine 98 Prozent, es sind viel weniger; und zweitens kamen diese jungen Menschen — ich habe es doch miterlebt — nicht erst im Jahre 1933, sondern schon früher, von der Universität weg in die Bünde, in ihre HJ-Verbände und was sie sonst noch alles hatten, in eine Formation hinein und bekamen das Braunhemd angezogen, ohne überhaupt zu wissen, was hinter diesem Braunhemd steckt. Und heute sind sie Mitläufer!

(Zuruf: Das war ja das Traurige!)

— Ja freilich, Herr Stock —

(Stock: In den Mittelschulen und höheren Schulen waren die Schlimmsten in der Nazizeit!)

(Dr. Linnert [FDP])

— Nein, es gab auch andere! Diese sind nicht zur Geltung gekommen. Es ist nicht so gewesen, meine Damen und Herren! (Zurufe.)

— Haben Sie Beweise für diese jungen Menschen? Denken Sie daran, wie gerade auf der linken Seite mancher in der Jugend vom radikalistischen Revolutionär zum sehr bescheidenen Evolutionär geworden ist! (Zuruf: Phrasen!)

Diesen Weg sollte man auch der Jugend offenlassen. Also nicht immer gleich schießen, wo vielleicht einige besänftigende Worte einen viel besseren Dienst tun würden!

Nun, meine Damen und Herren, zu den Fragen selber: In Erlangen — und das trifft zum Teil auch auf die anderen Universitäten zu — ist heute vor allen Dingen die Ärzteversorgung außerordentlich gefährdet. Weil Erlangen eine Universitätsstadt ist und Kliniken besitzt, hat es nicht wie andere Städte gleicher Größe Krankenhäuser oder ein Krankenhaus, sondern es war dort üblich, daß die Kranken alle in die Universitätskliniken kamen. Ja, Erlangen war für einen großen Teil Bayerns, vor allen Dingen für den östlichen und nördlichen Teil, das klinische Zentrum. Die Menschen sind mit schweren Erkrankungen — mit leichten Erkrankungen geht man nicht von weit her zur Universitätsklinik — nach Erlangen gebracht worden. Und wie sieht es heute dort aus! Darum spielt diese Frage für Erlangen eine weit größere Rolle als für andere Orte; hier dreht es sich tatsächlich um die gesundheitliche Versorgung unserer fränkischen Bevölkerung.

Wenn man z. B. liest, wie es heute in der Hautklinik aussieht, in der ja auch die Geschlechtskrankheiten behandelt werden, so muß man — wenn ich mich etwas populär ausdrücken darf — sagen: Das große Grausen kann einen anfassen! Wir wissen doch, wie Hautkrankheiten und Geschlechtskrankheiten um sich greifen. Wir wissen, die Hautkrankheiten hängen zweifellos letztlich mit der absolut mangelhaften Eiweiß- und Fettversorgung zusammen. Wir können — das wird behauptet — annehmen, daß ein großer Teil unserer Bevölkerung heute gonorrhöisch oder syphilitisch verseucht ist. Ich kannte noch die Zeit, wo in Deutschland ein syphilitischer Primäraffekt beinahe gesucht wurde, um ihn den Studenten vorzuführen. Heute braucht man ihn nicht mehr zu suchen; heute ist er leider Gottes massenhaft vorhanden. Es ist ja durchaus nicht so, wie viele leichtsinnige Menschen glauben, daß mit ein bißchen Penicillin oder mit der Salvarjan-Injektion oder sonst etwas die Folgen solcher Krankheiten ausgemerzt seien; sie ziehen sich im einzelnen Menschen oft Jahrzehnte lang hin. Deswegen liegt gerade in dieser absolut schlechten Versorgung der Hautklinik eine große Gefahr nicht bloß für die paar Kranken, die in den Kliniken liegen, sondern, da es sich um diese infektiösen Krankheiten handelt, für die ganze übrige Bevölkerung.

Ich kann Ihnen unmöglich in dieser Zeit alles vortragen. Das gleiche gilt auch z. B. für die medizinische Universitätsklinik, wo der entlassene Röntgenologe der einzige voll ausgebildete Röntgenologe der Klinik war, der sowohl für die ambulanten als auch für die stationierten Patienten die röntgen-diagnostischen Untersuchungen durchführte. Außerdem voll-

führte er als einziger komplizierter endoskopische Untersuchungen, — z. B. Magenspiegelung. Als Oberarzt oblag ihm schließlich die Betreuung der Klinik-Patienten.

Das gleiche trifft für die Frauenklinik zu. Die Frauenklinik ist gänzlich verwaist. Dasselbe gilt für die anderen Kliniken. Von den neun großen Kliniken hat eine einzige Klinik noch einen ordentlichen Leiter. Die staatlichen Kliniken werden zum Teil von ausländischen Ärzten — teilweise sogar in sehr guter Weise —, zum größten Teil aber von Assistenten versorgt. Die chirurgische Klinik: Der Chefarzt entlassen, der Oberarzt entlassen, die bewährte Frauenärztin Dr. Koller entlassen. Ich kenne sie zufällig persönlich. Als — entschuldigen Sie den harten Ausdruck — ein armes Luder würgte sie sich seinerzeit in der Inflationszeit mühsam durch die Studien hindurch; dann ging sie, weil sie nichts mehr zum Leben hatte, als Missionsärztin nach Neuguinea; nun, nachdem sie dort ausgewiesen wird, kommt sie zurück und wird jetzt als Nazistin entlassen! Die Entlassung des Chef- und Oberarztes und eines altbewährten Assistenten bedeutet für die chirurgische Klinik einen zur Zeit nicht überbrückbaren Verlust, zumal dies ja die zweite Entlassungswelle darstellt; bei der vor eineinhalb Jahren bereits stattgefundenen ersten Entlassungswelle waren die meisten der alten, erfahrenen Assistenzärzte entlassen worden. Zur Zeit ist — man stelle sich vor! — in der chirurgischen Klinik der Universität Erlangen ein Assistent vorhanden, der einigermaßen allen Anforderungen eines Chirurgen gewachsen ist, der aber selbstverständlich unmöglich alle Operationen durchführen kann. Die anderen sind die üblichen Assistenten, die sich erst als Fachärzte für Chirurgie ausbilden wollen.

Das gleiche gilt für die medizinische Klinik, in der die inneren Krankheiten behandelt werden. Auch für die Behandlung der Stoffwechselkrankheiten steht kein einziger Arzt als Ersatz zur Verfügung. An technischem Personal, das ja heute bei Blut-, Urinuntersuchungen und dergleichen auch eine große Rolle spielt, ist nichts mehr vorhanden. Das gleiche in der Pathologie, in der Psychiatrie, in der Ohrenklinik. Dr. Schmutzler, bereits entnazifiziert, fällt als Schwerkriegsbeschädigter unter die erweiterte Amnestie, ist aber trotzdem entlassen worden. Kommissarischer Leiter Professor Beck aus München, Oberarzt ein Ausländer, Privatassistent ein Ausländer, einige Volontäre!

Von der Hautklinik habe ich Ihnen schon gesprochen. In der Kinderklinik ist es dasselbe. Die Augenklinik ist, glaube ich, die einzige, die noch einigermaßen in Ordnung ist. Die Frauenklinik ist auch nur provisorisch versorgt.

Ich habe noch mehr Material hier; aber das kann ich Ihnen ja nicht gut alles vortragen. Ich kann Ihnen nicht die einzelnen Fälle vorführen, wie weit die Einzelnen belastet oder nicht belastet sind. Ich kann es mir aber an dieser Stelle nicht versagen, etwas mitzuteilen, was ich zwar nicht, wie man heute sagt, an Eides Statt versichern kann — es ist auch ein Mißbrauch, der mit der Anwendung dieser eidesstattlichen Versicherung bei uns eingerissen ist! —: Man vermutet auch sehr stark, daß die Entlassungen gerade in Erlangen auf Denunziationen aus den eigenen Reihen zurückzuführen sind. Ich weiß nicht, ob das wahr ist; glauben muß man leider heutzutage auch solche Dinge. Es ist eben eine Unmoral überall eingerissen, die nirgendwo Halt gemacht hat.

(Dr. Linnert [FDP])

Nun möchte ich Ihnen zum Schluß nur noch das vortragen, was die Studentenschaft der Universität Erlangen in diesem Fall beschlossen hat. Die Entschliebung ist unterschrieben von sämtlichen Korporationen, die dort vorhanden sind. Es handelt sich um die Stellungnahme einer Delegation der Erlanger Studenten gegenüber der Militärregierung für Bayern.

Die einschneidenden Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung für Bayern gegen den Lehrkörper der Universität Erlangen zwingen die Studentenschaft zu einer Stellungnahme zu dieser für ihre berufliche Ausbildung außerordentlich wichtigen Frage. Vor allem veranlaßt uns hierzu die Veröffentlichung in Nr. 10 der „Neuen Zeitung“ vom 3. Februar 1947, deren Wirkung auf die Öffentlichkeit eine grundsätzliche Klärung der mit der Denazifizierung der Hochschulen zusammenhängenden Probleme erfordert. Diese Zeitungs-meldung enthält zudem hinsichtlich der Belastung verschiedener Professoren unrichtige Angaben, um deren Berichtigung wir bitten.

Ich erwähne in Paraphrase noch einen Fall. Sie wissen, daß man den Vorgänger des jetzigen Rektors, den ehemaligen Rektor Dr. Süß ins Kultusministerium als Referenten berief und daß er dann mit großem Getöse wegen Fragebogenfälschung herausflog. Der Vorwurf der Fragebogenfälschung ist heute durch Militärgerichtsurteil als unrichtig nachgewiesen worden. Meine sehr verehrten Herren von der Presse; auch das ist wieder in ganz kleinen Ziffern gebracht worden! Warum bringt man das nicht genau so wie vorher? Da beschuldigt man hier einen Menschen einer Urkundenfälschung, und wenn er dann vom Militärgericht freigesprochen wird, kann er schauen, wie die Öffentlichkeit etwas davon erfährt.

(Sehr wahr!)

Das ist nicht richtig.

Die Studenten sagen weiter:

Wir sind uns mit den maßgebenden Stellen darin einig, daß eine Säuberung der Hochschulen von nazistischen Elementen unbedingt erforderlich ist. Jedoch können wir den dabei eingeschlagenen Methoden nicht zustimmen. Der Zweck unseres Vorgehens ist nicht eine generelle Rehabilitierung aller entlassenen Personen, sondern eine gerechte und individuelle Würdigung aller Einzelfälle.

Die Studentenschaft wird die zuständigen deutschen Stellen bitten, eine Beschleunigung der Säuberung der Hochschulen auf Grund des Befreiungsgesetzes durch die Spruchkammern durchzusetzen, und erbittet für dieses Vorhaben die Genehmigung der Militärregierung.

Darüber hinaus müssen wir aber feststellen, daß mit einem Spruchkammerentscheid gegen die Betroffenen noch nicht genug getan ist. Sowohl die Direktive der Militärregierung vom 21. 9. 1946 als auch die Praxis der Militärregierung bei der Wiederindienststellung von Entlassenen, die einen Spruchkammerentscheid in Händen haben, zeigt sehr oft, daß das Befreiungsgesetz wohl die Rechtsgrundlage für die Behandlung der Betroffenen durch deutsche Stellen ist, daß sich aber die Militärregierung hieran nicht gebunden hält, sondern nach ihren besonderen Grundsätzen verfährt. Zwischen dem im Bereich des deutschen öffentlichen

Lebens und dem im Bereich der Kompetenz der Militärregierung herrschenden Recht besteht ein derart großer Unterschied, daß von einer Rechtssicherheit nicht die Rede sein kann.

Aus diesen Gründen bitten wir die Militärregierung um Bekanntgabe der rechtlichen Grundsätze, nach denen sie solche Fälle behandelt. Nur so kann die unbedingt nötige Rechtssicherheit hergestellt werden. Die bayerischen Hochschulen werden ihren dezimierten Lehrkörper solange nicht auf das für die akademische Bildung erforderliche Niveau bringen können, als eine solche Rechtsgrundlage nicht bekannt ist. Die Folge wäre eine gleichzeitige Abwanderung vieler Studenten in andere Gebiete und ein erhebliches Absinken der bayerischen Hochschulen nach Niveau und Größe. Nur aus diesen Gründen treten wir an die Militärregierung heran, weil wir nicht glauben wollen, daß derartige Folgen der von ihr betriebenen Politik in ihrer Absicht liegen.

Die Studentenschaft hält es des weiteren für ihre Pflicht, im Interesse der Demokratisierung der deutschen Jugend die Militärregierung darauf hinzuweisen, daß die oben angeführten Unklarheiten der rechtlichen Situation die Studentenschaft nicht für eine solche Form der „Demokratie“ zu gewinnen vermögen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine Militärregierung niemals eine demokratische sein kann, wir halten aber eine klare Abgrenzung der Verantwortung der deutschen Stellen von der der Militärregierung für unbedingt erforderlich.

Außerdem halten wir das gegenüber den entlassenen Professoren angewandte Verfahren für nicht geeignet, im deutschen Volk den Glauben an den Willen der Befugungsmacht zur Demokratisierung Deutschlands zu erwecken oder zu festigen. Wir sind der Ansicht, daß der Grundsatz, dem Beschuldigten die Möglichkeit seiner Rechtfertigung vor dem Urteil zu geben, unabdingbares Grundrecht jedes Menschen ist. Viele der während des letzten Jahres auf die Universität Erlangen erfolgten Angriffe beruhten auf fahrlässig einseitiger Information und vorsätzlich böswilliger Denunziation, welche auch der Militärregierung ein völlig schiefes Bild über diese Dinge gaben. Wir können nicht verhehlen, daß es wenigen noch vorhandenen Nationalsozialisten und Reaktionären durch das bisher geübte Verfahren leicht gemacht wird, den Gedanken der Demokratie verächtlich zu machen, indem sie behaupten, heute würden die Methoden des Naziregimes mit umgekehrtem Vorzeichen fortgesetzt.

Abschließend versichern wir ausdrücklich, daß diese Stellungnahme und die darin enthaltene Kritik an der Politik der Militärregierung nicht der Ausdruck passiver Resistenz gegenüber den Absichten der Militärregierung ist. Das Verbot der Kritik ist uns zwar bekannt — ist im übrigen, nebenbei bemerkt, zum größten Teil aufgehoben —, jedoch sind wir uns der Verantwortung bewußt, die gerade auf der deutschen Jugend lastet, und glauben, daß unser heißes Bemühen um eine demokratische Neuordnung unseres Vaterlandes uns trotz dieses Verbotes die sittliche Pflicht auferlegt, auch den Amerikanern, die uns doch in diesem

(Dr. Linnert [SPD])

Bemühen unterstützen wollen, ehrlich zu sagen, wo nach unserer Ansicht Fehler gemacht wurden. Nur durch offene Aussprache und hierauf aufbauender positiver Zusammenarbeit kann das von den Amerikanern gewünschte, von uns aber ersehnte demokratische Deutschland Wirklichkeit werden.

Aus diesen Beweggründen heraus bitten wir unsere Stellungnahme zu verstehen und die darin enthaltenen Bitten und Anregungen ernstlich zu prüfen und, falls dies der Militärregierung ebenso nötig erscheint wie uns, so offen, wie wir es tun, diese wichtigen Probleme zu besprechen und zwar auch mit der Studentenschaft, die von ihnen am meisten getroffen wird und bis heute nicht die Möglichkeit hatte, sich zu äußern.

Es liegt eine weitere Stellungnahme der Studentenschaft vor. Es würde zu weit führen —

(Zurufe: Schluß!)

— Sie sagten „Schluß!“ Wenn es sich um andere Fragen wie die Studenten handeln würde, würde man von der linken Seite nicht Schluß! rufen. Es handelt sich um Zehntausende junger Menschen, deren Ausbildung gefährdet ist und für die es einfach eine Pflicht des bayerischen Staates ist, soweit einzutreten, als es unter den heutigen rechtlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist.

Darüber hinaus möchte ich noch folgendes sagen: Es fehlt ja nicht erst durch die Entnazifizierung an Lehrkräften, es fehlt überhaupt an Lehrkräften, und wenn ich an meinen eigenen Beruf denke, so muß ich gerade bedauern — und man müßte sich beinahe schämen, das in der Öffentlichkeit überhaupt zu sagen —: Es gibt in Würzburg 350 Studenten der Zahnheilkunde — ich bin Zahnarzt — und einen Dozenten, es gibt in München 300 Studenten der Zahnheilkunde und einen Dozenten, es gibt in Erlangen über 200 Studenten der Zahnheilkunde, einen über 70-jährigen Dozenten, der sich fast gar nicht darum kümmert, und einen Privatdozenten, dazu überall allerdings noch einige junge Assistenten. Ja, meine sehr verehrten Anwesenden, so kann das unmöglich weitergehen, und was ich hier von einem Teil sage, das gilt auch von anderen.

Nun versucht man — und ich glaube, das Kultusministerium hat sich große Mühe hierin gegeben — Dozenten wieder aus dem Ausland herbeizuziehen. Ich habe schon einmal an dieser Stelle gesagt: Es ist ja gar nicht möglich, so viele Dozenten, wie uns fehlen, für die deutschen Hochschulen aus dem Ausland zu gewinnen. Wir müssen endlich einmal auch etwas Licht in Fakultäten und Universitäten hineinbringen. Wenn ich z. B. in meinem eigenen Fach mich bemüht habe, eine Lehrkraft herzubringen, eine nach meiner Ansicht sehr geeignete Lehrkraft, die seit 22 Jahren in Dresden an dem größten dortigen Krankenhaus als Kieferchirurg arbeitet, und der Mann nicht angenommen wird, weil er nicht nachweisen kann, daß er die pädagogischen Fähigkeiten habe, so ist das keine Begründung. Man wartet darauf, daß irgend jemand denazifiziert wird, um ihn unterzubringen. Wir müssen jetzt einmal in solcher Zeit Lehrkräfte auch aus den Kreisen der Praktiker holen, in gewissen Berufen aus den Kreisen der Wirtschaft, aber auch aus der Anwaltschaft für die Juristen, und aus den Kreisen der Geistlichen vielleicht für die Theo-

logie. Wir müssen das, damit wir unsere Studenten genügend unterrichten können. Ich sehe die große Gefahr vor Augen, daß wir ungeeignete Menschen in verantwortliche Stellen hineinbringen, und das ist eine große Gefahr für unser ganzes Volk. Ich richte die dringende Bitte an den Herrn Kultusminister, in dieser Frage ein weites Herz zu haben, und ich möchte ihm einen Mann als Vorbild vorhalten: Es war der Diktator in Preußen, Althoff, der seinerzeit sich über Fakultätsmeinungen und Fakultätsvorrechte hinwegsetzte zum Nutzen der preußischen Universitäten. Auch hier, glaube ich, müssen wir einmal über das Alteingewurzelte hinausgehen und müssen den heutigen Zeitverhältnissen Rechnung tragen.

Zum Schluß darf ich sagen: Die Not in diesen Kreisen ist sehr groß. Es dreht sich nicht um die Studierenden allein, das möchte ich nochmals betonen, es dreht sich nicht darum, einer Anzahl Professoren wieder ihre Stellung zu geben, es dreht sich bei der medizinischen Fakultät, die am meisten betroffen ist, in der Hauptsache auch darum, unserer gesundheitlich schwergefährdeten Bevölkerung in Franken wieder zu helfen.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Beck.

Dr. Beck (SPD): Ich habe nicht die Absicht, eine Wahlrede zu halten, um einige Stimmen aus Akademikerkreisen zu gewinnen, und habe auch nicht die Absicht, der akademischen Jugend so zu schmeicheln, wie mein Vorredner das für notwendig gehalten hat. Er hätte Gelegenheit, wenn er heute einmal Universitätsvorlesungen besuchen würde, z. B. die von Professor Stepun, sich von dem demokratischen Geist eines großen Teils der akademischen Jugend zu überzeugen; er hätte Gelegenheit, wenn er in den Vorhallen der Universität wandeln würde, das Hakenzusammenschlagen und das „Herr Oberleutnant“ und „Herr Leutnant“ mitzumachen. Es ist keineswegs so, daß alle Studenten absolute Nazis oder absolute Militaristen wären. Es gibt einen großen Teil Studenten, die nichts anderes wünschen, als ihre Berufsausbildung, die lange Zeit unterbrochen war, fortzusetzen, um endlich einmal praktisch arbeiten zu können. Das bedeutet noch lange nicht, daß dieser Wunsch vieler Studenten auch von dem gesamten Universitätslehrkörper geteilt wird.

Die Sozialdemokratische Partei ist sich wohl bewußt, daß bei den Entlassungen der Militärregierung teilweise auch Unrecht geschehen ist. Es gibt da einige Fälle — ich zitiere als einziges Beispiel nur Professor Lampé in München —, wo absolut Unrecht geschehen ist und wo ich auch der Überzeugung bin, daß die Militärregierung ihren Standpunkt ändern wird. Die Sozialdemokratische Partei betrachtet aber die Entnazifizierung der Universitäten nur als eine Seite, und nicht einmal als die wesentlichste. Was uns interessiert, ist die Demokratisierung der Universitäten. Wenn uns Herr Kollege Dr. Linnert vorwirft, daß wir ungeduldig werden, wenn von Studenten gesprochen wird, und er damit sagen will, daß die Linke kein Verständnis für Kultur hat, so haben wir, glaube ich, in 80 Jahren bewiesen, daß unsere Liebe zur Kultur eine bessere ist und daß sie bei uns besser gewährt ist als bei vielen Anhängern der Rechten. Wir geben offen zu, daß wir die Universitäten mit großer Aufmerksamkeit und Sorge betrachten. Wir haben 1918 erlebt, wessen eine falsch und irrig geleitete aka-

(Dr. Beck [SPD])

demische Jugend politisch nachher fähig ist, und sind fest überzeugt, daß ohne die Erziehung der Mittel- und Höheren Schulen und ohne die vielen Universitätsprofessoren ein 1933 nicht möglich gewesen wäre. Wir halten es heute für unsere absolute Pflicht, daß in der Demokratisierung der Universitäten eine hundertprozentige Arbeit geleistet wird. Daß wir uns den praktischen Notwendigkeiten des Universitätslehrkörpers nicht verschließen, beweist unser Antrag. Daß wir uns auch mit den Ideen, die Herr Dr. Linnert eben vorgebracht hat: Ersatz zu suchen für das, was durch die Entnazifizierung herausgeflogen ist, schon lange beschäftigen, beweist die Unterredung, die der Staatssekretär im Kultusministerium schon vor längerer Zeit mit Bischof Meiser gehabt hat, in der er vorschlug, befähigte Geistliche als Lehrbeauftragte an die Universitäten zu schicken. Dieser Vorschlag ist auch schon gelegentlich von dem damaligen Staatskommissar für die Universität München Dr. Graf gemacht worden, um so den Lehrkörper wieder zu komplettieren.

Wir wissen sehr gut, daß den Universitäten Aufgaben bevorstehen, wie sie die Not der Zeit mit sich bringt. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch die Universitäten unter den allgemeinen Bedingungen zu leiden haben, vor allem auch unter der Zerstörung der Gebäude. Alle diese Aufgaben können nur gelöst werden als Gesamtaufgabe. Es ist vielleicht heute beliebter und schöner, sich für Leute einzusetzen, die einen Namen haben, deren Urteil etwas gilt, aber ich möchte da doch vielleicht gerade die Demokraten darauf aufmerksam machen, daß in Deutschland tagtäglich Hunderten von kleinen Leuten Unrecht geschieht, und zwar nicht immer nur durch die Militärregierung, sondern sehr oft auch durch deutsche Behörden, für die es weniger ein Sprachrohr gibt. Darum, Herr Dr. Linnert, nur darum wehren wir uns dagegen, daß nun einige prominente Fälle herausgegriffen werden, um ein Unrecht gutzumachen. Wir sind in der materiellen Schilderung der Universitätsituation mit Ihnen vollkommen einverstanden, wir sind aber in wahrer Liebe zur Jugend, um sie in einem wirklich demokratischen Geist zu erziehen und so eine solche Katastrophe für die Zukunft unmöglich zu machen, der Meinung, daß es besser ist, heute einige Schmerzen und Leiden auf sich zu nehmen, als in 30 oder 40 Jahren wieder vor einer Situation zu stehen, die der von 1933 verflucht ähneln würde. Darum glauben wir, daß der Blick heute darauf gerichtet werden muß, die Universitäten zu demokratisieren, und da könnten wir Ihnen Beispiel über Beispiel nennen, wie sich die Lehrkörper aller drei Landesuniversitäten heute oftmals verzweifelt dagegen wehren, wirkliche Antifaschisten aufzunehmen, und, wie Sie selbst betont haben, noch heute Lehrstellen offenhalten für Leute, die entnazifiziert werden sollen. Mit diesem System möchten wir an den Universitäten Schluß machen.

Es ist durch die Presse bekannt geworden, welches Geistes Kind einige Professoren, die entlassen wurden, waren. Es sind einige Professoren darunter, die heute noch offen erklären, daß sie deutschnational sind, wobei deutschnational eine Gesinnung ist, die in einer modernen Demokratie kaum noch Platz finden dürfte. Daß wir solche Leute nicht wieder an unseren Universitäten haben wollen, daß wir sie nicht wieder zur Vergiftung unserer Jugend zulassen wollen, ist wohl verständlich. Es ist beschämend gewesen für jeden jungen

Studenten, im Jahre 1933 zu sehen, wie Professoren, die gestern noch liberal waren, am anderen Morgen aufs Podium traten und ihre Vorlesung begonnen haben mit erhobener Hand. Wir haben diese Dinge mitgemacht. Wir fragen Sie darum heute: Glauben Sie tatsächlich, daß ein junger Student vor einem solchen Professor, der seine politische Überzeugung von einem Tag zum andern wechselt, so viel Ehrfurcht hat, daß er damit erzogen wird zur Liebe zur Demokratie und vor allen Dingen zu dem, was für einen Wissenschaftler das Wichtigste ist, nämlich, die Wahrheit über alles zu setzen?

Aus diesen Gründen heraus bitten wir Sie, unserem Antrag auf individuelle Überprüfung der einzelnen Professoren zuzustimmen, die den Zweck haben soll, diejenigen, denen tatsächlich Unrecht geschehen ist, wieder ihrem Beruf zuzuführen, während alle jene, die bewiesen haben, daß sie tatsächlich nicht die notwendigen Eigenschaften haben, die deutsche Jugend zu unterrichten, wo anders ihre Arbeit suchen sollen. Das bedeutet nicht, daß diese Leute dem Hungertod ausgesetzt werden sollen, es bedeutet nur, daß sie in der Industrie usw. zu arbeiten hätten, wie das tausend andere auch tun müssen. Wenn ihre wirtschaftliche Situation sich dadurch verschlechtert, so möchte ich Sie nur daran erinnern, daß wir in München allein Hunderte von Straßenbahnschaffnern haben, die 30 Mark in der Woche verdienen, deren Los also auch nicht besser ist. In der heutigen Zeit wird mancher Universitätsprofessor, selbst wenn er glaubt, daß ihm augenblicklich Unrecht geschehen ist, für das Unrecht, das wir zwölf Jahre erduldet haben, und die Herbeiführung besserer Zustände persönliche Opfer auf sich nehmen müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Staatsminister Dr. Hundhammer. Ich möchte jedoch vorschlagen, die Sitzung jetzt zu unterbrechen und nachmittags 3 Uhr wieder aufzunehmen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Die Sitzung wird um 13 Uhr 2 Minuten unterbrochen und um 15 Uhr 5 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher wieder aufgenommen.

Präsident: Wir fahren in unseren Verhandlungen fort und nehmen die Beratung über die Anträge betreffend die entlassenen Lehrkräfte und Beamten an den Universitäten München und Erlangen wieder auf.

Das Wort hat der Herr Staatsminister Dr. Hundhammer.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Hohes Haus! Angesichts der Wellen, welche das Problem der Entlassung von Hochschullehrern in der Öffentlichkeit geworfen hat, erscheint es zweckmäßig, einmal einen Überblick über die Gesamtfrage zu geben. An den drei Landesuniversitäten München, Erlangen und Würzburg kommen im Rahmen dieser Entnazifizierungsmaßnahmen insgesamt 1066 Personen in Frage. Das sind natürlich nicht nur Professoren und Privatdozenten, sondern das ist auch das übrige Personal der Universitäten, soweit es nicht in gewöhnlicher Arbeit steht, also mit Einschluß auch des Klinikpersonals, im wesentlichen etwa bis zur Oberhebamme. Von diesen insgesamt 1066 Personen sind bisher durch die Militärregierung 374, also ungefähr ein Drittel, bestätigt.

(Staatsminister Dr. Sundhammer)

Diese sind okay, können ihren Dienst versehen. Auf einer sogenannten grauen Liste, d. h. in einem noch nicht geprüften und bestätigten Zustand, befinden sich 408 Personen. Diese Frage wird in der nächsten Zeit deswegen nochmals hochaktuell werden, weil für diese 408 Personen, Professoren und übriges Personal, eine Anweisung der Militärregierung vorliegt, derzufolge diejenigen, welches bis zum Ende des jetzt laufenden Semesters nicht gecheckt, also gerechtfertigt sind, als nicht verwendbar betrachtet werden und sogleich, also bis zum Ende des Semesters, zu entlassen sind.

(Hört, hört!)

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist bemüht, möglichst bald für diese rund 400 Personen eine Klärung herbeizuführen. Für etwa 21 davon, also 5 Prozent liegt ein gewisser Abschluß vor. Für eine beträchtliche Zahl soll ich demnächst eine Liste von der Militärregierung erhalten. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß sie dann alle bestätigt werden, sondern die Liste kann und wird wahrscheinlich einen Teil enthalten, der noch ausscheiden muß, und einen Teil, der dann endgültig bestätigt wird. Der dritte Teil der insgesamt über 1000 Persönlichkeiten betrifft diejenigen, die entlassen worden sind. Es sind an den drei Universitäten zusammen bisher insgesamt 284 Entlassungen erfolgt. Diese Entlassungen sind zum Teil durch deutsche Stellen, im wesentlichen aber auf Anweisung der Militärregierung geschehen.

Ich möchte nicht verschweigen, daß es nach meinem Dafürhalten eine bessere Maßnahme gewesen wäre, rechtzeitig von deutscher Seite in gewisser Beziehung durchzukommen. Dann würden meines Erachtens viel weitergreifende Maßnahmen der Besatzungsbehörde vermieden worden sein. Man hat geglaubt, manche Leute halten zu sollen, die nicht gehalten werden können.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Nun zu den Entlassungen selbst, insbesondere zu denen in Erlangen! Es ist von einem Redner am heutigen Vormittag darauf hingewiesen worden, daß die von der Entlassung Betroffenen selbst ihre Entlassung durch die Zeitung erfahren haben. Ich möchte hinzufügen, daß auch ich diese Erlanger Maßnahmen durch die Zeitung erfahren habe.

(Hört, hört!)

Erst später habe ich die Verfügung selbst in die Hand bekommen. Ich halte es für notwendig, dies zu betonen, weil mir bekannt geworden ist, daß in Franken oben zum Teil ganz andere Gerüchte und Unterstellungen in dieser Beziehung aufgetaucht sind.

Welches waren die Gründe für die Entlassungen? Diese Gründe sind in drei Gruppen zu scheiden. Wir haben erstens einmal die Entziehung bisher erteilter Genehmigungen, weil sich für die Militärregierung neue Beweisgründe ergeben haben oder weil die formelle Belastung den neuen Bestimmungen des Amtes der Militärregierung für Deutschland vom 21. September 1946 bezüglich der geforderten positiven, politischen, liberalen und sittlichen Eigenschaften nicht mehr standhielt.

Zweitens sind Entlassungen erfolgt, weil schriftliche oder mündliche Äußerungen in der Nazizeit so schwer gewertet worden sind, daß sie in einzelnen Fällen trotz formeller Nichtbelastung, also fehlender Mitgliedschaften, zur Entlassung geführt haben.

Ein dritter Grund für die Entlassung war der Nichtbesitz einer ordentlichen Genehmigung durch die Militärregierung für die Tätigkeit an der Universität.

Das ist das, was ich vorhin bezüglich der drei Gruppen angeführt habe die jetzt mit Schluß dieses Semesters im Ganzen entlassen werden müßten, wenn nicht bis dorthin ihre Klärung noch erfolgen würde. Bei den Entlassungen steht nun zweifellos fest, daß bei einem Teil die Wiedereinstellung erfolgen kann. Das habe ich nach der Rücksprache mit den zuständigen Stellen der Militärregierung ganz eindeutig feststellen können. Ich möchte aber bei diesem Problem doch darauf hinweisen, daß in weitgehendem Umfang das Denunziantentum eine sehr unerfreuliche Rolle spielt.

(Sehr richtig!)

Es wirkt sich in einer Art und Weise aus, die manchmal doch sehr stark an Vorgänge erinnert, die unter normalen Verhältnissen das allerschärfste Einschreiten der Gerichte zur Folge hätten.

(Sehr richtig!)

Wir haben einige Fälle, in denen ein solches Denunziantentum ganz klar nachgewiesen ist. Schwierig ist es oft für den Betroffenen — ich spreche das hier offen aus —, sich zu rechtfertigen, weil ihm nicht vor der Entscheidung Gelegenheit gegeben wird, Stellung zu nehmen und sich zu rechtfertigen. Ich glaube, daß in manchen Fällen eine Aufklärung verhältnismäßig leicht gegeben werden kann. Es würde mich freuen, wenn es gelänge, dahin zu kommen, daß die Militärregierung in solchen Fällen, wo nicht ganz schwere und klar liegende Gründe für eine Entlassung vorliegen, vorher dem Betreffenden doch von dem Kenntnis gibt, was gegen ihn vorliegt, und ihm so die Möglichkeit einer Rechtfertigung bietet. Ich glaube, ein solches Vorgehen würde allgemein begrüßt werden. Nicht zu übersehen ist auch, daß es manchmal Fälle gibt, in denen man vom menschlichen Standpunkt aus sich sehr wundern muß. Ich weiß einen Fall an der Universität Erlangen, in dem der Sohn eines Professors — der eigene Sohn! — beim Rektor gesagt hat: Dieser Professor — das war sein Vater — müßte doch weg.

(Hört!)

Es gibt Dinge, die außerordentlich kraß sind.

(Zuruf: Das ist die Nazierziehung!)

— Ganz richtig, das ist die Nazierziehung. Früher haben sie ihren Vater bei der Gestapo denunziert, jetzt denunzieren sie ihn wo anders.

Die Verhältnisse werden manchmal dadurch erschwert, daß innerhalb der Universitäten leider nicht immer volle Übereinstimmung besteht. Ich habe zur Zeit einen Fall in meinem Ministerium schweben, wo ein Professor, der mit Zustimmung der Militärbehörde unangefochten im Amte ist, in der eigenen Hochschule von der einen Seite nachdrücklich hinsichtlich einer Ernennung empfohlen wird, während ein anderer Teil ebenso stark gegen ihn Sturm läuft. Das ist ein Seilziehen, das leider in akademischen Kreisen nicht selten ist.

(Zurufe von der SPD: Sehr wahr! Das ist alltäglich.)

Noch eines möchte ich auch hier feststellen, was ich an den zuständigen Stellen schon angeführt habe: Es ist manchmal schwer verständlich, daß Professoren von deutschen Hochschulen entlassen werden und dann einen Ruf nach Amerika erhalten. Wir haben einen solchen

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

Fall auch bei diesen Erlangern. Allerdings ist dabei nicht zu übersehen, daß hier zwei verschiedene Stellen der Militärregierung nebeneinander arbeiten. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß in unserer öffentlichen Meinung eine Überraschung hervorgerufen werden muß, wenn jemand von unserer Hochschule als nicht tragbar entlassen wird und dann ausgerechnet nach den Vereinigten Staaten einen Ruf bekommt, wenn auch von anderer Stelle und nicht von derselben Abteilung. Das ist ganz klar.

(Sehr richtig!)

Wir fragen uns: Was kann geschehen, um an den Hochschulen eine Vereinigung dieser unerfreulichen Schwierigkeiten zu erreichen? Wir haben ja heute an unseren Hochschulen in einem Umfang Lücken, wie es früher nie der Fall war. Der Bedarf an Hochschullehrern ist groß, größer als früher. Wir haben zunächst versucht und tun es weiterhin, durch Neubereufungen abzuheffen. Die Zahl der Berufungen, die ich selbst schon unterschreiben konnte, seit ich das Staatsministerium für Unterricht und Kultus leite, ist beträchtlich. Es ist aber nicht leicht, wirklich geeignete und wertvolle Kräfte für unsere Hochschulen zu gewinnen. Daß es gar nicht so leicht ist, vom Ausland her Lehrer für dauernd zu gewinnen, ist verständlich; denn wenn jemand seine Lebensverhältnisse, die er in der Schweiz, in Amerika oder England heute hat, mit den Lebensverhältnissen in München vertauschen soll, wird er im allgemeinen, wenn er den Besuch hier gemacht hat, nicht mehr viel Geschmack empfinden. Dort eine schöne große Wohnung, reichliche, gute Verpflegung, da man alles kaufen kann, was man will, volle Bewegungsfreiheit und ein Gehalt, das einem nicht weggesteuert wird, sondern bleibt. Bei uns hingegen kaum ein notdürftig aufzutreibendes Zimmer, schlechte Straßen und Verkehrsverhältnisse —

(Zuruf von der SPD: Nichts zu essen, keine Literatur!)

— Sehr richtig! Nichts zu essen und keine Literatur, Arbeitsmöglichkeiten äußerst beschränkt und vom Gehalt die Hälfte weggesteuert! Das sind Umstände, die es den im Ausland lebenden Gelehrten, insbesondere Persönlichkeiten von Ruf, nicht leicht erscheinen lassen, zu uns zu kommen. Was wir vielfach fast im Übermaß angeboten bekommen, sind Persönlichkeiten, die hier eine Gastvorlesung halten. Aber mit einem oder zwei Vorträgen ist unseren Studenten an den Universitäten nichts geholfen. Ich sage es ganz offen: Damit, daß jemand eine Reise nach Deutschland herüber macht und bei dieser Gelegenheit dann einen vielleicht sehr interessanten Vortrag hält, ist uns nicht viel gedient, wenn wir auch dafür dankbar sind, einmal einen solchen Gelehrten zu sehen und kennen zu lernen. Damit ist aber unserer akademischen Jugend nicht der Lehrer für ein systematisches Studium gewonnen. Es ist also, wie gesagt, nicht sehr leicht, Professoren aus dem Ausland zu gewinnen. Nur in einigen wenigen Fällen ist das möglich geworden.

Dann ist es aber auch innerhalb Deutschlands nicht allzu leicht — ich spreche ganz offen über diese Dinge —, Lehrkräfte nach Bayern hereinzubekommen, und zwar wegen der verschiedenen Handhabung der Entnazifizierungsbestimmungen. Es gibt manchen Hochschullehrer, der heute meinetwegen in Bonn oder Göttingen oder anderswo durchaus o.k. ist und tätig sein kann, der aber, wenn er einem Ruf nach München

oder Erlangen Folge leistet, Gefahr läuft, auf Grund der hier strenger gehandhabten Entnazifizierungsbestimmungen unter Umständen wieder herausgesetzt zu werden, und dann natürlich Schwierigkeiten hat. Ein solches Risiko geht ein Hochschulprofessor nicht leicht und ohne Grund ein. Wir haben uns jetzt zum Teil damit geholfen, daß man Persönlichkeiten, die die Qualitäten für ein akademisches Lehramt besitzen, aber in irgend einem Berufe tätig sind, bittet, nebenbei an unseren Hochschulen als Lehrer tätig zu werden. Es ist dies ein Weg, den ich auch von einer anderen Seite her als nicht ungünstig betrachte. Man hat den Hochschulprofessoren vielfach eine gewisse Weltfremdheit nachgesagt und ein Getrenntsein von dem realen Gang der Dinge. Da mag es ganz gut sein, wenn Leute aus dem realen, nüchternen Leben, die in der Praxis drin stehen, an den Hochschulen als Lehrer mit tätig sind, so wie wir dies in den medizinischen Fakultäten in beträchtlichem Umfange haben. Damit soll nicht gesagt sein, daß der ausgesprochene Forscher, der Gelehrte, der an den Hochschulen an sich sonst der Typ des Professors ist, jetzt etwa auf die Seite geschoben werden soll. Ich sage nur: Das ist ein Weg, den wir heute gehen, und zwar ein durchaus sachlicher und ersprießlicher Weg.

Wir bemühen uns ferner um den akademischen Nachwuchs. Die Zahl der Habilitationen nimmt allmählich wieder doch einen Umfang an, der hoffen läßt, daß aus diesem jungen Kreise wieder akademische Lehrkräfte kommen werden, die manche Lücke ausfüllen. Das Professorenkollegium, wie wir es vielfach sehen, ist ja heute zweifellos stark mit Persönlichkeiten besetzt, die schon um die 70 Jahre herum sind. Es wäre wünschenswert, wenn da allmählich ein Nachwuchs herangezogen werden könnte. Sonst stehen wir in weiteren zehn Jahren einmal vor einem Zustand, der ganz unerfreulich sein kann.

Darüber hinaus natürlich muß der Kreis der akademischen Lehrer, der jetzt außerhalb seiner Lehrtätigkeit steht, genau durchgeprüft werden, und man muß sehen, wieviele und welche davon wieder in Dienst gesetzt werden können. Wir müssen uns bemühen, das möglichst bald und möglichst rasch durchzuführen. Der Weg zur Wiederverwendung entlassener akademischer Lehrer ist folgender: Es muß zuerst ein Spruchkammerbescheid erwirkt werden, wonach der Betroffene in Gruppe IV oder V des Gesetzes eingereiht wird, oder es muß der Bescheid vorliegen, daß er vom Gesetz nicht betroffen ist, oder für Jüngere ein Amnestiebescheid. Zweitens brauchen wir, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, die Zustimmung der örtlichen Militärregierung zum Spruchkammerbescheid. Wenn diese beiden Voraussetzungen vorliegen, dann können wir unsererseits im Staatsministerium für Unterricht und Kultus prüfen, ob wir — es ist ausdrücklich auf das Staatsministerium abgestellt — in der Lage sind, für den betreffenden Hochschullehrer die Verantwortung zu übernehmen und ihn der Militärregierung zur Bestätigung vorzuschlagen. Die Militärregierung gibt dann nach Prüfung der Unterlagen und nach einer Garantieerklärung der betreffenden Hochschule die endgültige Zusage zur Wiedereinstellung oder versagt sie. Das ist also der Gang der Dinge.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist bemüht, den Lehrkörper der Hochschulen wieder in möglichstster Beschleunigung zu ergänzen und auf den

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

notwendigen, den heutigen Verhältnissen entsprechenden Stand zu bringen.

Ich darf diese Gelegenheit einer akademischen Frage benützen, um ein paar andere damit entfernter zusammenhängende Fragen aus dem Schulsektor anzuschneiden. Ich halte es für notwendig, die Öffentlichkeit schon heute darauf hinzuweisen, daß ich mit Sorge den Andrang zu unseren Hochschulen beobachte. Ich bin mir darüber im klaren, daß wir, wenn unsere Hochschulen ein paar Jahre ordnungsgemäß arbeiten, in Bälde eine solche Anzahl von Akademikern aller Fakultäten haben werden, daß wir ihr keine entsprechende Beschäftigungsmöglichkeit im eigenen Land bieten können. Wir werden wieder in eine Entwicklung hineinkommen, wie wir sie etwa in der Zeit zwischen 1925 und 1933 hatten, wo eine solche Überproduktion an akademischen Kräften vorhanden war, daß z. B. damals die Lehramtsanwärter eine Spanne etwa bis zum 40. Lebensjahr hatten, bis sie auf eine Anstellung rechnen konnten. Ähnlich ist es auf anderen Gebieten. Ich brauche nur auf das Mißverhältnis hinzuweisen, das heute besteht zwischen Maurerlehrlingen und Architekturstudenten. Ich möchte das der jungen Welt ganz offen rechtzeitig sagen. Es sollen sich dem akademischen Studium nur diejenigen zuwenden, die geistig die Qualitäten und charakterlich die Voraussetzungen haben; sehr Gutes zu leisten. Nur diese haben später Aussicht, eine Stelle zu bekommen. Ob ein Teil der akademischen Jugend später außerhalb Deutschlands vielleicht; wo man früher deutsche Ärzte, deutsche Techniker und Ingenieure gesucht und gerne verwendet hat, wieder eine solche Möglichkeit finden wird, läßt sich naturgemäß heute noch nicht absehen.

In diesem Zusammenhang ist, glaube ich, auch auf etwas hinzuweisen, womit sich der Landtag, wie ich hoffe, noch mehr befassen wird: Die Schulreformpläne in großem Maßstab, die seitens der Militärregierung zur Diskussion gestellt worden sind. Es soll das Schulwesen reformiert und umgestaltet werden. Dabei wird zum Teil auch das Hochschulwesen erfaßt werden. Zunächst ist nur das Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu einer Äußerung aufgefordert. Ich halte es aber für notwendig, daß sich auch der Landtag mit diesem Problem befaßt, insbesondere, wenn eine gewisse Entscheidung über zu treffende Maßnahmen erfolgen soll; denn nach unserer Verfassung hat in solchen Dingen der Landtag die Entscheidung in der Hand.

Auch noch ein weiteres Problem aus dem Schulsektor, das zur Zeit diskutiert wird, möchte ich hier öffentlich ansprechen und zur Diskussion bringen: Die Frage der körperlichen Züchtigung. Ich habe in einer Pressekonferenz auf Befragen erklärt, daß ich mich veranlaßt sehe, die Frage, ob das Verbot der körperlichen Züchtigung in den Volksschulen wieder aufgehoben werden soll, zu prüfen und prüfen zu lassen. So haben meine Ausführungen gelaute. Eine Zeitung hat geschrieben, ich hätte die Prügelstrafe wieder eingeführt. Das gehört auch in das Kapitel hinein, das Herr Kollege Dr. Linnert heute Vormittag über die Zuverlässigkeit der Presse zu sagen leider Anlaß hatte. Ich möchte hierzu folgendes erklären: Es ist in dieser Frage keine Entscheidung gefallen. Die Entscheidung wird sehr sorgfältig geprüft und überlegt werden. Aber ich glaube, der Stand der Disziplin

in den heutigen Volksschulen läßt es zweckmäßig erscheinen, dem Lehrer die Möglichkeit zu geben, zur Aufrechterhaltung der Disziplin einmal auch zum Stock zu greifen, insbesondere nachdem wir heute Klassen haben, die einen übermäßig großen Umfang besitzen, und nachdem wir eine Jugend haben, die durch die fehlende Erziehung in der eigenen Familie in den letzten zehn Jahren, gleichzeitig durch den Mangel einer schulischen Erfassung in eine Entwicklung hineingekommen ist, daß man die Jugend als nicht besonders gut erzogen bezeichnen kann. Vielleicht würde grundsätzlich auch noch folgende Argumentation zu überlegen sein: Der Staat kann heute bei den Erwachsenen nicht darauf verzichten, die Todesstrafe zu verhängen, die schwerste körperliche Züchtigung, die es gibt. Die Meinung im Volk, daß eine verschärfte Anwendung von Strafen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendig und wünschenswert ist, ist ja stark verbreitet.

(Zuruf: Untergrundbewegung.)

Ich bin der Auffassung, daß gerade auch den jungen Lausbuben ein Dienst erwiesen ist, wenn man ihnen manchmal rechtzeitig eine herunterhaut. Dann braucht ihnen später vielleicht nicht der Kopf abgehauen zu werden. Es ist falsche Menschlichkeit und Humanität in falscher Form angewendet, wenn die Jüngens die Möglichkeit haben — wie es heute in den Schulen vorkommt —, zum Lehrer zu sagen: Du darfst mir doch keine Taten geben. So ist die Disziplin schwer aufrechtzuerhalten. Wenn der Stock am Katheder liegt, braucht man ihn in vielen Fällen nicht. Aber es ist notwendig, daß die Jüngens dort, wo die Disziplin sonst schwer aufrechterhalten werden kann, wissen, daß die Möglichkeit besteht, der Lehrer könnte einmal auch zum Stock greifen. Er soll nicht wegen mangelnder Leistungen angewendet werden; aber ich glaube, man kann prüfen, ob er nicht zur Aufrechterhaltung der Disziplin beim Schüler ebenso angewendet werden soll, wie beim erwachsenen Verbrecher das Schafott angewendet wird.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus hat einige Probleme berührt, die über den Rahmen unserer Tagesordnung hinausgegangen sind. Das Haus hat diese Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis genommen. Ich möchte aber bitten, in eine Aussprache darüber nicht einzutreten; das wird zu einer späteren Zeit geschehen. Das ist auch nicht der Zweck dieser Ausführungen gewesen; ihr Zweck war nur, das Haus von diesen Problemen zu unterrichten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Ausschußantrag, der die Anträge Dr. Linnert und Stock ersetzt.

Wer dem Ausschußantrag die Zustimmung erteilen will, den bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. — Das ist die große Mehrheit; es ist so beschloßen.

Wir kommen dann zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Antrag der Abgeordneten Schwingenstein und Genossen betreffend Erweiterung der Anzeigenteile der Tageszeitungen. (Beilage 105).

Berichterstatter ist Herr Dr. Lehmer; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Lehmer (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am Freitag, den 28. Februar, ist als Punkt 2 der Tagesordnung der Antrag der Abgeordneten Schwingenstein und Genossen betreffend Erweiterung der Anzeigenteile der Tageszeitungen behandelt worden. Der Antrag ist in Beilage 59 abgedruckt.

Der Berichterstatter Schwingenstein wies auf die wichtige volkswirtschaftliche Funktion der Zeitungsanzeigen hin. In einer Zeit des vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruchs habe die Zeitungsanzeige große Bedeutung für die Wiederanknüpfung zerrissener Geschäftsverbindungen. Die Zeitungen seien besonders in den Großstädten bei weitem nicht in der Lage, die bei ihnen eingehenden Anzeigen zu veröffentlichen. Der Antrag bezwecke, durch Vorstellungen bei der Militärregierung eine vermehrte Papierzuteilung an die Presse zu erreichen, zumal viele Druckerzeugnisse den Eindruck erwecken, im wahren Sinne des Wortes nicht das Papier wert zu sein. Der Mitberichterstatter schloß sich diesem Antrag an. Der Antragsteller Schwingenstein begründete seinen Antrag und betonte vor allem, daß die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft in erster Linie durch Publizierung von Angebot und Nachfrage erfolgen könne. Die Zeitungen seien aber infolge der Beschränkung ihres Anzeigenraums nicht in der Lage, auch nur einen bescheidenen Bruchteil der dringendsten geschäftlichen Anzeigen zu bringen. Die bayerischen Industrie- und Handelskammern hätten wiederholt schon Schritte für eine Erweiterung des Anzeigenteils der Zeitungen unternommen. Da bisher nur wenige wirtschaftliche Fachzeitschriften bestehen, falle den Zeitungen noch mehr als in Friedenszeiten die frühere Aufgabe der Fachpresse, Anzeigen aufzunehmen, zu. Auch die sogenannten kleinen Gelegenheitsanzeigen haben mehr wirtschaftliche Bedeutung als je zuvor und vertragen keine weitere Einschränkung mehr. Ein Mißstand sei auch darin zu erblicken, daß den in den Großstädten erscheinenden Zeitungen derselbe Anzeigenraum zugemessen werde, wie den Blättern in mittleren und kleineren Städten. Der Anzeigenraum einer Großstadtzeitung müsse bis zu 750 000 Menschen dienen, der eines Klein- stadtblattes nur 20 000 bis 30 000. Auch sei in den Großstädten infolge der großen Bombenschäden das Bedürfnis nach Tauch- und Kaufanzeigen ins Riesenhafte gestiegen. Den Großstadtblättern müsse gerechterweise ein bedeutend größerer Anzeigenraum zubilligt werden. Der Mitberichterstatter schlug vor, dem Antrag einen Satz anzufügen, der die Militärregierung ersuchen will, zu überprüfen, ob andere Druckerzeugnisse nicht eingeschränkt werden könnten, um dem vorliegenden Antrag Rechnung zu tragen. Der Antragsteller hatte Bedenken gegen diesen Zusatz, da an und für sich neue Druckerzeugnisse an eine Lizenz gebunden seien. Auch der stellvertretende Vorsitzende hielt diesen vorgeschlagenen Zusatz nicht für richtig. Seit Mitte Dezember seien neue Druckerzeugnisse kategorisch abgelehnt worden. Der Berichterstatter beantragte, die frühere Fassung anzunehmen. Der Antrag auf Beilage 59 wurde dann vom Ausschuss einstimmig angenommen. Als Berichterstatter bitte ich Sie, diesem Beschluß beizutreten.

Präsident: Eine Wortmeldung zu diesem Antrag liegt nicht vor. Der Antrag des Ausschusses lautet auf Zustimmung. Widerspruch erfolgt nicht; es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zu drei Eingaben betreffend Demontage von Betrieben (Beilage 106).

Dieser Punkt soll auf besonderen Wunsch der Regierung von der Tagesordnung abgesetzt werden, im Vertrauen darauf, daß die Regierung ohnehin in ständigen Verhandlungen wegen dieser für uns außerordentlich wichtigen Belange steht. Das Haus nimmt davon Kenntnis; es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Ziffer 12:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Länderratsfragen und für Fragen bizionaler und mehrzonaler Art zum Entwurf zur Änderung des Statuts für den Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets. (Beilage 131).

Hier bin ich selbst Berichterstatter. Nun möchte ich zu Ihrer Freude mitteilen, daß ich von einer eingehenden Berichterstattung absehe, und zwar deswegen, weil der Parlamentarische Rat beim Länderrat schon in Kraft getreten ist. Aber ich möchte nachträglich auch die Zustimmung der Vollversammlung zur Ergänzung des Länderratsstatuts noch einholen. Ich darf Ihnen den Entwurf vorlesen und bitte um Ihre Zustimmung hierzu. Der Parlamentarische Rat beruht auf denselben Grundsätzen wie der Länderrat selbst: Den Grundsätzen der Koordination und der Einstimmigkeit. Die Beschlüsse des Parlamentarischen Rats sollen sich dem angleichen, das heißt, der Parlamentarische Rat, ein Organ des Länderrats, wird auch auf den Grundsätzen der Koordination und der Einstimmigkeit der Ländergruppen aufgebaut, allerdings mit der Bestimmung, daß der Parlamentarische Rat nur eine beratende Tätigkeit hat. Das kann auch nicht anders sein, weil die Befugnisse des Länderrats nicht eingeschränkt werden sollen. Es soll nur die notwendige Verbindung zwischen dem Länderrat und den einzelnen Parlamenten hergestellt und insbesondere dafür gesorgt werden, daß die Verantwortlichkeit der Ministerpräsidenten gegenüber dem Parlament, die im Länderrat ja eigentlich bisher nicht bestanden hat, auch insoweit zu den Parlamenten hergestellt wird. Das ist die Aufgabe, die im Parlamentarischen Rat zu leisten ist, damit die Gesetzgebungsarbeit auch auf der Tätigkeit und Zustimmung der einzelnen Parlamente mit aufgebaut werden kann. Deswegen soll hier im Länderratsstatut ein § 15 a eingefügt werden, der folgenden Wortlaut hat:

- (1) Um die notwendige Angleichung der Gesetzgebung der Länder zu fördern, wird ein Parlamentarischer Rat am Sitz des Länderrats gebildet.
- (2) Der Parlamentarische Rat besteht aus 24 Mitgliedern. Je 7 Mitglieder werden von den Volksvertretungen von Bayern, Hessen und Württemberg-Baden, 3 von der Volksvertretung Bremens bestellt. Bei Auflösung einer Volksvertretung scheiden die von dieser bestellten Mitglieder erst aus, wenn die neu gebildete Volksvertretung andere Mitglieder bestellt hat. Für jedes Mitglied kann jeweils ein Stellvertreter vorgesehen werden. Auswahl und Bestellungsverfahren werden durch die Volksvertretung der Länder geregelt.

(Präsident)

- (3) Der Parlamentarische Rat hat eine beratende Aufgabe. Er nimmt Stellung zu
- a) allen Entwürfen von Gesetzen und Rechtsverordnungen, die dem Länderrat vorgelegt werden,
 - b) Kontrollmaßnahmen, die dem Länderrat durch das Coordinating Office vorgelegt werden,
 - c) Fragen von grundsätzlicher politischer Bedeutung.
- (4) Vorlagen der in Absatz (3) bezeichneten Art sind dem Parlamentarischen Rat durch den Generalsekretär zuzuleiten, nachdem das Direktorium über sie beschloffen hat.
- (5) Der Parlamentarische Rat tagt regelmäßig gleichzeitig mit dem Länderrat, dem gegenüber er seine Stellungnahme zu den einzelnen Vorlagen vertritt, im übrigen nach Bedarf.
- (6) Den Vorsitz im Parlamentarischen Rat führt ein Mitglied des Landes, dessen Ministerpräsident gemäß § 5 den Vorsitz im Länderrat hat. Die Mitglieder dieses Landes bestimmen den Vorsitzenden. Soweit im Rat abgestimmt wird, hat jedes Land eine Stimme. Für die Beschlussfassung ist Einstimmigkeit im Parlamentarischen Rat erforderlich. Bei Abstimmungen unter den Mitgliedern eines Landes kann ein Mitglied seine Stimmbefugnisse auf ein anderes Mitglied dieses Landes übertragen. Der Rat ist verhandlungsfähig, wenn jedes Land durch Mitglieder vertreten ist. Die Geschäfte des Rates werden vom Generalsekretär geführt. Alles Nähere regelt eine Geschäftsordnung, die sich der Rat selbst gibt.
- (7) Die Ministerpräsidenten, der Senatspräsident von Bremen und die Mitglieder des Direktoriums können an jeder Sitzung des Parlamentarischen Rates teilnehmen. Der Rat kann verlangen, daß der Generalsekretär und die Länderratsbevollmächtigten bei seinen Sitzungen anwesend sind.
- (8) Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates oder ihre Stellvertreter können zu ihrer Unterrichtung an den Sitzungen der Ausschüsse und Unterausschüsse des Länderrats (§ 14) teilnehmen.
- (9) Die Vorschriften des § 15 a gelten bis zum 30. Juni 1947. Durch einstimmigen Beschluß der Ministerpräsidenten kann ihre Geltungsdauer verlängert werden.

Ich möchte dem hohen Haus das zur Kenntnis bringen und gleichzeitig bemerken, daß dieser Entwurf auf eingehenden Verhandlungen beruht, worüber ja auch der 21. er Ausschuß für Länderratsfragen im Bayerischen Landtag unterrichtet worden ist, wobei auch der Herr Ministerpräsident eingehende Darlegungen über die Verhältnisse gemacht hat, die zur Bildung des Parlamentarischen Rates geführt haben.

Wir werden noch öfter Gelegenheit haben, auf diese wichtige Angelegenheit zurückzukommen. Ich darf daher das Einverständnis des Hauses dazu voraussetzen, daß Sie heute von mir weitere Ausführungen in der Sache nicht mehr wünschen. Das ist der Fall.

Ich darf auch die Zustimmung des Hauses zum § 15 a des Länderratsstatuts annehmen. Widerspruch erfolgt nicht. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu Ziffer II der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zur Eingabe des Bürgermeisters der Stadt Traunstein um Wiederverleihung der Kreisunmittelbarkeit der Stadt Traunstein (Beilage 119).

Hierzu habe ich folgendes zu bemerken: Wie mir berichtet wird, wird im Ministerrat zu dieser Frage bezüglich verschiedener Eingaben von Städten grundsätzlich Stellung genommen. Ich darf insoweit auch hier das Einverständnis des Hauses voraussetzen, daß diese Frage zunächst von der Tagesordnung abgesetzt wird. — Das Haus ist damit einverstanden, ich stelle das fest.

Nun kommt Ziffer III der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Eingaben von ehemaligen Offizieren um Weiterzahlung der Ruhegehaltsgebühren an ehemalige bayerische Offiziere und Hinterbliebene (Beilage 126).

Da der Berichterstatter Abgeordneter Held, wie ich höre, zur Zeit nicht anwesend ist, hat sich der Abgeordnete Dr. Stang zur Berichterstattung bereit erklärt.

Dr. Stang (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Ich berichte Ihnen als Aushelfer aus dem Gedächtnis über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses.

Eingaben lagen vor zunächst von Oberst a. D. Julius Peringer in Augsburg, der Oberstenwitwe Mathilde Dertel in München, von Oberst a. D. Engelbert Frank in München-Pasing, von Major a. D. Franz Haertl in München, von Oberst a. D. Max Bedall in München und von Fridolin Weiß in Freising um Fortzahlung der gesetzlichen Ruhegehaltsgebühren an ehemalige bayerische Offiziere und Hinterbliebene.

Im Ausschuß wurde darauf hingewiesen, daß es sich hier nicht etwa um Eingaben von Offizieren der letzten Armee, also der Armee, die zur Zeit Hitlers bestanden hat, handelt, sondern von Offizieren, die der alten bayerischen Armee angehört haben, also um Offiziere und Angehörige von Offizieren, die jetzt schon in einem hohen Alter stehen und nicht fähig sind, irgendeinen anderen Erwerb zu suchen. Es wurde jedenfalls dem Mitleid mit dem Los dieser Herren und der Meinung Ausdruck verliehen, daß hier etwas geschehen müsse.

Von Seiten der Staatsregierung wurde zunächst darauf hingewiesen, daß die Militärregierung allen Bestrebungen, für diese Herren etwas zu erreichen, ablehnend gegenüber stand; dann haben sich aber doch wieder Verhandlungswege geöffnet. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es ist also die Möglichkeit gegeben, daß doch noch etwas im Sinne dieser Wünsche geschehen kann.

Der Ausschuß hat hinsichtlich der angeführten Eingaben der Offiziere beschlossen, zu beantragen, diese der Staatsregierung zur Würdigung hinüberzugeben.

Weitere Eingaben lagen vor von dem Verwaltungsoberinspektor a. D. Ludwig Fiegl und dem Verwaltungsobersekretär a. D. Max Coers, beide in Mün-

(Dr. Stang [CSU])

chen, um Gewährung von Versorgungsbezügen an die ehemaligen Verwaltungsbeamten der Landespolizei in Bayern. Auch hier wurde nach eingehender Aussprache beschlossen, zu beantragen, diese Eingaben der Staatsregierung zur Würdigung hinüberzugeben.

Was schließlich die Eingabe betrifft, die von der Gemeinschaft der Ruhestandsbeamten und Beamtenhinterbliebenen in Bamberg ausgeht und die Weiterzahlung der Ruhegehälter an politisch minderbelastete Pensionisten, im Nichtgenehmigungsfalle um Mitteilung der Gründe der Ablehnung an die Beteiligten zum Ziele hat, so hat der Ausschuß beschlossen, zu beantragen, diese Eingabe der Staatsregierung als Material zu übermitteln.

Ich bitte das Haus, im Sinne dieser Anträge des Ausschusses zu beschließen.

Präsident: Zunächst möchte ich feststellen: Es muß Wert darauf gelegt werden, daß die Herren Berichterstatter in der Regel anwesend sind. Der Herr Abgeordnete Held war heute den ganzen Tag anwesend. Jetzt ist er nicht da. Das sind Zustände, die der Präsident rügen muß. Man muß sich schließlich darauf verlassen können, daß die Abgeordneten, die als Berichterstatter benannt sind, anwesend sind, wenn ihre Sache aufgerufen wird. Können sie wirklich nicht anwesend sein — solche Fälle können vorkommen —, dann haben sie dafür zu sorgen, daß ein Ersatzmann für sie eintritt, damit der Gang der Verhandlungen nicht aufgehalten wird.

Dr. Stang (CSU): Es ist an sich nicht Sache des Ausschußvorsitzenden, Berichte zu erstatten. Ich habe jetzt schon das vierte Mal den Aushelfer gemacht.

Präsident: Ich bin dem Abgeordneten Stang dankbar. Ihn habe ich auch nicht gerügt. Es ist ein dankenswertes Unternehmen, wenn der Vorsitzende des Ausschusses für den nicht anwesenden Berichterstatter eingesprungen ist. Das soll aber in Zukunft nicht mehr so sein.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag auf Beilage 126. Der Antrag liegt gedruckt vor. Er lautet:

Die Eingaben unter Ziffer 1 und 2 sind der Staatsregierung zur Würdigung, die Eingabe unter Ziffer 3 ist als Material hinüberzugeben.

— Widerspruch erfolgt nicht. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Dann kommt Ziffer IV a der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zu dem Antrag der Abgeordneten Ammann und Genossen betreffend Wohn- und Siedlungsfragen (Beilage 143).

Ich erteile dem Berichterstatter Herrn Abgeordneten Gehring das Wort.

(Zuruf: Gehring ist zum Landwirtschaftsministerium abgerufen worden.)

— Dann kommt zunächst Ziffer IV b:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zu dem Antrag der Abgeordneten Schütte und Genossen betreffend Zweckentfremdung von Betrieben des Hotel- und Gastwirtschafts (Beilage 144).

Ich erteile dem Berichterstatter, Abgeordneten Schütte das Wort.

Ich bitte, unterdessen einen Ersatzberichterstatter für den Abgeordneten Gehring zu bestimmen.

Schütte (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuß hat in seiner Sitzung vom 18. März 1947 zu dem Antrag Beilage 87 Stellung genommen. Es handelt sich darum, in Orten mit überwiegendem Fremdenverkehr eine weitere Zweckentfremdung von Räumen durch anderweitige Belegung hintanzuhalten.

Dieses Thema wurde im Ausschuß eingehend behandelt, da es ja sehr in Kollision kommen kann mit einem der wichtigsten Probleme, die unser Vaterland zur Zeit beherrschen; dem Flüchtlingsproblem. Es ist eingehend zum Ausdruck gekommen, daß es sich in keiner Weise darum handeln kann und handeln darf, die Unterbringung der Flüchtlinge auf diesem Wege irgendwie einzuschränken. Vielmehr handelt es sich darum, den Fremdenverkehr in Bayern, an dem ein vitales Interesse besteht, weil er, wirtschaftlich betrachtet, einer der großen Haupteinnahmeposten in einer sogenannten bayerischen Handelsbilanz darstellt, zu erhalten. Es ist betont worden, daß der Fremdenverkehr in früheren Zeiten 400 Millionen erbracht hat, davon fast die Hälfte in Devisen. Es stand die grundlegende Frage zur Debatte, ob man in der Zukunft auf die Einnahmen aus einem solchen Fremdenverkehr verzichten will oder besser gesagt, ob man verzichten kann.

Die Ausschußmitglieder sind dahin übereingekommen, daß ein Verzicht auf derartige Einnahmen nicht möglich ist. Es wurde, besonders durch den Abgeordneten Dr. Rief, sehr in den Vordergrund gestellt, daß hierbei das so wichtige Flüchtlingsproblem nicht irgendwie zu Unrecht in Nachteil kommen dürfe.

Der Mitberichterstatter, der Abgeordnete Piechl, hat sich dem Berichterstatter angeschlossen und vor allem auch unterstrichen, welche Bedeutung der Fremdenverkehr für gewisse Orte und Gebiete Bayerns hat. Ich möchte hiezu gleich bemerken: Es sollen nicht nur einzelne Gebiete in diese Regelung eingeschlossen sein, sondern grundsätzlich alle Gebiete, insofern sie tatsächlich einen ausschlaggebenden Faktor auf dem wirtschaftlich wichtigen Gebiet des Fremdenverkehrs darstellen. Der Abgeordnete Schefbeck hat sich daher auch veranlaßt gesehen, den ursprünglichen Antrag auf Beilage 87 dahingehend zu erweitern,

daß die Fremdenverkehrsgebiete Bayerns im Laufe der Zeit nach und nach, soweit die Verhältnisse es gestatten, von Flüchtlingen und Evakuierten freigemacht werden, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Fremdenverkehrsgebiete zu verhindern.

Meine verehrten Anwesenden! Die Verhältnisse in diesen Orten sind, das hat die Debatte auch ergeben, tatsächlich dahin gediehen, daß man bestimmt von einem Zusammenbruch sprechen kann. Wer weiß, daß diese Orte seit Jahren ihre Betriebe für verschiedene Zwecke hergeben mußten, während des Krieges als Lazarette und für die damalige Rinderlandverschickung, im Anschluß daran für die Besatzung, weiterhin noch für die Evakuierten — es sind immer noch über 300 000 Evakuierte in Bayern, wovon sich der größte Teil in diesen Orten befindet — sowie für die Flüchtlinge, der weiß auch, daß die regulären Einnahmen

(Schütte [SPD])

dieser Betriebe zu versiegen begonnen haben. Die Berichte aus den dortigen Gemeinden gehen dahin, daß die Betriebe da angelangt sind, daß sie nicht mehr dem normalen Steueraufkommen Rechnung tragen können. Aber es geht nicht nur um diese direkten Steuereinnahmen aus den Betrieben, sondern auch darum, daß diese Gemeinden im allgemeinen gesprochen in Schwierigkeiten beim Ausgleich ihrer Haushalte geraten. Wenn Sie sich vorstellen, daß die Kurtagern und sonstigen Einnahmen indirekter Art aus diesen Fremdenverkehrsbetrieben, die das Gros der Einnahmen darstellen, seit Jahren ausfallen, ist es nur zu verständlich, daß allmählich dort ein Versiegen beginnt.

Weiterhin ist logisch: Weil solche Orte in der Regel ausschließlich von den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr leben — es sind Orte da, die bis zu 80, 90 Prozent überhaupt keine andere Verdienstmöglichkeit haben —, kommen sie durch die Belegung mit anderen Personen noch in die Gefahr, daß nicht nur der Einheimische, sondern auch der Hinzugekommene arbeitslos wird. Im Falle einer baldigen Währungs- umstellung würde für diese Orte eine Katastrophe eintreten. Das sind dann die größten Fürsorgegemeinden, die Bayern aufzuweisen haben wird.

Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums wies darauf hin, daß das Ministerium sich seit längerer Zeit mit dem Gedanken einer Abhilfe befaßt hat und erreichen wollte, daß wenigstens 20 Prozent der früheren Fremdenbelegung ihrem tatsächlichen Zweck erhalten bleiben, daß aber bei der allgemeinen Flüchtlingsnot auch dieser Prozentsatz nicht eingehalten werden konnte. Er erklärte, daß er vom wirtschaftlichen Standpunkt aus diesen Antrag begrüße, und stimmte ausdrücklich zu.

Schließlich hat der Ausschuß einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Der Landtag wolle beschließen, dem Antrag (Beilage 87) in folgender Fassung zuzustimmen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, geeignete Maßnahmen zu treffen, daß eine weitere Zweckentfremdung von Betrieben des Hotel- und Gastwirtsgewerbes sowie der konzessionierten Privatzimmervermietung

— ich bitte, besonders dieses Wort „konzessionierten“ zu beachten —

in Orten mit überwiegendem Fremdenverkehr in der Zukunft unterbleibt und daß die Fremdenverkehrsgebiete in Bayern im Laufe der Zeit nach und nach, soweit die Verhältnisse es gestatten, von Flüchtlingen und Evakuierten freigemacht werden, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Fremdenverkehrsgebiete zu verhindern.

Ich möchte hierzu noch kurz bemerken, daß in der gedruckten Beilage 144 das Wort „konzessionierten“ fehlt. Es muß ausdrücklich mit eingesetzt werden; denn es handelt sich ja bei diesem Antrag nur um Fremdenverkehrsbetten, die konzessioniert sind. Um ja richtig verstanden zu werden: Der Zweck des Antrags ist nicht, diese Orte von der zur Unterbringung der Flüchtlinge erforderlichen allgemeinen Einengung jedes einzelnen auszunehmen, sondern es sollen lediglich die konzessionierten Betriebe einschließlich der Pri-

vatzimmervermietung, soweit sie konzessioniert ist, in Zukunft eine Schonung und Rücksichtnahme erfahren, damit das Wirtschaftsleben in diesen Orten hinsichtlich des Fremdenverkehrs wenigstens zum Teil noch pul-
fieren kann.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Bick-
leder.

Bickleder (CSU): Meine Damen und Herren! Ich sehe in dem Antrag, der uns heute vorgelegt worden ist, ein Gespenst heraufsteigen. Man will wieder daran-
gehen, die oberbayerischen Kurorte von den Flücht-
lingen freizumachen und dafür die Orte, die heute und
schon seit zwei Jahren die Last des Flüchtlings-
problems auf sich genommen haben, weiterhin zu be-
legen. Die schönen Worte, die der Berichterstatter ge-
braucht hat, glauben wir nicht, weil wir eine zu bittere
Erfahrung gemacht haben.

Ich frage Sie: Ist in der heutigen Zeit ein Ar-
beiter oder Bauer in der Lage, in die Fremdenver-
kehrsorte des Oberlandes zu gehen? Die müssen heute
arbeiten und schwer arbeiten. Wer hat sich denn in den
letzten zwölf Jahren, um einen Ausspruch von Goeb-
bels zu gebrauchen, in den Fremdenverkehrsorten
herumgeräkelt? Die Nationalsozialisten! Und heute
sind es die Schieber und die Schwarzhändler,
die sich dort wieder ein gutes Nest bauen wollen.

Wir sind in Niederbayern nicht gewillt, die Dinge
weiterhin so treiben zu lassen. Die letzte Dachkammer
und die Bauernstube nimmt man dem Bauern weg,
und gerade in den Orten, wo alle Voraussetzungen ge-
geben sind, die Flüchtlinge wirklich menschenwürdig
unterzubringen, sollen solche Menschen, die es mit der
Arbeit nicht besonders eilig haben, auch noch in den
schönen Sommermonaten ihre Sommerferien verbrin-
gen! Wir haben volles Verständnis für das Gastwirts-
und Hotelgewerbe und wir stimmen dem zu, daß hier
Wandel geschaffen wird, daß diese Häuser und Hotels
frei werden. Aber damit muß es genug sein. Wenn
schon die Staatsregierung für die Flüchtlinge immer-
hin Millionen ausgeben muß, dann können diese Mil-
lionen auch dort ausgegeben werden, wo eine menschen-
würdige Unterkunft gewährleistet ist. Wenn eine Ent-
lastung vorgenommen werden soll, dann bitte dort, wo
man zu 80 und 90 Prozent belegt ist. Ich habe in
meinem Landkreis Dörfer und Gemeinden, die zu 100,
110 Prozent belegt sind.

(Hört, hört!)

Der Durchschnitt ist nahezu 60 Prozent. Freilich, es
sind auch solche Gemeinden da, bei denen beim besten
Willen nicht mehr als vielleicht 30 oder 35 Prozent
untergebracht werden können, weil die Voraussetzungen
in den Häusern nicht gegeben sind. Dann müssen eben
andere Gemeinden um so mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Ich muß Ihnen sagen: Wir können diesem Antrag
in der vorgebrachten Form nicht zustimmen. In diesem
Antrag ist auch das Wort „konzessionierten“ nicht auf-
geführt. Wir wollen hoffen, daß hier eine starke, eine
sehr starke Einschränkung gemacht wird. Wenn die
Staatsregierung Geld braucht, dann gibt es andere
Wege, als daß sich in diesen Fremdenverkehrsorten
Leute herumtreiben, die wir am liebsten nicht bei uns
sehen wollen. Ich habe den Eindruck, daß wir hier in
Bayern ohnehin schon viel zu viel „Fremdenverkehr“
haben.

(Sehr richtig!)

Präsident: Als nächster Redner spricht der Ab-
geordnete Maderer.

Maderer (CSU): Meine Damen und Herren! Ich kann mich im Ganzen den Worten meines Freundes Bickleder anschließen. Dieser Antrag, der aus dem Oberland kommt, ist mit sehr großer Vorsicht aufzunehmen und auch mit sehr großer Vorsicht zu behandeln. Namentlich der letzte Punkt, der darin angeführt ist — es sollen diese Gebiete, soweit es die Verhältnisse gestatten, von Flüchtlingen und Evakuierten freigemacht werden — gibt mir Gelegenheit, auf einiges hinzuweisen. Ich habe auch schon Veranlassung genommen, das an die zuständige Stelle hier in München weiterzuleiten.

Ich habe hier vor mir das amtliche Material des Flüchtlingsproblems in Bayern und möchte nicht versäumen, hiezu einiges zu sagen. Mir scheint, daß die Verteilung der Flüchtlinge und Evakuierten in unserem Bayerland sehr stark mit dem Bleistift vom grünen Tisch aus gemacht worden ist, ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse in der betreffenden Gegend, auf die tatsächlichen Aufnahmeverhältnisse in diesen Gebieten. Sonst wäre es nicht möglich, daß die Gebiete an der bayerischen Nordostgrenze zum Verfließen gefüllt sind,

(sehr richtig!)

während andere Gebiete noch sehr fein und nobel leben können. Ich gebrauche diese Worte mit Absicht und mit Überlegung. Ich wurde vor nicht langer Zeit von einem Herrn aus dem südöstlichen Grenzgebiet interviewt, der mir gestanden hat, daß es in diesem Gebiet noch lange nicht so aussieht wie z. B. bei uns im Bezirk Deggendorf, wo die Leute noch ganz anders leben können als etwa bei uns. Ich will nicht sagen, daß sie noch fürstlich leben. Aber sie leben noch ganz anders wie in den Grenzgebieten an der bayerischen Nordostgrenze, in Deggendorf, Straubing, Weiden usw. Dort sind die Häuser wahrhaftig bis zum Verfließen gefüllt, so daß Zustände herrschen, die für die Eingewohnten und die Flüchtlinge nicht weiter tragbar sind. Vergleichen Sie z. B. die Zahlen für den Landkreis Deggendorf und die Zahlen für den Landkreis Traunstein! Die beiden lassen sich der Größe nach, der Einwohnerzahl nach, vielleicht vergleichen. Traunstein ist etwas größer. Die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge — Sie können es hier in dem Material nachlesen — ist in beiden Gebieten gleich groß; Deggendorf hat vielleicht ein wenig mehr als Traunstein. Wenn Sie aber die Wohnverhältnisse im Bayerischen Wald — der Landkreis Deggendorf ist nämlich zum weitaus größeren Teil ein Waldgebiet — mit den Wohnverhältnissen etwa um Traunstein vergleichen, dann werden Sie sich ein Bild machen können, wie es droben und wie es drunten im Gebiet von Traunstein aussieht.

Wir haben jetzt im Gebiet Deggendorf und im Bayerischen Wald Verhältnisse, die überhaupt nicht mehr weiter tragbar sind, für die Alteingewohnten nicht mehr und für die Flüchtlinge erst recht nicht. Wenn der Antrag hier dazu dienen sollte, die Lebensverhältnisse im Oberland günstiger zu gestalten und sie dafür in anderen Gebieten noch weiter zu belasten, dann geht es überhaupt nicht mehr. Dann müssen wir ein anderes Wort sprechen. In Deggendorf haufen in einzelnen Räumen tatsächlich ganze Familien, sogar mehrere Familien. Ich könnte einen Ort nennen, in dem ein sogenanntes Schloß ist. Das Schloß hat im ganzen 15 Räume; es heißt Schloß, weil es noch aus

der Zeit von 1200 stammt, wo ein solches Gebäude vielleicht einem Schloß ähnlich sah. Der Flüchtlingskommissar des Landkreises hat gesagt: Dort ist ein Schloß; da können wir Leute hineintun. Dann hat man in dieses Dorf mit 350 Einwohnern noch weitere 300 hineingetan. Die Folge davon war, daß man in dieses sogenannte Schloß noch zehn Familien hineinpresse wollte und auch hineingepreßt hat. Man hat einer einzelnen älteren Dame, die wirklich ein Recht hätte, ein Einzelzimmer zu bekommen, in ihr eigenes Zimmer noch zwei Familien hineingesteckt, so daß diese Dame jetzt überhaupt keinen Platz mehr hat, und die andern haben auch keinen. So darf es natürlich nicht weitergehen. Ich bitte die zuständigen Stellen hier in München, dafür sorgen zu wollen, daß die Verteilung der Flüchtlinge tatsächlich nach Recht und Gerechtigkeit vorgenommen wird, und nicht zu sehr mit dem Bleistift. Denn das kann man mit dem Bleistift nicht machen. Ein Bayerwaldort ist nicht für Fremdenbeherbergung und viele Sommerfrischler eingerichtet. Die Bayerwaldbauern haben nur die aller-nötigsten Räume für sich selbst. Sie können fast niemand aufnehmen. Aber in den Sommerfrisch-Gebieten des Oberlandes — das kenne ich selbst ein klein bißchen; einmal aus einer Reise und auch aus einer andern Zeit, von der ich hier nicht erzählen will — sind die Häuser Palästen gleich im Gegensatz zu denen des nordöstlichen Grenzlandes.

Ich bitte die entsprechenden Stellen, nach dem Rechten zu sehen und einen Ausgleich zu finden, der nur darin bestehen kann, daß man die überlasteten Gebiete entlastet und dafür die Gebiete ein klein bißchen mehr belastet, die noch nicht so belastet sind. Es kommt auf den gerechten Ausgleich an. Die Flüchtlinge haben ein Recht, nicht eben dort untergebracht zu werden, wo sie keinen Platz mehr finden können, sondern dort, wo noch besser Platz ist. Das verdienen sie, das müssen sie auch verlangen, und man muß es ihnen geben. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bezold.

Bezold Otto (FDP): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Die Verhältnisse, die mit diesem Antrag zusammenhängen, haben, glaube ich, einen frommen Traum verschüttet, den mancher von uns in Bayern geträumt hat — den Traum nämlich, daß es möglich sein würde, Bayern als eine frohe und gesegnete Insel mit Hilfe seines Fremdenverkehrs zu erstellen und zu bewohnen. Ich spreche hier nicht, um diesen Traum zur Wirklichkeit werden zu lassen. Ich glaube aber andererseits, daß die Einwände, die gegen diesen Antrag vorgebracht werden können, doch nicht so schwer sind, daß man das Gefühl haben müßte, es steige ein Gespenst aus ihm empor.

(Bickleder: Für uns schon!)

Das Gespenst, meine Herren, ist zumindestens wie Marleys Geist sehr stark in Ketten gebunden. Ich glaube, wenn man über diesen Antrag diskutieren will, so müßte man sich zunächst einmal davor hüten, mit einzelnen Tatsachen und einzelnen Beispielen das große Ganze zu überdecken und den Gesamtgesichtspunkt zu beschatten. Man kann nämlich diesen Einzelbeispielen genau so gut und genau so viele Einzelbeispiele und einzelne Tatsachen gegenüberstellen, die für das Gegenteil sprechen. Man muß sich bei der Dis-

(Beizold Otto [SP])

kussion dieses Antrags doch wohl vor allem vor Augen halten, daß er nicht für die enge Not unserer heutigen Zeit gefaßt ist, sondern bereits einen Blick in die Zukunft tut. So ist er ja auch sachlich abgefaßt. Er spricht ja von der Möglichkeit und von einem allmählichen Abbau.

(Zuruf: Soweit sind wir noch lange nicht!)

— Daß wir noch lange nicht soweit sind, mag sein. Aber solange wir nicht soweit sind, kann ja dem Antrag — diese Möglichkeit gibt er selbst — eine entsprechende Bremswirkung entgegengesetzt werden.

(Zurufe.)

— Ich glaube, meine Herren, wir in Bayern bräuchten uns über die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs nicht zu unterhalten. Es ist nur eines vergessen worden, an dieser Stelle zu sagen, nämlich wieviele Millionen Devisen der Fremdenverkehr alljährlich nach Bayern hereingebracht hat. So geht das natürlich nicht, daß man einen Antrag damit bekämpft, daß man auf eine Tatsache, die fast strafrechtlicher Natur ist, Bezug nimmt. Es mag sein, daß sich heute in den Orten Leute herumtreiben, die weder erholungsbedürftig noch erholungswürdig sind. Aber ich glaube, das hat mit diesem Antrag und mit den Orten selbst gar nichts zu tun.

(Zuruf: Sehr wohl!)

Möge der Staatsanwalt und möge das Arbeitsministerium danach schauen, daß es die Leute, die arbeiten können, tatsächlich zur Arbeit bringt. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß es doch andererseits eine ganz erkleckliche Menge von Volksgenossen — wenn ich den Ausdruck benutzen darf — gibt, die viel arbeiten und sich dann einige Tage der Erholung teuer verdient haben und sie auch haben sollen. Allein vom Standpunkt dieser Volksgenossen aus wäre es doch ganz gut, wenn Orte und Zimmer zur Verfügung stünden, die ihnen Erholung bieten könnten. Abgesehen davon, um beim Materiellen zu bleiben, ist es nicht so einfach, als daß man die Lage eines Hotels und eines Fremdenverkehrsortes nur vom Dialektischen, vom Psychischen und Allgemeinen sehen dürfte. Wenn Sie sich überlegen und sich die Listen der Hotels zeigen lassen, was sie in den letzten Monaten und Jahren an Zuschüssen haben leisten müssen, in Bezug auf Bauten und auch dadurch, daß sie lange Zeit besetzt waren und durch diese Besetzung gewisse oft sehr hoch zu beziffernde Schäden erlitten haben, dann werden Sie mir zugeben, daß das abgeglichen werden muß. Diese Fremdeninstitute und damit eine große bayerische Industrie wie jede andere Industrie am Leben zu erhalten, mit zehntausenden von Angestellten und zehntausenden von Kostgängern ist nur möglich, wenn ihr zum mindesten die Aussicht gegeben wird, durch eine langsame Umschichtung und durch eine Annahme zahlungsfähigen Publikums diese Schäden wieder auszugleichen.

Vom Standpunkt des Flüchtlings aus gesehen, der hier als Advokat eingeschaltet wird, —

(Zuruf von der CSU: Nicht als Advokat, sondern als Realität; er ist da!)

— Die Flüchtlinge als solche sind eine Realität. Die Art, Herr Vorredner, wie Sie sie am Schluß Ihrer Rede erscheinen ließen, war vom Blickfeld des Flüchtlings aus gesehen. Von diesem Blickfeld aus gesehen

steht fest, daß der Flüchtling durchaus nicht übermäßig gerne in Hotels untergebracht ist, ganz einfach deshalb,

(Zuruf: Aber auch nicht in Höhlen!)

weil er im Hotel nicht die Möglichkeit einer individuellen Behandlung

(Zuruf: Braucht er nicht!)

und auch nicht entfernt die Möglichkeit hat, sich wenigstens den Schein eines individuell geführten Haushalts aufzuziehen. Wenn in manchen Gebieten, wie im Osten, die Flüchtlinge übermäßig stark untergebracht sind, dann ist es vollständig richtig, eine Remedur zu schaffen. Sie kann und darf aber nicht zu Ungunsten einer Industrie geschaffen werden, die nicht geeignet und nicht fähig ist, diesen Flüchtlingsstrom in sich aufzunehmen, ohne selbst dabei zu Grunde zu gehen, was nämlich den Flüchtlingen selbst auch nichts helfen würde. Dabei ist zu beachten, daß bei der Umschichtung und Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kreise ja auch dem Rechnung getragen werden muß, daß sie dort in das Wirtschaftsleben und den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden können. Das können sie eben in unseren oberbayerischen Gebieten sehr wenig; denn zu Fremden- und Bergführern sind sie im allgemeinen nicht geeignet.

(Zuruf: Bereisen Sie einmal den Bayerwald!)

— Gerade beim Bayerischen Wald wundere ich mich, daß er nicht fühlt, daß auch er bei entsprechender Bearbeitung und Vorbereitung unter diese Vorschrift fallen könne.

(Zuruf von der CSU: Das kann man doch nicht von heute auf morgen machen!)

Das weiß ich; dieser Antrag geht auch nicht von heute auf morgen. Im übrigen wäre der Bayerische Wald ein genau so ideales Fremdengebiet, wie es das bayerische Hochgebirge ist.

(Zuruf.)

— Herr Vorredner, vielleicht lassen Sie mich zu Ende sprechen; ich habe Sie auch nicht unterbrochen.

Im übrigen ist, glaube ich, bei dem ganzen doch noch ein Gesichtspunkt zu berücksichtigen, der übersehen worden ist: Wir brauchen jemand und wir brauchen etwas, was uns endlich wieder die Türen ins Ausland öffnet. Alles was dazu geeignet ist, und sei es die schwächste Hand, muß uns recht sein. Der Fremdenverkehr und das Hereinfluten von Fremden in die Stätten, die schon immer internationalen Ruf hatten und angesehen waren, ist nicht zuletzt eine der Brücken, die uns ins Ausland führen kann, nicht nur seelisch gedacht, sondern auch wirtschaftlich. Denn wir alle wissen, daß wir ohne starke wirtschaftliche Hilfe des Auslandes nicht hochkommen können. Auch von diesem Standpunkt aus müßte der Antrag berücksichtigt werden.

(Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Zihler hat das Wort.

Zihler (CSU): Meine Damen und Herren! Ich warne Sie alle. Gehen Sie in den nächsten Minuten alle hier herauf und sprechen Sie für Ihren Landkreis oder Ihren Wahlkreis; denn wenn Sie nach Hause kommen und Sie haben es nicht getan, werden Sie gesteinigt werden; Sie müssen nachweisen, daß Sie vom Rednerpult des Landtags für Ihren Landkreis eine Lanze gebrochen haben.

(Zigler [CSU])

Wir haben im Wirtschaftsausschuß uns nicht als Hampelmänner fünf Stunden um die Sache gestritten. Wir haben die Frage mit allem Ernst und mit Sorge für unsere ganze bayerische Heimat besprochen. Ich kann Ihnen schon sagen, daß auch ich als Regensburger, nun einmal das Gespenst aus Niederbayern — Kollege Bickleder, nimm es nicht übel! — nicht sehen konnte. Wenn jedes kleine Zimmer und jede Küche mit 3,2 Personen belegt ist, dann habe ich das Recht, zu sagen: Ich lehne jeden Zuzug nach Regensburg ab. Weil wir durch den seligen Domprediger das Glück hatten, daß die Stadt Regensburg — Gott sei Dank — noch steht, nun deswegen noch weitere Menschen hineinzudrängen, das ist ein unlogischer Standpunkt. Ich kenne die Sorge: Für jedes Bett, das wir in Oberbayern und in den Fremdenverkehrsgebieten freimachen, müssen wir irgendwo ein anderes Bett zur Verfügung stellen, um die Menschen unterzubringen. Wir kennen die Sorgen und sind von ihnen Tag und Nacht erfüllt.

So geht es nicht, meine Verehrtesten, daß man einfach Dollars, die wir dringend brauchen, bloß wegwirft, weil nun einzelne Leute sich auf den Standpunkt stellen, das geht unmöglich. Es gibt nichts Unmögliches in der Welt.

(Zuruf von der SPD: Das hat Hitler auch gesagt.) Der Antrag erklärt wortwörtlich, daß das im Laufe der Zeit nach und nach gemacht werden soll. Wir sind alle davon überzeugt, daß es nicht von heute auf morgen sein kann. Wir wissen auch, meine sehr verehrten Kollegen, daß noch 400 000 Flüchtlinge kommen usw. Wir könnten, um dem Antrag noch eine stärkere, eine sogenannte Währungsstütze zu geben, sagen, daß nur für die Leute Betten freigemacht werden, die aus dem Auslande kommen, damit wir nicht in Oberbayern wieder so viele Inländer haben, die dort in die Ferien gehen.

(Heiterkeit bei der CSU.)

Das wäre noch eine Möglichkeit, mehr Devisen herbeizubringen. Aber, wie gesagt, ich muß schon darum bitten, nachdem die 16 Abgeordneten der CSU dem Antrag im Wirtschaftsausschuß einstimmig zugestimmt haben, daß auch hier von meinen Herren Kollegen Einstimmigkeit erwartet wird. Im übrigen darf ich noch den Antrag auf Schluß der Debatte stellen.

(Lachen.)

Präsident: Der Herr Redner hat sich das ein bißchen leicht gemacht. Er hat gemeint, wenn er mit seiner Fraktion in Ordnung ist, kann er ruhig Antrag auf Schluß der Debatte stellen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Riedmiller.

Riedmiller (SPD): Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner meinte, es gebe nichts Unmögliches in der Welt. Es gibt etwas Unmögliches, und das ist die Lösung des Flüchtlingsproblems, vor allem, wenn wir es in der Weise zu lösen beabsichtigen, wie es hier vorgeschlagen ist.

Der Antrag, der hier zur Verabschiedung kommt, hat eine Vorgeschichte. Es wurde auch in unserer Fraktion ein Antrag zur Unterschrift herumgereicht, der zum Ziele hatte, daß bestimmten Orten, des Fremdenverkehrs und — was mir besonders am Herzen liegt — solchen, die für den Kurbetrieb in Frage kommen, nicht die Möglichkeit genommen

wird, diesen Betrieb wieder aufzunehmen. Ich denke da besonders an die Heilbäder. Aus diesen Überlegungen heraus habe ich auch diesen Antrag unterschrieben. Als ich nun den Antrag des Ausschusses zu Gesicht bekam, habe ich allerdings gemerkt, daß etwas wesentlich anderes daraus geworden ist, als zunächst beabsichtigt war. Ich glaube, auf Grund dieses Antrags ist man schon zu der Annahme berechtigt, daß man bestimmte Gebiete — ich spreche jetzt nicht von Orten, sondern von Gebieten — schonen will, um dafür natürlich andere wieder stärker zu belegen. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß Orte vor allem mit Heilbädern, ich erinnere an Bad Wörishofen und Rissingen, wieder ihrem Zwecke zugeführt werden müssen; aber ich befürchte, daß mit diesem Antrag etwas anderes erreicht wird: Im Allgäu und in Oberbayern hat in den letzten Jahrzehnten leider auch die Unsitte eingerissen, daß auch der Bauer Fremde beherbergt. In meiner Jugendzeit hat im Allgäu kein Bauer einen Fremden aufgenommen. Es war das damals ausschließliches Vorrecht derjenigen Kreise, die dafür bestimmt waren. Später haben sich die Bauern damit abgefunden, sie haben auch Fremde aufgenommen, was durchaus nicht immer, besonders in Oberbayern, im Interesse des Bauernstandes gelegen war. Jetzt besteht die Gefahr: Wenn dieser Antrag, auch wenn er nur konzessionierte Betriebe im Auge hat, angenommen wird, berufen sich die ganzen Gebiete, Allgäu, Oberbayern usw. darauf, daß sie für den Fremdenverkehr reserviert sind. Dadurch wird die Belegung dieser Orte noch viel schwieriger gemacht, als es bisher schon der Fall war. Ich möchte aber nicht soweit gehen, den Antrag abzulehnen, sondern ihn auf die Orte beschränken, die wirklich der Erholung der Erholungsbedürftigen dienen. Es soll aber nicht für die Kategorien von Leuten, die, wie hier ganz mit Recht gesagt worden ist, sich dort nur herumtreiben, ein besonderes Vorrecht geschaffen werden. In einem Ort des Allgäus wurde eine Razzia durchgeführt; dabei wurde festgestellt, daß nicht nur die Kreise, von denen hier gesprochen worden ist, und von denen man wünscht, daß sie sich dort nicht herumtreiben, sondern auch sehr staatsgefährliche Elemente heute noch dort Unterschlupf finden.

Ich bitte Sie also, diesen Antrag so zu formulieren und zu verstehen, daß damit vor allem die Heilbäder gemeint sind, die wirklich für die Leute in Frage kommen, die nicht nur der Erholung, sondern auch der Heilung bedürfen.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Schütte.

Schütte (SPD): Meine Damen und Herren! Ich war mir darüber klar, daß dieses heikle Gebiet zu gewissen Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben könnte. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es sich hier nicht um eine brutale Brückierung des Flüchtlingswesens handelt. Fassen Sie das bitte ja nicht irgendwie so auf! Sondern es handelt sich darum, wie ein wirtschaftlich wichtiger Erwerbszweig des Landes Bayern vor einem weiteren Verfall gerettet werden kann. Das ist die objektive Tatsache. Ich möchte folgendes sagen: Wenn Sie einem Bauern seinen Pflug wegnehmen, wenn Sie in einer Werkstätte sämtliche Schraubstöcke abmontieren, dann ist der Betrieb erledigt, dann ist er tot. Wenn Sie aus einem Haus, das dem Fremdenverkehr dient, die Betten herausnehmen oder sie anderweitig so belegen, daß der Betrieb seinen Zweck nicht mehr erfüllen kann, dann

(Schütte [SPD])

ist der Betrieb technisch und auch wirtschaftlich gesehen tot. (Zuruf: Dann ist er belegt!)

— Dann ist er freilich belegt; es kommt nur darauf an, wie!

Jetzt kommt ein wichtiges Moment: Ich sehe mich veranlaßt, hier einmal auf das Herumtreiben verschiedener nicht einwandfreier Elemente in solchen Orten aufmerksam zu machen. Sie wissen vielleicht — es ist kein Geheimnis — daß ich Bürgermeister in Garmisch-Partenkirchen bin. Ich möchte beinahe sagen, daß das Herumtreiben jener Elemente nicht zuletzt den Grund zu diesem Antrag gelegt hat. Darf ich Ihnen einmal kurz die Verhältnisse schildern, wie sie in einem so großen Kurort zur Zeit vorliegen? Im allgemeinen möchte ich nicht so egoistisch sprechen, wie ich das jetzt vielleicht tue. Wir haben rund 8000 Fremdenbetten, die konzeSSIONiert sind. Von diesen 8000 Betten hat die Besatzungsmacht 5000 beansprucht. Man hatte uns damals gesagt, daß wir von Flüchtlingen verschont bleiben sollten, weil wir die Besatzungsmacht aufgenommen haben. Wir sind uns darüber klar gewesen, daß das nicht möglich war, nachdem einmal die Züge aus der Tschechoslowakei das Laufen angefangen haben. Aus reinem Mittun-Wollen haben wir auch ohne weiteres vorübergehend Flüchtlinge aufgenommen. Warum auch nicht! Wir haben dann 3000 Flüchtlinge bekommen. Und dann, und damit komme ich auf die Hauptsache, haben wir noch 2400 Evakuierte. Darüber ließe sich streiten, ob die alle zu Recht oder zu Unrecht an einem solchen Ort sitzen und Schwarzhandel treiben.

(Sehr richtig!)

Nun kommt noch ein Moment, das mit ein Grund unseres Antrags überhaupt war. Durch Verfügungen der Preisbehörde wurden die Preise der Fremdenzimmer, in denen nun diese Leute sitzen, zuerst auf 50 Prozent des ursprünglichen Preises gesenkt und jetzt auf ein Drittel. Für ein Bett, das früher 2,50 Mark gekostet hat, zahlen die Evakuierten jetzt eine Mark. Es muß natürlich betont werden, daß auch tatsächlich Ausgebombte, ehrliche Menschen, auch ältere Leute dabei sind. Das ist aber nicht unbedingt die Regel. Und nun sitzen diese Leute zu einem Drittel der früheren Preise in diesen Betrieben. Man kann aber nicht sagen, daß das ein vorübergehender Zustand ist. Ja, auf 14 Tage, auf vier Wochen, auf sechs Wochen könnte man das machen. Auf die Dauer geht das aber nicht.

Der Antrag bezweckt, die Dinge allmählich abzustoppen. Die Ausdrucksform, die hier gewählt ist, ist wirklich die mildeste. Es heißt: nach und nach, soweit es die Verhältnisse gestatten. Wann es die Verhältnisse dem Innenministerium und dort wieder der Abteilung Flüchtlingswesen gestatten, das weiß ich nicht. Ich kann mir vorstellen, daß es noch vier bis fünf Jahre dauert. Aber diese Frage muß aufgegriffen werden. Abgeordneter Bezold war es, glaube ich, der ganz zu Recht gesagt hat, daß dieser Fremdenverkehr am ersten geeignet ist, wenn ich so sagen darf, das Fenster zur Welt aufzustößen. Der Fremdenverkehr bildet das erste Moment, um in direkten Kontakt mit den früheren Feind- und heutigen Siegerstaaten zu kommen. Wenn von seiten der Militärregierung geschrieben wird — Sie haben es vielleicht selbst in der Presse gelesen —, daß der internationale

Touristenverkehr in bescheidenem Maße wieder aufgenommen werden soll, dann müssen wir die Voraussetzungen doch in jenen Orten schaffen, die auf Grund ihrer Naturschönheiten und auf Grund ihrer traditionellen Überlieferung dazu berufen sind. Es ist eben Tatsache, daß diese Orte nicht von gestern auf heute entstanden sind. Sie haben eine traditionelle Entwicklung. Ich darf Ihnen sagen, daß in einem Ort wie Garmisch-Partenkirchen rund 12 Millionen Mark in den Sportanlagen investiert sind. Da muß Ihnen auch die Frage zu denken geben, ob man diese Dinge ganz dem Verfall preisgeben will oder nicht.

(Sehr richtig!)

Es ist natürlich nicht möglich, von heute auf morgen zu verlangen: hier muß alles abziehen. Aber es ist auch vom Standpunkt einer bayerischen Handelsbilanz aus wichtig, die Voraussetzungen für die Zukunft zu schaffen, damit der Fremdenverkehr, der früher einen sehr wichtigen Aktivposten in der bayerischen Handelsbilanz dargestellt hat, auch tatsächlich erhalten wird und in dieser Form wieder eine Rolle spielen kann. Wir bitten Sie, in Niederbayern nicht so engherzig zu sein. Wir sind im Oberland nicht so grausam. Wir kennen auch die Not. Und wenn uns hier vordemonstriert wird, daß soundso viele in einem Zimmer wohnen, so ist das auch bei uns der Fall. Wir haben wohl die schönen und geräumigen Hotels. Aber wir wissen nicht, wann wir sie wieder bekommen. Vor einem halben Jahr z. B. hatte sich die Besatzungsmacht entschlossen, drei dieser Betriebe freizugeben. Zum Teil wurden sie, als sie glücklich frei waren, gleich renoviert. Wissen Sie, was dann war? Dann ist der Flüchtlingskommissar eingezogen! Sie werden verstehen, daß es so auch nicht gehen kann. Wenn wir es schon mit großer Mühe fertig bringen — und das ging auch nur sehr langsam —, daß uns die Besatzungsmacht jetzt die ersten drei Betriebe freigibt, dann kann man nicht sofort wieder hergehen und den wirtschaftlichen Betrieb unmöglich machen. Die Möglichkeit, wirtschaftlich zu arbeiten, besteht für die Betriebe dieser Gegend seit sieben Jahren nicht mehr. Das ist schließlich der Unterschied zu anderen Gegenden. Es ist auch etwas ganz anderes, wie ich schon ausführte, ob ich mein persönliches Bett hergeben muß und mich einschränke, oder ob man mir damit zur gleichen Zeit meine Arbeitsstätte nimmt. Darin liegt nämlich der Unterschied zwischen Oberbayern und Niederbayern. Bei uns ist es die Wegnahme der Arbeitsstätten, während es bei Ihnen in Niederbayern eine Einengung bedeutet, die für uns, privat gesehen, auch da sein muß. Auch wir müssen Flüchtlinge aufnehmen, soweit die konzeSSIONierten Betriebe nicht gehindert sind. Das ist selbstverständlich. Aber daß die Betriebsstätten und die konzeSSIONierten Fremdenbetten im Laufe der Zeit wieder zu arbeiten beginnen müssen, das dürfte und mußte jedem einleuchten, der die wirtschaftliche Struktur Bayerns kennt und nicht nur glaubt, sie sei nur von einem Stand abhängig, um leben zu können.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat Abgeordneter Stock das Wort.

Stock (SPD): Ja, meine Damen und Herren, damit ist es nun so gekommen, wie vorhin ein Kollege gesagt hat: daß jeder einzelne Abgeordnete hier für seinen Bezirk spricht. Ich beantrage Schluß der Debatte.

(Zurufe.)

Präsident: Das Wort hat zu einer kurzen Bemerkung der Abgeordnete Noske.

Noske (WV): Ich darf nur eine ganz kurze Bemerkung machen. Es ist in der Aussprache verbleiben worden, daß die Zustände nicht so bleiben, wie sie bis jetzt sind. Es wird im Laufe dieses Jahres noch eine Viertelmillion Flüchtlinge hereinströmen. Sollen diese in der lungenverseuchten Oberpfalz untergebracht werden? Oder wo sonst?

Präsident: Ich habe die paar Bemerkungen zugelassen, weil mir Abgeordneter Noske vorhin sagte, daß er sich auf einige Sätze beschränken werde. Dies war tatsächlich der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Debatte.

Abgeordneter Schefbeck zur Geschäftsordnung!

Schefbeck (CSU): Ich muß mich entschieden gegen den Antrag auf Schluß der Debatte wenden. Das Problem ist außerordentlich bedeutend für dieses hohe Haus. Wir müssen uns darüber aussprechen. Ich bin soeben erst gekommen und habe gehört, daß eine leidenschaftliche Debatte über diesen Antrag ausgebrochen ist. Wir dürfen es da nicht auf eine halbe Stunde mehr oder weniger ankommen lassen.

(Unruhe und Zwischenrufe.)

Präsident: Es hat sich ein Abgeordneter für und einer gegen den Antrag auf Schluß der Debatte ausgesprochen. Wir kommen darüber zur Abstimmung.

Wer für den Antrag auf Schluß der Debatte ist, wolle sich von den Plätzen erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Erstere war die Mehrheit. Ich lasse noch einmal abzählen, damit man es ganz genau feststellen kann.

Es sind 32 Stimmen dagegen. Das ist zweifellos die Minderheit. Der Antrag auf Schluß der Debatte ist damit angenommen.

(Dr. Linnert: Ist denn das Haus noch beschlußfähig?)

— Herr Abgeordneter Dr. Linnert, eine solche Frage ist geschäftsordnungsmäßig nicht zweckmäßig, es sei denn, es wird hier die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt.

(Schefbeck: Aber das ist doch eine Bezweiflung!)

— Herr Abgeordneter Schefbeck, ich bitte, das dem Präsidenten zu überlassen. Eine Frage ist noch keine Bezweiflung. Der Abgeordnete hat ordnungsgemäß zu sagen: „Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses!“ Etwas anderes nehme ich nicht entgegen.

(Schefbeck: Die Beschlußfähigkeit des Hauses ist aber bezweifelt.)

Nein! — Ich komme zur Abstimmung.

(Schefbeck: Zur-Geschäftsordnung!)

— Das ist in der Abstimmung nicht möglich. Ich erteile dem Abgeordneten Schefbeck dazu nicht das Wort.

Schefbeck (CSU): Ich bezweifle hiermit offiziell und formell die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident: Ich bitte, die Abgeordneten abzuzählen. Sobald die Ziffer 91 erreicht ist, ist das Haus beschlußfähig. — Es sind 103 Abgeordnete; das Haus ist beschlußfähig.

Wegen des Antrags auf Schluß der Debatte wäre die Bezweiflung der Beschlußfähigkeit des Hauses nicht notwendig gewesen. Es gibt andere Anlässe. Die Würde

des Hauses wird durch überflüssige Anträge, die nicht zu einer hochpolitischen Auseinandersetzung gehören, nicht erhöht. (Sehr richtig!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Beilage 144.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag des Ausschusses zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war zweifellos die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

„sowie der konzessionierten Privatzimmervermietung“.

Schütte (SPD): Ich darf darauf aufmerksam machen, daß es in dem Antrag heißen muß:

Das ist ein ganz wesentliches Moment.

Präsident: In einzelnen Exemplaren kann das nicht korrigiert sein. Es muß heißen: „sowie der konzessionierten Privatzimmervermietung“.

Wir kommen zurück zu Ziffer 4a der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Antrag der Abgeordneten Annmann und Genossen betreffend Wohn- und Siedlungsfragen (Beilage 143).

Berichtersteller ist Herr Dr. Schlögl; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Schlögl (CSU) [Berichtersteller]: Meine Damen und Herren! Mitglieder des hohen Hauses! Dem Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtags lag ein Antrag vor, den Sie in Beilage 82 finden. Der Ausschuß hat sich in einer Sitzung von siebenstündiger Dauer mit diesem Antrag befaßt und hat dann den Beschluß gefaßt, den Sie in Beilage 143 vorfinden. Der Antrag (Beilage 143) wurde in dieser Form bei den meisten Ziffern einstimmig angenommen, nur bei den Ziffern 8 und 9 waren die Abstimmungen nicht einstimmig. Mit großer Mehrheit wurden aber auch Ziffer 8 und 9 angenommen.

Ich darf vielleicht aus dem Gedächtnis, nachdem ich Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses bin und nicht selbst als Berichterstatter vorgesehen war, die wesentlichen Punkte kurz darstellen, wie sie sich im Wirtschaftsausschuß abgespielt haben. Sie finden bei Ziffer 9, daß die Freikontingente der Baustoffindustrie aufzuheben sind. Gerade dieser Punkt hat die Debatte sehr verlängert. Der Wirtschaftsausschuß hat aber trotzdem mit großer Mehrheit geglaubt, diesen Antrag annehmen zu müssen, weil nur mit der Annahme dieses Antrags die Frage gelöst werden kann. Wir standen im Ausschuß auf dem Standpunkt, daß gerade dadurch, daß Freikontingente bestehen, die Lenkung der Wirtschaft praktisch unmöglich ist, weil manche Fabriken, obwohl an sich die 10 Prozent Freikontingente kontrolliert werden, weit darüber hinausgehen und dadurch dem wilden Bauen Tür und Tor geöffnet sind.

Nach Anschauung des Ausschusses ist es nicht tragbar, daß bestimmte Leute, die gute Beziehungen haben, bauen können und alle anderen nicht. Der Ausschuß glaubte, daß vor allem die sozialen Gesichtspunkte in der Zukunft bei Baugenehmigungen ausschlaggebend sein müßten, damit endlich auch hier eine

(Dr. Schlögl [CSU])

gewisse Ordnung hineinkommt. Deshalb kann in Zukunft, wie Sie bei Ziffer 10 sehen, nur der bauen, der nicht nur die Baugenehmigung hat, sondern der auch ordnungsgemäß mit Bauschecks beliefert wird. Alle anderen Bauanträge müssen abgewiesen werden. Der Ausschuß ging sogar noch weiter und hat beschlossen, daß auch Baugenehmigungen im Sinne dieses Antrags nachgeprüft werden müssen, weil es bisher Usus war, daß Landräte und Städte immer Baugenehmigungen gegeben haben, wenn der eine oder andere gesagt hat, er habe die Baustoffe. Es wurde nicht nachgeprüft, woher er die Baustoffe nahm. Dadurch kamen die wilden Bauvorhaben zustande.

Verschiedene Herren des Ausschusses haben geglaubt, daß die Bauten, die so entstanden, ein Zeichen besonderer Initiative seien. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder hat sich aber dieser Auffassung nicht anschließen können, weil sie auf dem Standpunkt gestanden ist, daß auf diesem wichtigen Gebiete unter allen Umständen eine Einheitlichkeit erzielt werden müsse und daß in Zukunft nicht mehr ausschlaggebend ist, wer Beziehungen hat, sondern wer von der Baubehörde die Baugenehmigung und auch die Bauschecks bekommt.

Wir sind uns im Ausschuß darüber klar gewesen, daß dieser Beschluß des Ausschusses von sehr schwerwiegender Bedeutung sein wird; denn er legt auf dem Baufaktor endlich einmal den Grundsatz der Lenkung der Wirtschaft fest. Wir haben auf allen anderen Gebieten bisher feststellen müssen, daß die gelenkte Wirtschaft, die nur in Notzeiten gegeben sein kann, zum großen Teil durchlöchert worden ist. Der Ausschuß wollte daher auf dem Gebiete des Wohnungsbaus und der Wirtschaftsbauten unbedingt die gelenkte Wirtschaft zur Durchführung bringen. Das ist der Sinn des Antrags Ammann und Genossen, der ergänzt worden ist durch Anträge von Abgeordneten aller Richtungen. Ich darf erinnern an die Anträge der Abgeordneten Dr. Kindt und Piehler, die hier mit verarbeitet worden sind.

Ich bitte das Haus um Annahme des Ausschußantrags, wobei ich allerdings der Hoffnung Ausdruck gebe, daß die bayerische Staatsregierung dafür Sorge trägt, daß auch in unseren Nachbarländern Hessen, Württemberg und auch in der britischen Zone die gelenkte Wirtschaft endlich zur Durchführung kommt, weil dort im allgemeinen noch nach den Grundsätzen der freien Wirtschaft gearbeitet wird. Es muß aber allmählich ein Durcheinander eintreten, wenn wir in Bayern allein hier Vorbild sein wollen. Wenn alle anderen Länder auf den wichtigsten Gebieten keinen Zwang anwenden, dann muß bei uns mit der Zeit eine gewisse Abneigung dagegen eintreten. Deswegen sollte die bayerische Staatsregierung die Regierungen unserer Nachbarländer darauf aufmerksam machen, daß bei uns die gelenkte Wirtschaft und jegliche Zwangswirtschaft zunichte gemacht wird, wenn man in anderen Ländern tatsächlich noch immer nach den Grundsätzen der freien Wirtschaft arbeitet.

(Sehr richtig!)

Präsident: Bevor ich das Wort weiter gebe, möchte ich, weil vorhin während der Geschäftsordnungsdebatte der Zwischenruf erfolgt war, daß ich eine namentliche Abstimmung hätte vornehmen müssen, feststellen, daß dies nicht den Tatsachen entspricht. Ich bitte insolge-

dessen die Damen und Herren, die geschäftsordnungsmäßige Einwendungen erheben, vorher die Geschäftsordnung zu studieren. In der Geschäftsordnung heißt es im § 44 ausdrücklich:

Wird die Beschlussfähigkeit bezweifelt und der Zweifel vom Präsidenten oder einem Schriftführer geteilt, so wird die Zahl der Anwesenden durch Auszählung oder Namensaufruf festgestellt.

Das Wort hat der Abgeordnete Hagn Hans.

Hagn Hans (CSU): Meine Damen und Herren, wenn Sie den Antrag Ammann und Genossen ansehen, so soll die Staatsregierung aufgefordert werden, dafür zu sorgen, daß der erforderliche Grund und Boden für Wohn- und Siedlungszwecke rechtzeitig zur Verfügung steht und erschlossen wird und daß Bau- und Siedlungsgenossenschaften weitestgehend durch Überlassung von Baugelände und Kredite unterstützt werden.

Die brennendste Frage für den Aufbau unserer Demokratie wird wohl die Flüchtlingsfrage sein. Der Antrag Ammann und Genossen hat vor allen Dingen den Zweck, denen, welche Heimat, Gut und Herd verloren haben, wieder ein Heim zu schaffen. Wir müssen besorgt sein, diese Leute in christlicher Nächstenliebe aufzunehmen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich in unser Staatswesen einzuordnen.

Das muß planvoll geschehen. Es darf nicht sein, daß hier zum Beispiel ein geschäftstüchtiger vom Norden kommender Mann eingreift, der sich bereits in der Nazizeit ein paar Wiener Judenfirmen erworben — er hat es so aufgefaßt, als ob sie bankrott geworden sind usw. —, und auch ein Gaudiplom errungen hat. Dieser Mann bringt es durch Geschäftstüchtigkeit beim Zusammenbruch des Dritten Reiches jetzt so weit, daß er seinen Betrieb nach Wilshofen, in die Gegend um Osterhofen, verlagert. Er zieht jetzt da drunten eine Textilfirma auf und will infolgedessen von dem schönsten Waldbestand, den es da drunten gibt, 55 Hektar abholzen. Das ist borkenfreier Wald, das schönste Gelände! Die Folgen sind gar nicht abzusehen: Es kommen Grundwasserverschiebungen vor, es tritt todsicher Versteppung ein. Dieser Mann bringt es fertig, sein Projekt soweit vorzuschieben, daß sich sogar die Staatsregierung, der Ministerrat damit beschäftigt und daß der Rundfunk bereits das Problem aufgegriffen hat. Er will hier in diese gesunde bayerische Fläche, wenn sie abgeholzt ist, einen Siedlungsbau von 4000 bis 8000 Menschen hineinstellen, um dort seine Textilindustrie vorwärtzutreiben. Man möchte glauben, das sei ein Fastnachtscherz, wenn die Situation nicht gar so ernst wäre. Dieser Mann setzt sich über den Kreistagsausschuß hinweg, ganz gleich, ob der Wald von Wilshofen, nachdem das Gebiet da drunten an sich schon sehr waldarm ist, flöten geht, ob hier die Bauern durch die Versteppung vielleicht in Generationen einmal brotlos werden. Ein geschäftstüchtiger Mann bringt es fertig, eine Staatsregierung auf die Beine zu bringen, um seinen Plan vorwärtzutreiben.

Ich möchte schon bitten, daß dort, wo derartige geschäftstüchtige Menschen auftreten, ihnen von vornherein gesagt wird: Hier ist nichts zu wollen! Wir brauchen eine gesunde Politik in der Siedlungsfrage.

(Zuruf: Wer hat ihm das Gelände verkauft?)

— Bis jetzt ist es noch nicht verkauft; aber er will es soweit treiben, dieser Herr Rohtrausch! Der Kollege Herrmann hat heute Vormittag von diesen geschäfts-

(Hahn Hans [CSU])

tüchtigen Leuten kapitalistischer Wirtschaft gesprochen. Dieser Mann leistet in der Weltanschauung des Herrn Herrmann vielleicht mehr als jeder andere, aber er verbindet die Geschäftstüchtigkeit damit und ist vielleicht auch belastet. Vielleicht wird sich jetzt auch der Herr Minister für Sonderaufgaben für diesen Mann interessieren. Dieser Herr Rohlrausch hat es fertiggebracht, einen Mordswirbel anzurichten und die Bauern da drunten in Ängste und Nöte zu versetzen.

Eine planwirtschaftliche Ansiedlungspolitik wäre also doch das Gegebenste. Denn den Flüchtlingen ist nicht genügt, wenn sie momentan eingeseht werden, da doch die Textilindustrie nicht krisenfest ist und sie dann eines schönen Tages da drunten abgeschlossen von jeder Welt sind und keine Arbeit mehr haben. Drum möchte ich bitten, derartige geschäftstüchtige Personen von vornherein auszuschalten und denen zu helfen, die jetzt um Heim und Herd gekommen sind.

Zu diesem Zweck ist es auch notwendig, die Bauwirtschaft streng ins Auge zu fassen. Nicht bloß, daß da und dort keine Rohlen, keine Baumaterialien vorhanden sind — wir in München sind nicht in der Lage, fliegergeschädigte Wohnungen auszubauen —: Dort will man Hunderttausende Zentner Zement verwurfseln, um für das Projekt eines geschäftstüchtigen Mannes zu arbeiten. Das muß unterbunden werden.

Es ist notwendig, daß die Freigrenzen bei Baumaterialien fallen. Wir können es uns nicht mehr leisten; denn gerade mit den 5, 10 und 20 Prozent, was eben an Freikontingenten in dieser Wirtschaft bisher gegeben wurde, ist ja doch geschoben worden. Im selben Moment, in dem der letzte Ziegelstein, die letzte Dachplatte erfakt ist, ist es unmöglich, daß der oder jener, der mit Kompensation arbeiten oder sonstige Tauschartikel anbieten kann, noch so zu seinem Vorteil kommt wie bis jetzt in den letzten zwei Jahren.

Ich möchte Sie daher bitten, den Antrag Ammann und Genossen anzunehmen.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Bodesheim.

Bodesheim (FDP): Meine Damen und Herren! Bezüglich der Freigrenze ist es vorgestern im Ausschuß zu ziemlich ausgedehnten Debatten gekommen; es waren oft gleich viele Stimmen dafür und dagegen. Wir müssen doch wohl feststellen, daß ein großer Teil dieser Kompensationsgeschäfte zur Erhaltung der Betriebe verwandt wird. Ich muß Ihnen sagen: Ich selbst bin gegen jegliches Schiebertum; es soll endlich mit Austauschgeschäften aufgehört werden. Ich erlebe es in meinem eigenen Betrieb, daß man überhaupt nur noch dann Geschäfte machen kann, wenn man etwas dagegen liefert. Damit muß aufgeräumt werden.

(Zuruf: Die Landwirtschaft geht kaputt, weil sie keine Freigrenze hat.)

— Von der Landwirtschaft wollen wir nicht reden. Wenn ich beim Landwirt ein Ei kaufen will, dann muß ich Realitäten mitbringen; meine 20 $\mathfrak{A}$ nimmt er nicht.

(Zuruf: Er muß aber pro Henne soundsoviel Eier abliefern! Anscheinend hat er immer noch zum Verkaufen übrig)

— Wir wollen solche Kleinigkeiten da nicht behandeln.

Es kommt vor! Es wurden einige Fälle angeführt, z. B. daß eine Ziegelei schnell einen Riemen braucht. Bis sie, um den Riemen zu bekommen, die Genehmigung über die gelenkte Wirtschaft einholt, liegt ihr Betrieb schon still.

(Zuruf: Es geht den Bauern genau so! — Zurufe.)

— Ja, da haben Sie ganz recht: Der Bürokratismus muß abgebaut werden. Er ist die Gefahr!

(Zurufe.)

— Das darf ich nicht sagen, weil ich nämlich von den Demokraten bin; sonst brüllen sie mich hier um.

Mein Kollege Dr. Schlögl schiebt letzten Endes alles darauf, daß die geplante Wirtschaft nicht streng genug durchgeführt wird. Wir von den Freien Demokraten sind schließlich auch für eine Planwirtschaft, aber nicht für eine solche, die von einer nichtskönnenden Bürokratie betrieben wird, sondern von der Industrie, die etwas versteht. Diese muß auch planen, und würde sie nicht planen, dann wäre sie längst pleite.

Dann würde ich Ihnen noch empfehlen, etwas mehr zu berücksichtigen, daß in dringenden Fällen auch eine gewisse Freigrenze aufrechterhalten bleibt.

(Zuruf: Aber nur unter Kontrolle des Ministeriums!)

— Fängt schon wieder die Bürokratie an!

Es wurde dann noch länger über den letzten Absatz gesprochen:

Landräte und Baubehörden dürfen nur dringend notwendige Bauvorhaben genehmigen; hierfür werden die erforderlichen Baustoffe zugeteilt. Für nicht behördlich genehmigte Bauvorhaben angesammelte Baumaterialien unterliegen der Beschlagnahme.

Meine Damen und Herren, das sieht so einfach aus; aber dieser Satz sollte etwas genauer formuliert sein. Gehen Sie hinaus, schauen Sie sich zerstörte Städte an: Wieviel Haufen abgehaunener, geputzter Backsteine sehen Sie da liegen! Wenn der Wortlaut des Gesetzes so bleibt, würden sie auch unter das Gesetz fallen. Beweisen Sie mir das Gegenteil!

Es heißt hier nur: „Für nicht behördlich genehmigte Bauvorhaben angesammelte Baumaterialien“; also nicht verschobene, sondern angesammelte Baumaterialien. Dieser Ausdruck dürfte also doch etwas schwach und einer Revision bedürftig sein. Wenn jemand sich auf ehrliche Weise etwas Holz erworben hat und damit vielleicht später einen Fußboden legen will, könnte man es auch beschlagnahmen. Diese Formulierung geht also entschieden zu weit.

Im übrigen wollte ich nochmal darauf eingehen, daß Kollege Dr. Schlögl immer wieder die angeblich durch das Wirtschaftsministerium nicht streng genug durchgeführte Lenkung der Wirtschaft für alles Übel verantwortlich macht. Er berief sich gestern — ich muß leider auch darauf zurückkommen — auf den Fall mit der Häute- und Lederversorgung. Herr Staatssekretär Sedlmayr hatte ganz recht, als er ihm dann den Vorwurf machte, er möchte doch mit seinem Urteil warten, bis die Verhandlungen und Untersuchungen abgeschlossen sind. Es hat sich gerade bei der Untersuchung der Landesstelle Leder herausgestellt, daß die Mißstände bei der Landesstelle lagen und nicht beim Handel. Diese wurde nicht untersucht.

(Zuruf: Wo sind die Schuhe für die Metzger her?)

(Wodesheim [FDP])

— Das wurde nicht untersucht; das ist Genossenschaftswesen.

(Zuruf: Sollen wir es Ihnen beweisen?)

— Herr Kollege, es hat doch keinen Wert, den Kopf in den Sand zu stecken. Kompensationsgeschäfte sind nicht zu vermeiden.

Aber eines wollte ich noch sagen. Jetzt kommt ja gerade Kollege Dr. Schlögl; da kann er gleich zuhören. Ich habe auch im Untersuchungsausschuß wiederholt betont: Wenn der Kollege Schlögl behauptet, der Handel horte, dann hat er ohne die geringste Unterlage den Beweis hierfür zu führen versucht. Gehörtet ist worden; aber gehörtet hat in diesem Sinn die Landesstelle Leder. (Dr. Schlögl: Na, na!)

— Ich sage Ihnen gleich, wie. Dem anständigen Handel kann gar keine Hortung nachgewiesen werden, auch heute noch nicht. Es wurden von Herrn Baumgartner 100 Prozent neue Häutehandlungen zugelassen für Flüchtlinge — sagen wir mal — aus Galizien. Diese neuen Händler kamen aus Galizien.

Man mußte ihnen selbstverständlich ein Lager zubilligen; so bekamen diese galizischen Herren mit der Zeit ein Lager von 300 Tonnen Häute zusammen. Dadurch, aber nicht durch den anständigen Handel, bildete sich diese Hortung.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Wiglinger.

Wiglinger (CSU): Meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht gemeldet, um mir in meinem Landkreis einen Namen zu machen, sondern lediglich auf den Druck meiner Bauern hin, die mir das entsprechende Material mitgegeben haben.

Mein Vorredner, Kollege Hagn, hat bereits das Kapitel gestreift, zu dem auch ich Stellung nehmen möchte. Es handelt sich um den Aufbau eines Flüchtlingsdorfes in der Nähe des Römerbades Rünzing im Landkreis Vilshofen. Demgegenüber stelle ich hier fest, daß in unserem Landkreis rund 36 landwirtschaftliche Betriebe durch Kriegseinwirkung betroffen wurden und bis heute nicht aufbauen konnten.

(Hört!)

Ich habe einen Bauern in meinem Landkreis, der ohne Scheune und ohne Stallung ist; die Tiere sind noch bei den Nachbarn untergebracht. Ich frage Sie, meine Herren: Ist unter diesen Umständen das Flüchtlingsdorf angebracht? Von diesem Herrn Kohnrausch sind bereits verschiedene Häuser wie Schule, Geschäftshäuser ausgestellt. Damit aber ist unseren Flüchtlingen nicht gedient. Von verschiedenen Kollegen wurde bereits über die Abgabe von Grundstücken an Flüchtlinge gesprochen. Damit allein ist aber den Flüchtlingen nicht geholfen, sondern es fehlt an dem nötigsten Material. Es gibt kein Baumaterial, es sind keine landwirtschaftlichen Maschinen vorhanden; kurzum, wir können den Flüchtlingen damit nicht dienen.

Wir im Landkreis Vilshofen haben im Kreistagsausschuß betont, daß wir für die Flüchtlinge eintreten und ein Herz für ihre Nöten und Sorgen haben. Ich kann Ihnen als Bürgermeister die Bestätigung geben, daß Leute von allen Gebieten des deutschen Reiches mir gedankt haben. Ich bin schon 16 Jahre Bürgermeister und habe ein Herz für diese Mitmenschen. Deshalb haben wir uns entschlossen, den

Flüchtlingen zu helfen und an den Dorfrändern, auf den sogenannten Gemeindegrenzen in jeder Gemeinde Dorfsiedlungen zu gründen. Hier können wir den Flüchtlingen unmittelbar an die Hand gehen und glauben der Sache mehr zu dienen als mit der Errichtung dieses Flüchtlingsdorfes, wozu eine ganze Menge Waldung abgeschlagen werden muß und kaputt geht und meine Bauern ihren besten Grund hergeben müssen. Ich bedaure es, daß dieser Herr Kohnrausch, wie er uns gesagt hat, bereits die Zusage verschiedener Ministerien hat. Ich möchte deshalb das Haus bitten, diese Maßnahmen zu verhindern.

Weiterhin liegt mir, weil ich schon hier auf dem Podium stehe, noch ein Punkt am Herzen. Zum wiederholten Male kam zu mir die Gendarmerie meines Marktes Aidenbach und bat um Rat: Bürgermeister, was fangen wir mit diesen Menschen, mit diesen Hamstern an? Am Bahnhof stehen wieder Hamsterer, der eine hat einen Zentner Mehl, ein anderer hat zwei Zentner. Alle sind aus der britischen Zone, aus der Gegend von Duisburg.

Wir wissen, daß Kompensationsgeschäfte für die Bauern notwendig sind, weil sie sonst nichts erwerben können. Aber auf der anderen Seite möchte ich bitten, daß die Regierung und auch die britische Seite diese Leute warnt, nicht unnötig das Geld für die weite Bahnfahrt auszugeben, wenn ihnen zum Schluß die Sachen doch abgenommen werden. Wir haben doch ein Herz; wir wissen, daß diese Menschen auch Hunger leiden wie wir. Ich habe zu meiner Gendarmerie gesagt: Laßt Ihnen z. B. ein oder zwei Pfund Butter, 10 Eier und 10 Pfund Mehl!

Ich möchte aber die Presse bitten, dahin zu wirken, daß die Leute diese unnötigen Fahrten unterlassen. Ich bedaure diese Menschen. Das wollte ich hier noch anführen.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kroll.

Dr. Kroll (CSU): Hohes Haus! In Ziffer 9 des Antrags ist die Beseitigung der Kompensationsmöglichkeiten gefordert. Wenn man eine gelenkte Wirtschaft haben will, muß man diese Konsequenz wohl ziehen und die Möglichkeiten von Korruption endgültig ausschalten. Die Tatsache, daß das bisher nicht möglich war, wirft ein so schlechtes Licht auf die sogenannte gelenkte Wirtschaft, daß diese als Ganzes in Gefahr steht, verworfen zu werden, so daß hernach unmögliche Zustände eintreten können.

Ich möchte aber auf der anderen Seite auf die Gefahr aufmerksam machen, die entsteht, wenn Behörden eingeschaltet werden, um zu bestimmen, ob und in welchem Ausmaß Kompensationsgeschäfte stattfinden können. Ich bin überzeugt, daß weder der Landrat, noch der Oberbürgermeister, noch das Regierungswirtschaftsamt in der Lage sein wird, jeden Fall sachlich zu beurteilen. Die Einschaltung einer weiteren bürokratischen Stelle wird zweifellos nicht geeignet sein, das zu erfüllen, was man sich auf Grund der Ziffer 9 verspricht.

Es ist eine klare Tatsache, daß die gelenkte Wirtschaft nicht nur insofern nicht funktioniert hat, als Korruptionerscheinungen nicht ausgeschaltet werden konnten, sondern daß bisher auch die notwendige Versorgung der Betriebe mit Rohstoffen und Hilfsmitteln aller Art durch Behörden nicht gewährleistet

(Dr. Kroll [CSU])

war. Das gilt im Grunde genommen genau so auch für die Landwirtschaft. Infolgedessen griff die Selbsthilfe in weitestem Ausmaß Platz. Es besteht die Befürchtung, daß, wenn diese Selbsthilfe verboten wird, eine ganze Reihe von Betrieben einfach zum Erliegen kommen wird, weil im einen Fall die Rohle nicht da ist, im andern Fall andere Rohstoffe nicht heranbezogen werden können. Darüber müssen wir uns auch klar sein.

Die Frage, die ich erörtern möchte, ist nun folgende: Ich bin selbst Vertreter einer Behörde, und ich bin der Meinung, daß der bürokratische Apparat nicht der geeignete ist, um diesen Dingen zu steuern. Leider ist im Art. 179 der Verfassung verboten, Selbstverwaltungsverbände mit solchen Aufgaben zu beauftragen. Ich bin überzeugt, daß sich dieses Verbot noch sehr rächen wird; denn allein der einzelne Verband, der die Betriebe genau kennt, wäre in der Lage, die Rationente so zu verteilen, daß die Betriebe in einem geplanten Ausmaß auch wirklich laufend produzieren können. Das kann der Landrat und das können die anderen Stellen nicht durchführen, auch wenn der Apparat noch so sehr mit Fachleuten erweitert wird, so daß unvorstellbare Kosten entstehen würden. Wir befinden uns hier in einem Konflikt und müssen ihm ins Auge sehen. Es ist einerseits erforderlich, die Planung richtig bis zu Ende durchzuführen und sie nicht durch zahllose Ausnahmen so zu durchlöchern, daß sie praktisch illusorisch wird. Das bedeutet aber auf der anderen Seite, daß die Planung auch wirklich funktionieren muß, was sie bisher nicht getan hat, und daß die Rohstoffe so zugeteilt werden, daß eine optimale Ausnützung stattfindet. Ich formuliere daher den Gedanken so, daß eine viel stärkere Einschaltung der Verwaltung der Wirtschaft erforderlich sein wird, um diesem Gedanken zur Geltung zu verhelfen und um zu verhüten, daß durch bürokratische Maßnahmen eine sehr unhaltbare Erschwerung eintritt, die zum Erliegen sehr vieler Wirtschaftszweige führen kann.

(Sehr richtig!)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Abänderungsanträge sind auch nicht gestellt. Wir kommen zur Abstimmung. Dem hohen Haus liegt der Antrag des Ausschusses vor.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag des Ausschusses ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Der Antrag ist gegen eine Stimme angenommen.

(Bravo!)

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Schlögl und Genossen betreffend Bekämpfung von Korruption und Schiebertum (Beilage 145).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Emmert; ich erteile ihm das Wort.

Emmert (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Als Berichterstatter darf ich zu dem Antrag, Beilage 141 folgendes ausführen: Ich habe im Ausschuß, der sich mehrere Stunden mit den Mißständen auf diesem Gebiet, nämlich Korruption und Schiebertum, eingehend befaßt und für

und Wider sorgfältig abwog, die Auffassung vertreten, daß der Antrag, daß die sich immer mehr ausdehnende Korruption und das Schiebertum nun mit allerschärfsten Mitteln zu bekämpfen sei, einem wirklich dringenden Bedürfnis entspricht. Es war aber zunächst zu prüfen, ob und inwieweit die schon bestehenden Gesetze ausreichen bzw. welche zusätzlichen Maßnahmen zu ergreifen sind. Die Todesstrafe hält der Berichterstatter für verfehlt, da die letzten zwölf Jahre beweisen, daß ihr die nachgesagte abschreckende Wirkung nicht innewohnt, ganz im Gegenteil. Es wäre zu prüfen, ob an ihrer Stelle in schweren Fällen die Zwangsarbeit (gegebenenfalls als Beteiligung am Wiederaufbau) zu treten hätte.

Der Mitberichterstatter befürwortete ebenfalls den Antrag; denn nur so kann die erschütterte Wirtschaftsmoral gehoben werden. Auch er ist als langjähriger Geschworener kein Freund der Abschreckungstheorie. Er lehnte deshalb die Todesstrafe gleichfalls ab. Viel zweckmäßiger ist nach seiner Ansicht je nach der Schwere des Vergehens die teilweise oder gesamte Beschlagnahme des Vermögens,

(sehr gut!)

außerdem Zwangsarbeit, unter Umständen sogar an gesundheitschädlichen Orten abzuleisten.

Ministerpräsident Dr. Ehard verneinte gleichfalls die Todesstrafe, zumal sie in den letzten Jahren eine sehr merkwürdige Rolle gespielt habe. Sie kann überdies zur Zeit nur mit Genehmigung der Militärregierung angedroht, ausgesprochen und vollstreckt werden, ein zweifellos unzweckmäßiges Verfahren. Der Herr Ministerpräsident regte daher an, von „schwersten Strafen“ zu sprechen, Vermögenseinzahlung ganz besonders zu erwähnen. Es werde überdies nicht ganz leicht sein, einen Tatbestand zu schaffen, der zuverlässig abgegrenzt und einwandfrei genug ist. Es gibt Grenzgebiete, die die Bekämpfung sehr erschweren. Eine vollkommene Ausmerzungen von Korruption und Schiebertum aller Art wird erst dann möglich sein, wenn die wirtschaftlichen und Ernährungsschwierigkeiten merklich geringer sind.

Staatssekretär Hagenauer neigte dazu, die Frage, ob die vorhandenen Strafbestimmungen an sich ausreichen, zu bejahen. Für die Grenzfälle sei Material erwünscht. Es solle aber nicht übersehen werden, daß es bei der Polizei, den Staatsanwaltschaften und den Strafgerichten am nötigen Personal fehle. Allein bei den Staatsanwaltschaften München I und II lagen Ende 1946 noch etwa 30 000 unerledigte Strafanzeigen. Eine Beschleunigung der Entnazifizierung könnte sicherlich etwas Abhilfe schaffen.

Zusammenfassend hielt der Berichterstatter die eindeutige juristische Festlegung der Begriffe Korruption und Schiebertum für schwer, zumal die Grenzen illegaler Geschäfte leicht ineinander überfließen. Es bestehe Einmütigkeit darüber, mit diesem Gesetzentwurf keineswegs die kleinen Sünder zu erfassen, sondern in erster Linie die großen zu hängen. Aufgabe der Regierung sei, die Lücken der Gesetze sicher zu schließen. Die Todesstrafe sei abzulehnen, an deren Stelle teilweise oder völlige Vermögenseinzahlung sowie Zwangsarbeit anzudrohen. Er schlug folgende Fassung vor:

Die Staatsregierung wird ersucht, soweit die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Korruption und Schiebertum zuzuleiten. Für den Fall schwer-

(Emmert [CSU])

wiegender Verfehlungen sollen schwerste Strafen und Vermögenseinziehung angedroht werden.

Der Mitberichterstatter beantragte, unter allen Umständen auch Arbeitslager vorzusehen.

Ministerpräsident Dr. Ehard warnte davor, sich hiervon allzuviel Erfolg zu versprechen, da schließlich angedrohte Strafen auch durchgeführt werden müssen. Heute schon sei es eine große Sorge, die Wachmannschaften für die Internierungslager zu erhalten.

Der Ausschuß einigt sich auf folgenden endgültigen Beschluß:

Die Staatsregierung wird ersucht, soweit die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Korruption und Schiebertum zuzuleiten. Für den Fall schwerwiegender Verfehlungen sollen schwerste Strafen und Vermögenseinziehung, vielleicht auch Zwangsarbeit, angedroht werden.

Er wurde einstimmig gefaßt.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner als Justizminister.

Staatsminister Dr. Hoegner: Meine Damen und Herren! Ich habe die Genugtuung, dem hohen Haus mitzuteilen, daß der Beschluß schon vollzogen ist. Auf Grund der Regierungserklärung habe ich im Justizministerium einen entsprechenden Entwurf zur Bekämpfung von Schiebertum und Korruption ausarbeiten lassen. Dieser Entwurf hat den Ministerrat bereits passiert und muß in der Zuleitung zum Herrn Landtagspräsidenten begriffen sein. Es wird also keine Zeit versäumt; im Gegenteil, wir sind diesmal dem hohen Haus zuvorgekommen.

(Beifall und Zurufe: Hört, hört!)

Präsident: Ich danke dem Herrn Justizminister für diese Mitteilung, muß aber trotzdem über den Antrag formell abstimmen lassen, weil ein Ausschußantrag vorliegt. Es sind auch einige Fehler unterlaufen. Der Ausschuß hat tatsächlich folgenden Beschluß gefaßt:

Die Staatsregierung wird ersucht, soweit die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Korruption und Schiebertum zuzuleiten. Für den Fall schwerwiegender Verfehlungen sollen schwerste Strafen und Vermögenseinziehungen, vielleicht auch Zwangsarbeit angedroht werden.

So heißt der richtige Text.

Erinnerungen dagegen bestehen nicht; der Ausschlußantrag ist einstimmig beschlossen. Ich stelle das fest.

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung angelangt.

Ich darf noch zu der geschäftsordnungsmäßigen Auseinandersetzung, mit dem Kollegen Schefbeck zurückkommen. Ich habe damit nicht gemeint, daß die einzelnen Abgeordneten des Hauses solche nicht machen sollten, sondern ich habe nur die allgemeine Ansicht vertreten, daß man mit so schwerwiegenden Geschäftsordnungsdebatten wie Bezweiflung der Beschlußfähigkeit des Hauses etwas sparsam umgehen soll. Diese sollte nur geltend gemacht werden, wenn es sich wirklich um ernsthafte Auseinandersetzungen handelt. Das habe ich gemeint. Damit dürfte die Sache erledigt sein.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat sich gemeldet der Abgeordnete Höllerer. Ich erteile ihm das Wort.

Höllerer (WAB): Meine hochverehrten Damen und Herren! Ich bedauere es zutiefst, daß ich vor diesem Forum zunächst über eine rein persönliche Angelegenheit sprechen muß, die allerdings auch heute — es ist bedauerlich dies festzustellen — weiteste Kreise angeht von allen denen, die sich irgendwie mit Politik befassen. Sie werden zum größten Teil die Rundfunkerklärung gehört und auch die Presseberichte wahrgenommen haben, die ein gewisser Titelhochstapler Viktor Risse in die Welt posaunt hat. Ich erkläre hier vor dem hohen Hause, daß es sich um einen Titelhochstapler handelt, und bin jederzeit bereit, das zu beweisen, während er nicht in der Lage ist, zu beweisen, was er von mir gesagt hat. Er hat behauptet, ich sei Mitglied des NS-Fliegerkorps gewesen, und er hat auch behauptet, ich solle irgendwie in den Jahren 1941 bis 1945 politische Reden gehalten haben. Ich erkläre Ihnen hier ausdrücklich, daß diese Mär, die Herr Viktor Risse jetzt, um sich vielleicht der Verantwortung zu entziehen oder die Aufmerksamkeit von sich abzulenken und auf andere zu leiten, vorbringt, längst eine Klärung gefunden hat: vor einem Jahr, vor der Militärregierung in erster Instanz. Und ich erkläre: Es ist bedauerlich, daß heute ein jeder, der selbst, und das ist bei Herrn Risse der Fall, sich wegen vieler Dinge zur Verantwortung ziehen lassen muß, es sich erlauben kann, die Leute anzugreifen, die mit der Untersuchung dieser Fälle beauftragt sind. Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß wohl Herr Viktor Risse von irgend jemanden, den ich hier nicht nennen möchte, eine Erklärung bekommen hat, die ein gewisser Franz Schober, Obermeister bei der Firma Bayerische Leichtmetallwerke, abgegeben hat und in der behauptet wird, er hätte mich einige Male mit dem Abzeichen des Fliegerkorps gesehen. Dieser Franz Schober — ich nenne den Namen mit Absicht, um der Presse Gelegenheit zu geben, diesen Namen zu veröffentlichen —, dieser Franz Schober wurde von mir vergangenes Jahr mit einer Reihe von Zeugen und Unterlagen beschuldigt, schwerste Ausländermißhandlungen vorgenommen zu haben, und ich habe den Antrag gestellt auf Strafverfolgung gegen diesen Mann, weil er sich nicht nur unmenschlich, sondern barbarisch benommen hat. Und es ist das Erstaunliche eingetreten, daß eine Verhandlung gegen diesen Mann noch nicht durchgeführt worden ist, daß aber er, um sich zu revanchieren, mir jetzt auch irgendetwas andichten will. Ein anderer will sogar wissen — es ist ein gewisser Herr Dillinger, Angestellter im Sonderministerium, den ich zur Rechenschaft ziehen werde —, daß ich mehrmals kriminell vorbestraft sei, obwohl ich den Strafregisterauszug vorgelegt habe. Er will sogar wissen, woher, weiß Gott, daß ich wegen irgend etwas besonders Verwerflichen bestraft wurde. Ich darf, meine Damen und Herren, die persönliche Erklärung abgeben, daß der Antrag, der vor Wochen eingebracht wurde und dahin ging, gleich dem Korruptionsgesetz auch ein Denunziantengesetz zu schaffen, dringend notwendig ist. Es ist dringend erforderlich, dieses Denunziantengesetz zu erlassen, und ich bedauere zutiefst, daß der Herr Justizminister in der Sitzung des Ausschusses sich gegen den Antrag gestellt hat mit der Begründung, ein Strafgesetzbuch sei vorhanden. Ich darf dem Herrn Justizminister gegenüber, ohne irgendeine Kritik an seiner Person zu üben, den Standpunkt vertreten, daß bei der heutigen Art der Denunzierung das Strafgesetzbuch nicht mehr ausreicht, daß es nicht volks-

(Höllerer [WAB])

tünlich genug ist. Helfen Sie mit im hohen Haus; es sind genügend Kollegen hier, denen das gleiche schon passiert ist und denen morgen daselbe passieren kann. Wenn es einmal soweit kommt, daß drei, vier oder fünf dieser Denunzianten schwerstens, nicht mit 200 oder 300 Mark Geldstrafe bestraft werden, dann werden wir vielleicht die Grundlage schaffen, daß auf diesem Gebiet einmal Sauberkeit wird.

Ich spreche jetzt nicht als Vertreter der WAB, ich spreche als Abgeordneter des bayerischen Landtags, nachdem ich gerade durch meine Ausschustätigkeit und durch andere Tatsachen sehe, wie tief die Moral infolge der Denunzierung steht. Es gilt hier, Wandlung zu schaffen.

Zu meiner Person darf ich erklären, daß ich heute dem Wahlprüfungsausschuß die Beweise vorlegen werde, daß das, was sich da einige Herren so fein ausgedacht haben, eine gemeine Lüge und eine Infamie ist.

(Beifall bei der WAB und Teilen der CSU.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister Lorig.

Staatsminister Lorig: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte erklären, daß ich die Ausführungen jetzt nicht als Abgeordneter, sondern als Staatsminister für Sonderaufgaben mache. Es ist absolut nötig, daß von dieser Stelle aus auch ein Wort gesagt wird zu den systematischen Angriffen in den Zeitungen, die sich gegen die Tätigkeit des Sonderministeriums richten. Diese Angriffe dürfen dann nicht einmal mehr richtig gestellt werden und können nicht mehr richtig gestellt werden, weil nämlich die Zeitungen, wenn man ihnen Berichtigungen schickt, diese entweder gar nicht aufnehmen, sie bis zur Unkenntlichkeit zusammenstreichen oder hämische Kommentare daran anknüpfen, die weitere Unwahrheiten enthalten.

Ich sehe mich also gezwungen, von dieser Stelle aus einige der faßlichsten Lügen, die gegen meine Tätigkeit und gegen die Tätigkeit anderer Personen im Sonderministerium in der letzten Zeit in der Presse veröffentlicht worden sind, richtig zu stellen.

Ich möchte gleich auf einen Artikel der „Neuen Zeitung“ eingehen, von der manche Leute im Lande, weil sie nicht richtig informiert sind, meinen, sie sei das offizielle Organ der Militärregierung. Die „Neue Zeitung“ ist nicht das offizielle Organ und Sprachrohr der Militärregierung. Darüber wurde ich bei einigen Besprechungen in der Tegernseer Landstraße draußen von Offizieren der Militärregierung deutlich genug aufgeklärt. Aber ich möchte zu dem letzten Angriff der „Neuen Zeitung“ gegen mich, der die wunderbare Überschrift, das schöne Wortspiel „Der listige Lorig“, trug, einiges sagen. Ich bin nicht befugt, mich in Maßnahmen einzumischen, die ursprünglich von der Militärregierung getroffen wurden. Wenn der Zeitungsschreiber der „Neuen Zeitung“ wissen will — dieses Ansinnen hat er an mich in meiner Eigenschaft als Sonderminister gestellt —, wer alles durch die Militärregierung in die Interniertenlager gesperrt wurde, dann braucht er sich nur an die zuständige Stelle der Militärregierung wenden. Dort kann er diese Auskünfte bekommen, falls die Militärregierung sie geben will. Ich selbst erachte mich nicht als befugt, das der Öffentlichkeit mitzuteilen. Das habe ich dem

Zeitungsjournalisten klar und deutlich gesagt. Was dann für ein Artikel herauskam, das können Sie selbst lesen. Ich lasse von solchen Herren mir nicht schreiben, daß man mir auf die Finger sehen müßte. Ich tue alles, um gegen die wirklichen Nazis scharf, ja schärfer als vorzugehen, da brauche ich kein Pulver erst von diesem Herrn hineingestreut, um scharf gegen die Hauptschuldigen vorzugehen. Das möge sich dieser Zeitungsschreiber gesagt sein lassen. Ich habe von 1933 an gegen die Nazis aktiv gekämpft und weiß selbst, welche Gefahr der Nationalsozialismus darstellt für unser Volk. Ich habe das zu einem Zeitpunkt schon getan, wo manche Leute im In- und Ausland die riesige Gefahr des Nationalsozialismus noch nicht erkannt hatten.

(Beifall bei der WAB.)

Wenn der Zeitungsschreiber wissen will, welche Großfälle demnächst daran kommen: ich habe ihm den Weg dazu gezeigt, er braucht nur an die Geschäftsstelle der Spruchkammern gehen und bekommt dort ohne weiteres Auskunft, wann die einzelnen Termine sind. So viel zu diesem Artikel.

Eine ganze Serie von weiteren Artikeln befaßt sich mit meiner Person oder mit Anordnungen des Sonderministeriums. So hat z.B. die „Mittelbayerische Zeitung“ eine Pressekampagne begonnen, die sich dann in anderen Zeitungen fortsetzte. Ich stelle hiezu amtlich fest: Herr Fritzsche hat keineswegs eine Sonderbehandlung erfahren, weder durch mich, noch durch den zuständigen Abteilungsleiter im Sonderministerium, noch durch sonst jemand. Es ist eine glatte Lüge, daß Fritzsche einen besonders guten Drückebergerposten in der Schreibstube des Internierungslagers Regensburg erhalten habe. Herr Fritzsche hat niemals einen Schreibposten dort bekommen oder sonstige Begünstigungen, er ist genau so untergebracht, wie die anderen Internierten auch.

(Zuruf.)

— Den Fall Papen meinen Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe? Nachdem der Rücktritt des Herrn Camillo Sachs und das, was er sagte, so schön von den Zeitungen veröffentlicht wurde, möchte ich hier dazu folgendes sagen. Herr Camillo Sachs hat erklärt, ich hätte in das Spruchkammerverfahren gegen Papen eingegriffen. Ich erkläre dazu, daß ich zu keiner Sekunde mich in das laufende Verfahren Papens eingemischt habe, es sei denn durch die Weisung, die ich bezüglich der Stellung des Strafantrags an den Öffentlichen Kläger gegeben habe. Dazu bin ich befugt. Auf die Spruchkammer selbst habe ich nicht den geringsten Einfluß genommen, ich war nicht einmal droben in Nürnberg bei der Verhandlung, um ja nicht den Verdacht irgendeiner Beeinflussung aufkommen zu lassen. Das Urteil wurde absolut ohne Einflußnahme meiner Person erlassen. Aber nachdem es erlassen ist und in Widerspruch steht zum Empfinden, sagen wir, von 95 Prozent unseres ganzen Volkes, fühle ich mich verpflichtet, eines mit aller Deutlichkeit der Öffentlichkeit wissen zu lassen: daß nämlich ich den Herrn Camillo Sachs für ungeeignet erachte, noch weiter solche politische Großfälle zu bearbeiten. Das zu sagen, habe ich das Recht. Das Befreiungsgesetz ist nämlich keine bloße strafrechtliche Norm, wie vielleicht mancher glaubt, es darf sogar nicht einmal als Strafgesetz bezeichnet werden nach den Anweisungen der Militärregierung, sondern es ist ein Gesetz, das verhindern soll, und zwar durch die Mitwirkung unseres deutschen Volkes selbst, daß nochmals führende Nazis an die Macht kommen

(Staatsminister Lorig)

können. Da sage ich Ihnen: Wir müssen alles tun, daß solche prominenteste Nazis wie Papen usw. mit der Höchststrafe belegt werden, damit sie nicht nach einigen Jahren wieder herauskommen und ihr politisches Intrigantenspiel, in dem diese Herren Meister waren und wohl auch noch Meister sind, fortsetzen können. Herr Camillo Sachs hat an mich, nachdem Papen schon zu Arbeitslager verurteilt worden war und in das Internierungslager Langwasser gebracht wurde, ein Telegramm geschickt, daß Herr von Papen dort nicht weilen könne, er brauche eine geheizte Zelle.

Meine Damen und Herren, wir haben alle miteinander in diesem Winter keine genügend, oder sagen wir besser, wir haben gar nicht geheizte Räume gehabt. In den Ministerien mußten alle in ihren Wintermänteln arbeiten, und genug Personal von uns ist erkrankt, der eine an Lungenentzündung, der andere an Brustkatarrh. Ich hätte bald Herrn Camillo Sachs spöttisch zurücktelegraphiert, ich würde ihm die Kohlen schicken lassen vom Sonderministerium, die wir nicht zur Verfügung gehabt haben! Nein, für so ein falsches Humanitätsgefühl habe ich kein Verständnis. Mich dauert unser Volk, das in diesem Winter frieren mußte, so sehr, daß ich es gar nicht sagen kann; mich dauern die Flüchtlinge bis ins tiefste Herz hinein. Aber ein Mann wie Papen, der Hauptschuldiger ist an all unserem Unglück, der dauert mich nicht, wenn er im Wintermantel — er hat solche in Hülle und Fülle — in seiner Interniertenbaracke sitzen muß.

Etwas weiteres möchte ich noch sagen. Nach den „Passauer Nachrichten“ und nach anderen Blättern hat der Chauffeur des Herrn Lorig einen Diebstahl begangen. Als ob ich etwas für meinen Chauffeur könnte! Ich habe aber gar keinen Chauffeur! Mein Chauffeur ist Angestellter des Sonderministeriums, und der Wagen steht für Zwecke des gesamten Ministeriums zur Verfügung. Der Mann ist nicht durch mich angestellt worden, ist also gar nicht mein Chauffeur. Das schönste aber kommt noch. Der Mann hat niemals einen Diebstahl begangen und kämpft jetzt um seine Ehre, weil er sich auch nicht so verleumden lassen will! Da kommt es dann vor, daß ein Gericht einfach erklärt: „Eine einstweilige Verfügung können wir nicht erlassen, wenn irgendeine Zeitung eine solche Nachricht bringt, weil keine Wiederholungsgefahr vorliegt, da die Zeitung das wohl nicht ein zweitesmal drucken wird.“ Wenn wir das zulassen, daß die Presse solch faustdicke Lügen bringen kann, ohne daß sie sich vorher vergewissern muß, was daran Wahres ist, dann werden wir hier etwas züchten in unserem Lande, was am Ende unserer Demokratie den Garaus machen wird.

(Sehr richtig!)

Es freut mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß Sie aus allen Fraktionen, wie ich aus Ihren zustimmenden Worten und Ihrem Nicken sehe, derselben Auffassung sind. Es darf keine Nebenregierung bei uns in Bayern geben, es darf nur eine Regierung geben, die des Volkes; denn es steht ja in der Verfassung: Träger der Staatsgewalt ist das Volk. Und Vertreter des Volkes sind die Abgeordneten; sie sind die Vertrauensleute des Volkes, und ihnen muß die Regierung jederzeit Rede und Antwort stehen. Das sind die Vertreter des Volkes, das sind die Träger der Staatsgewalt: das Volk und seine gewählten Abgeordneten. Da dürfen wir es nicht zulassen, daß

Unwahrheiten am laufenden Band in den Zeitungen erscheinen. Es geht nicht bloß gegen mich so los, es geht gegen eine ganze Reihe von Ministerkollegen und Abgeordneten so los, es geht gegen alle so los, die gewissen Herren nicht gefallen.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, es ist doch schon der Gipfelpunkt, wenn neulich in einer großen Zeitung der amerikanischen Zone, der „Rhein-Neckar-Zeitung“, folgender klassischer Satz stand: „Da die Herren Minister Dr. Hundhammer und Lorig sich nicht persönlich gegenseitig herumstreiten im Parlament, kann man folgern, daß die beiden bezüglich der Donau-Konföderation Dreck am Stecken haben“. Auf gut bayerisch gesagt: Weil wir koane Lump'n san und uns net streiten, san mir die Lump'n. Vielleicht muß ich das einigen Herren von der Presse erst übersehen.

(Weiterkeit.)

Ich bin gerne bereit, diesen Herren bayerischen Sprachunterricht zu geben.

Und nun eine der dicksten Verleumdungen: ich hätte irgendwann erklärt, die Allmacht der Presse müsse gebrochen werden. Nein, das habe ich niemals gesagt, das hat eine Journalistin erfunden. Ich habe Zeugen genug, die eidesstattlich das Gegenteil erklärt haben. Ich habe niemals das gesagt, und es ist das auch gar nicht meine Auffassung. Eines aber muß gebrochen werden: die Allmacht der Lüge! Die muß gebrochen werden!

(Sehr richtig!)

Wie es der Zufall wollte: Diese selbe Journalistin hat einige Tage darauf Krach bekommen mit einem Spruchkammervorsitzenden, der mir hierüber einen amtlichen Bericht auf seinen Dienstbrief gegeben hat, aus dem hervorgeht, daß die betreffende Journalistin der Spruchkammer mit Enthüllungen gedroht hat während des laufenden Gerichtsverfahrens. Daraufhin wurde sie aus dem Saal gewiesen. Ich habe dem Spruchkammervorsitzenden gesagt: Um des lieben Friedens willen laßt sie wieder hinein in den Saal! Ich muß aber schon sagen, so geht das nicht! Sie mögen daraus ermessen, daß auch andere Leute Streit mit gewissen Journalisten, nicht mit allen — Gott sei Dank ist es nur eine Minderheit — bekommen können als nur der böse Lorig. Dieses Wort von der Allmacht der Presse, die gebrochen werden mußte, das habe ich nie gebraucht, es geistert aber durch alle Zeitungen, von München angefangen bis nach Berlin und Hannover hinauf, und wenn ich da zusammenrechne, wieviel Tonnen Papier das alles ausmacht, wo wir kaum Papier haben, um unsere Lebensmittel einwickeln lassen zu können, muß ich schon sagen: Das scheint mir ein falscher Gebrauch des wenigen Papiers zu sein, das wir zuweisen können. Ich glaube, es gäbe heute wichtigere Probleme für die Presse zu diskutieren, so z. B. die Frage: Wie kann man unseren Flüchtlingen helfen, oder wie können wir rasch, trotz unserer Wagennot, die Lebensmittel abholen, die nach den Erklärungen von General Clay in Bremerhaven schon eingetroffen sind, und alle diese Dinge. Es gäbe also so viele Sachen, über die zu debattieren wäre und wo die Presse eine ungeheure segensreiche Aufgabe erfüllen könnte, wenn sie hier mit Vorschlägen und Gegenvorschlägen kommen würde. Ich sagte schon: Es ist nur ein verschwindender Bruchteil der Journalisten, aber immerhin, es ist ein Teil,

(Staatsminister Lorig)

der sich zu solchen Hezereien und zu solchen Entstellungen der Wahrheit hergibt. Ich hoffe, daß wir demnächst ein Pressegesetz bekommen werden. Das scheint mir so notwendig zu sein wie manche Lebensmittellieferung. Was durch diese Heze und durch die dann notwendigen Dementis usw. dem betreffenden Minister oder Abgeordneten an Arbeitszeit genommen, um nicht zu sagen, gestohlen wird, das sollte man einmal statistisch zusammenrechnen. Das ist ja das Betrübliche bei der ganzen Sache, daß durch diese unwahren Meldungen die Arbeit des Staatsapparats gehemmt und gehindert wird, wo wir alle zusammenhelfen sollten, diese furchtbare Krisenzeit zu meistern. Da wollen wir alle, nicht bloß die Abgeordneten der BWB allein, zusammenstehen, die Presse und wir, um mit guten Vorschlägen unserem Volk zu helfen! Das sollten wir heute tun: zusammenstehen in dieser furchtbaren Not, die über uns gekommen ist, und nicht mit lächerlichem Klatsch ganze Seiten gewisser Zeitungen füllen!

Darum möchte ich noch einmal appellieren an die wenigen, die es angeht — ich wiederhole, der größere, der weitaus größere Teil der Presse hat da nicht mitgemacht —: sie sollten sich doch endlich einer objektiven Berichterstattung befleißigen! Wenn solche Satarennachrichten kommen, dann kann man doch bei den zuständigen Stellen anfragen und sich vergewissern, ob das wahr ist, oder sich wenigstens erkundigen, was der betreffende Minister oder Abgeordnete dazu zu sagen hat. Sehen Sie, so ist es in Amerika und England und in allen Ländern, wo es eine wahre Demokratie gibt. Da wird nicht zuerst eine Nachricht in die Welt gesetzt und dann kommt wochenlang nachher das Dementi, nachdem das Gift in der Öffentlichkeit gewirkt hat, sondern da geht ein Journalist hin und ermittelt, was gegen einen Minister usw. vorgebracht wird, und ein anderer Journalist geht dann herum und stellt Ermittlungen an, ob das wahr ist, was da über den Abgeordneten oder Minister behauptet wird. Und da sage ich Ihnen, da stehe ich jederzeit gerne mit Aufschlüssen zur Verfügung. Auf Grund des Materials können Sie dann sehen, ob das, was angeführt und behauptet wird, wahr ist oder nicht.

Gegen eines möchte ich mich besonders wenden: daß in der Presse noch Leuten geglaubt wird, deren Unwahrhaftigkeit schon im parlamentarischen Untersuchungsausschuß festgestellt wurde.

Das wollte ich abschließend zu diesem Thema sagen

und nochmals an die wenigen, die es angeht, den dringenden Appell richten: Denkt an unser armes Volk! Ihr Journalisten habt eine ungeheuer große Verantwortung. Niemand von uns denkt daran, die Macht der Presse irgendwie zu schmälern; aber mißbraucht diese Macht nicht, daß sie nicht eine Macht der Lüge wird; denn die Lüge, sie wird sich letzten Endes gegen euch selbst richten und euch selbst zermalmen! Darum kämpft für die Wahrheit und sorgt dafür, daß die Presse die oberste Dienerin der Wahrheit wird in unserem Staat!

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Diese persönlichen Bemerkungen dienen dem hohen Haus zur Kenntnis, wobei ich noch bemerken möchte, daß der Herr Abgeordnete Lorig in der Hauptsache als Staatsminister gesprochen hat — ich bitte das protokollarisch festzuhalten —; denn er mußte sich auch gegen Angriffe gegen das Ministerium zur Wehr setzen.

Es liegt noch eine Reihe von Anträgen vor, die nach der Geschäftsordnung den zuständigen Ausschüssen zu überweisen sind.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Stang.

Dr. Stang (CSU): Ich möchte vorschlagen, daß das Haus den Präsidenten ermächtigt, die vorliegenden Anträge von sich aus an die zuständigen Ausschüsse zu verweisen.

Präsident: Wenn das Haus einverstanden ist, will ich das gerne tun, mit einer Einschränkung: Wenn ich im Zweifel bin, ob ein Antrag sich für eine Ausschüßberatung überhaupt eignet oder in Widerspruch steht zu Regierungsmaßnahmen oder sonstigen Dingen, werde ich die Entscheidung des Hauses herbeiführen, ob dieser Antrag einem Ausschüß überwiesen wird. — Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Modus einverstanden ist.

Wir sind damit am Ende unserer Tagung angelangt. Es handelt sich noch um die Festsetzung der nächsten Vollsitzung. Ich würde dem Haus vorschlagen, die nächste Vollsitzung abzuhalten etwa zehn Tage nach Ostern und mir die Festsetzung des Zeitpunktes zu überlassen. Die Ausschüsse sollen unterdessen weitertagen. Eine große Pause kann nicht eintreten, weil uns von der Regierung eine Reihe von Gesetzesentwürfen zugeleitet werden wird. Ist das Haus damit einverstanden? — Ich stelle das fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 10 Minuten).

